



**WOHN
PERSPEKTIVEN**
Wohnungsnotfallnetz
für junge Menschen

Lokale und Strukturelle WohnPerspektiven



**Abschlussbericht des Projektes WohnPerspektiven –
Wohnungsnotfallnetz für junge Menschen**

Lokale und Strukturelle WohnPerspektiven

Abschlussbericht des Projektes WohnPerspektiven – Wohnungsnotfallnetz für junge Menschen



Projektleitung und Projektkoordination

Dr. Ulrich Thien (v.i.S.d.P.), Aiga Wegmann-Sandkamp
Caritasverband für die Diözese Münster e.V.



Wissenschaftliche Assistenz

Sofie Eichner, Alexander Sbosny
StadtRaumKonzept GmbH, Dortmund

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert durch:

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Kooperationspartner

Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen | im Kreis Borken
Caritasverband Kleve e.V. | im Kreis Kleve
Caritasverband Moers-Xanten e.V. | im Kreis Wesel (linksrheinisch)

www.wohn-perspektiven.de

Münster, März 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1. Einleitung	9
Aufbau des Abschlussberichtes	9
Beteiligte und Projektregionen.....	11
Zielgruppe.....	11
Projektverlauf	11
Projektaufbau	13
2. Erkenntnisse zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum.....	15
2.1 Existenz junger Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum.....	15
2.1.1 Kein exklusiv städtisches Phänomen.....	15
2.1.2 Ausmaß des Phänomens sozialräumlich nicht darstellbar	16
2.1.3 Individueller Handlungsdruck nimmt zu	18
2.2 Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum.....	19
2.2.1 Von Wohnungsnotfallrisiken zu Wohnungsnotfallsituationen...	19
2.2.2 Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen	20
2.2.3 Wohnungslos, aber nicht ganz mittellos.....	21
2.2.4 Wohnungslos, aber zunächst nicht obdachlos.....	21
2.2.5 Zum Pendeln gezwungen	23
2.2.6 Verwurzelt in der Heimat	24
2.3 Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum.....	25
2.3.1 Breites Hilfespektrum auch im ländlichen Raum	25
2.3.2 Kaum zielgruppenspezifische Angebote.....	26
2.3.3 Verschiebepark an gesetzlichen Schnittstellen.....	26
2.3.4 Hilfen und Klienten passen nicht zusammen	28
2.3.5 Routinen und Netzwerke fehlen	30
2.3.6 Anderes Arbeiten wäre möglich.....	30
3. Grundsätze und Haltungen im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen	31
4. Lokale WohnPerspektiven für junge Menschen in Wohnungsnotfällen.....	33
4.1 Wissen über das Feld und die Zielgruppe gewinnen und nutzen ...	33
(1) Bestandsaufnahme	33
(2) Betroffenenbefragung	36
(3) Dialogveranstaltung	38
4.2 Zusammenarbeit entwickeln und gestalten	40
(4) Trägerbezogene Vernetzung.....	40
(5) Fachbezogene Vernetzung.....	42
(6) Raumbezogene Vernetzung	44

4.3 Konkrete Projekte, Produkte,	
Angebote umsetzen und verstetigen.....	49
(7) Orientierungs- und Navigationshilfen	49
(8) Verbindliche Verfahrensabsprachen.....	52
(9) Fallkonferenzen	54
(10) Übergangsmanagement	55
(11) Kooperation mit Ehrenamt	56
(12) Prävention an Schulen und Bildungseinrichtungen	58
(13) Wohnen im Notfall	60
4.4 Erfahrungen und Ergebnisse breit kommunizieren	63
(14) Evaluation und Dokumentation	63
(15) Öffentlichkeit sensibilisieren	65
(16) Zielgruppe und Arbeitsweisen eine Identität geben	67
4.5 Ressourcen nutzen und bereitstellen	69
(17) Prozessverantwortlichkeit	69
(18) Verankerung	70
5. Strukturelle WohnPerspektiven	
für junge Menschen in Wohnungsnotfällen	73
[1] Zielgruppe ressortübergreifend wahrnehmen.....	73
[2] Lokale Wohnungsnotfallstatistik qualifizieren	75
[3] Funktionsfähigkeit der Hilfen prüfen.....	76
[4] Betroffene einbinden.....	77
[5] Prävention ausbauen.....	78
[6] Ambulante Hilfen im ländlichen Raum sichern.....	78
[7] Wohnangebote schaffen	79
[8] Schnittstellen schließen.....	80
[9] Verbindlich vernetzen.....	81
6. Zentrale Ergebnisse	
von WohnPerspektiven im Überblick	83
Anhang 1	87
Anhang 2	89

Vorwort

Mit dem vorliegenden Abschlussbericht geht das dreijährige Modellprojekt „WohnPerspektiven - Wohnungsnotfallnetz für junge Menschen im ländlichen Raum“ erfolgreich zu Ende. Der Bericht bündelt die Erkenntnisse und Erfahrungen von WohnPerspektiven und entwickelt daraus zukunftsweisende Handlungsempfehlungen. Als verantwortlicher Projektträger verspricht sich der Diözesancaritasverband Münster davon eine breite, nachhaltige Diskussion mit allen an diesem komplexen Thema Beteiligten.

Danken möchten wir allen, die sich mit großem Engagement und vielfältigen Ressourcen an diesem Projekt beteiligt haben, insbesondere den Kooperationspartnern, den Projektmitarbeiterinnen und Verantwortlichen in den Caritasverbänden Kleve e.V. und Moers-Xanten e.V. sowie im Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen, der StadtRaumKonzept GmbH für die Wissenschaftliche Begleitung, dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen für die Förderung im Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ sowie den Projektverantwortlichen im Diözesancaritasverband Münster.

Auch in Zukunft wird sich der Diözesancaritasverband Münster verstärkt für junge Menschen in Wohnungsnotfällen einsetzen und die Ergebnisse von WohnPerspektiven in die Arbeit mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen in den verschiedenen Diensten und Einrichtungen einfließen lassen.

Heinz-Josef Kessmann

Diözesancaritasdirektor

1. Einleitung

Die Zahl der jungen Menschen, die auf der Straße oder in ungesicherten, prekären Wohnverhältnissen leben, ist in den letzten Jahren merklich angestiegen. Und dies auch im ländlichen Raum. Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung? Wie viele sind betroffen? Wer hilft diesen Menschen und welche Möglichkeiten bietet ihnen unser Hilfesystem? Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen spielen bei diesem Thema eine Rolle?

Viele Fragen, wenig Antworten! Vor diesem Hintergrund hat das Modellprojekt WohnPerspektiven, gefördert vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen, wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Männer und Frauen im Alter von 15 bis 27 Jahren in den Fokus genommen. Von März 2010 bis Februar 2013 entwickelten, erprobten und überprüften die Projektbeteiligten konkrete Hilfen, Maßnahmen und Verfahrensstrukturen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Nordrhein-Westfalen.

An drei Projektstandorten, den Kreisen Borken, Kleve und der Region Moers-Xanten, ist es ge-

lungen, die Lebenswelten und Lösungsstrategien dieser jungen Menschen zu beleuchten, die Funktionsfähigkeit der Hilfen zu prüfen und die Bedarfe der Akteure und Betroffenen gleichermaßen zu erkennen. Der vorliegende Abschlussbericht zum Projekt WohnPerspektiven stellt die Erkenntnisse sowie die erprobten Verfahren vor und gibt Hinweise, wie es auch andernorts gelingen kann, junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen stärker in das Zentrum vernetzter Hilfesysteme zu rücken.

WohnPerspektiven steht für eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe, die junge Männer und Frauen, die vom Wohnungsverlust bedroht oder wohnungslos sind, in der Breite und Heterogenität ihrer Lebenslagen in den Blick nimmt und akteursübergreifend Wohn- und Lebensperspektiven mit ihnen entwickelt.

Aufbau des Abschlussberichtes

Im Abschlussbericht steht die Bezeichnung WohnPerspektiven sowohl für das durchgeführte Projekt als auch für die darin entwickelten und erprobten Handlungsansätze. Diese schaffen als lokale WohnPerspektiven vor Ort und als strukturelle WohnPerspektiven auf übergeordneter Ebene die Voraussetzungen für nachhaltige Wohn- und Lebensperspektiven von jungen Menschen in Wohnungsnotfällen. Zukünftig soll der Begriff WohnPerspektiven als akteursübergreifendes Label synonym für eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe für junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen nutzbar sein.

Am Beginn des Abschlussberichtes steht die Einleitung (Kapitel 1), in der die Rahmendaten des Projektes, Kooperationspartner, Projektverlauf und -aufbau, Ausgangsthesen und die bearbeiteten Handlungsfelder vorgestellt werden.

Kapitel 2 legt die aus der dreijährigen Praxis gewonnenen Erkenntnisse zur Zielgruppe dar. Beschrieben werden die verschiedenen Lebenslagen

und die Funktionsweisen der Hilfesysteme unter den besonderen Bedingungen des ländlichen Raumes.

Im 3. Kapitel hat das Projekt WohnPerspektiven Haltungen und Grundsätze für die Arbeit mit jungen Wohnungsnotfällen extrahiert. Als Leitsätze geben sie den Akteuren, die mit der Zielgruppe in Verbindung stehen, Ziel- und Gestaltungsperspektiven.

Die wesentlichen Projekterfahrungen an den drei Projektstandorten sind in Kapitel 4 dargestellt. In Form von 18 lokalen WohnPerspektiven liefern sie Anregungen zu konkreten Methoden, Produkten, (Präventions- und Wohn-) Angeboten, Veranstaltungssettings, Verfahrensabsprachen und Wohnungsnotfallnetzwerken.

Abschließend werden in Kapitel 5 Empfehlungen in Form von 9 strukturellen WohnPerspektiven an die unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsebenen, an Politik, Akteure in der sozialen Arbeit, Ministerium, öffentliche und freie Träger und deren Spitzenverbände gegeben.

Am Ende dieses Abschlussberichtes (Kapitel 6) steht die Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse des Projektes WohnPerspektiven. Für den eiligen Leser bietet diese einen Überblick über wichtige Erkenntnisse zur Zielgruppe und zum spezialisierten Hilfesystem sowie zu den im Projektverlauf entwickelten lokalen und strukturellen WohnPerspektiven.

Im Anhang sind während des Projektverlaufs entstandene erste lokale Vereinbarungen dokumentiert.

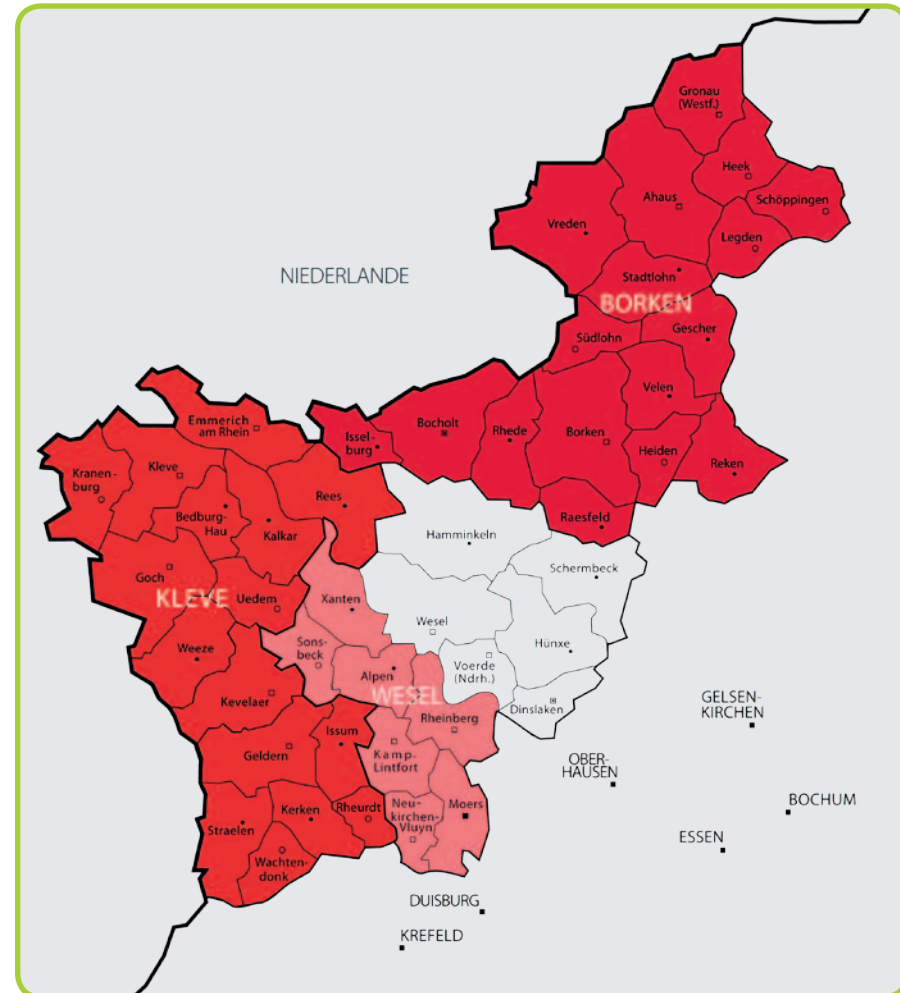


Abb. 1: Projektregionen in NRW (Kartengrundlage IT NRW 2009)

Beteiligte und Projektregionen

Gefördert wurde das Modellprojekt WohnPerspektiven im nordrhein-westfälischen Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger des dreijährigen Projektes war der Diözesancaritasverband Münster. Ausgeführt haben das Projekt Mitarbeitende und Leitungskräfte des Vereins für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen (für den Kreis Borken), des Caritasverbandes Kleve e.V. (für den Kreis Kleve) und des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. (für den Kreis Wesel - linksrheinisch) (vgl. Abb. 1). Auf diese Weise nutzte das Projekt den langjährigen Erfahrungshintergrund der örtlichen Caritasträger in diesem Feld sowie deren Einbettung in die lokalen Strukturen öffentlicher und freier Träger. Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wurde WohnPerspektiven durch die StadtRaumKonzept GmbH.

Zielgruppe

Zielgruppe des Projektes waren junge Männer und Frauen von 15 bis 27 Jahren in Wohnungsnotfällen mit und ohne Migrationshintergrund.

Dazu zählten von Wohnungslosigkeit bedrohte junge Menschen:

- *In Wohnungen mit eskalierenden Konflikten oder Gewalt, mit Kündigung oder Räumungsklage, mit Sanktionen im Rahmen des Leistungsbezugs nach SGB II oder*
- *vor ungesicherter Entlassung aus Haft und Einrichtungen.*

Die Zielgruppe umfasste darüber hinaus wohnungslose junge Menschen:

- *in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe,*
- *in Notunterkünften und notfallmäßiger Unterbringung (OBG-Unterkünften, beschlagnahmtem Wohnraum etc.) sowie*
- *außerhalb von Einrichtungen (auf der Straße oder bei Verwandten/Bekanntem vorübergehend untergekommen).*

Die Wohnungsnot ist nach den Erfahrungen von WohnPerspektiven Ergebnis und Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen. Diese manifestieren sich und werden sichtbar in unterschiedlichen Lebenslagen. Dazu gehören eine oftmals instabile familiäre Situation, geringe oder fragmentierte Bildung, fehlende, kurzfristige oder niedrigentlohnte Arbeit, gesundheitliche Einschränkungen und Probleme sowie eine erschwerte kulturelle Teilhabe.

Die Wohnsituation junger Menschen in Wohnungsnotfällen ist geprägt von einem Pendeln zwischen unterschiedlichen, meist prekären Wohnverhältnissen und dem Aufenthalt in Einrichtungen. Wichtigster Auslöser für den Wohnungsnotfall ist der Konflikt mit der Herkunftsfamilie oder in der Partnerschaft.

Projektverlauf

WohnPerspektiven basiert auf sechs Thesen, die im Verlauf des Projektes über alle Projektregionen hinweg erörtert und überprüft wurden:

1. Die Zahl der jungen Menschen in Wohnungsnot steigt auch im Untersuchungsgebiet des ländlichen Raumes.
.....
2. Die Zielgruppe zeichnet sich häufig durch ein Zusammentreffen multipler Problemlagen aus. Die Fallverläufe sind daher komplex.
.....
3. Die Anwendungspraxis der gesetzlichen Rahmenbedingungen (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG) führt dazu, dass junge Menschen

in Wohnungsnotfällen strukturell benachteiligt sind.

.....

4. *Das aktuelle Hilfesystem kann die Bedarfe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen nicht angemessen bearbeiten.*

.....

5. *Die Bedingungen des ländlichen Raumes (im Hinblick auf die Dichte der Hilfen und deren Erreichbarkeit) erfordern eine vernetzte, multiprofessionelle, wohnortnahe Hilfe, um junge Menschen in Wohnungsnotfällen adäquat zu unterstützen. Die fachlich anerkannte Forderung der Vernetzung trifft im ländlichen Raum auf besondere Schwierigkeiten.*

.....

6. *Bedarfsgerechte Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen befähigen sie, ihre Lebenssituation zu gestalten.*

.....

Das Projekt setzte dazu vier Handlungsfelder (vgl. Abb. 2) um, in denen sich sowohl die Projektstandorte als auch die Projektleitung und wissenschaftliche Assistenz mit ihren jeweiligen Methoden und Aufgaben verorteten.

Der **Erkenntnisgewinn** zielte darauf ab, Informationen über die Lebenslagen junger Menschen

in Wohnungsnotfällen sowie die Hilfeangebote und -systeme zu erheben und auszuwerten. Erste methodische Bausteine waren eine Material- und Datenanalyse, leitfadengestützte Einzelgespräche sowie Workshops mit Schlüsselakteuren. Unterfüttert wurden die gewonnenen Erkenntnisse mit einer anschließenden Betroffenenbefragung.

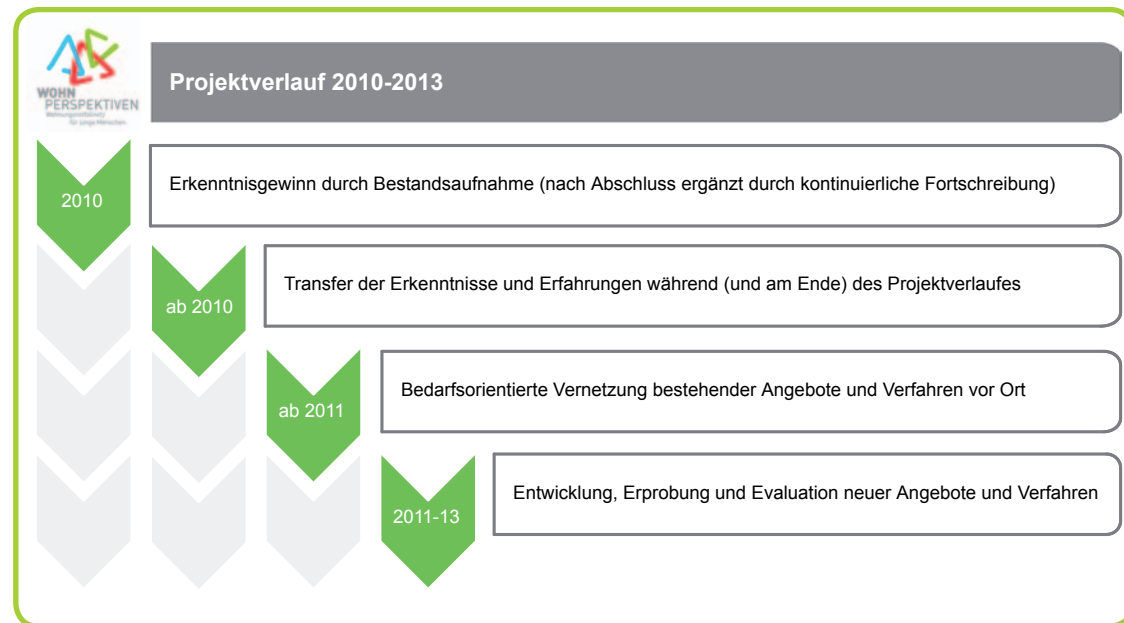


Abb. 2: Projektverlauf

Um den **Transfer** der Erkenntnisse zu gewährleisten, wurden diese in mehreren Berichten veröffentlicht sowie örtliche und überörtliche Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Mit „RAUS! ... und dann...“ wurde eine Arbeitshilfe für Lehrende erarbeitet, die Wohnungsnot als Thema für den Unterricht aufbereitet. Neben der Berichterstattung und der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch Gremienarbeit genutzt, um auf die Zielgruppe und den Bedarf an vernetzter Hilfe aufmerksam zu machen. WohnPerspektiven schließt mit einer Veranstaltungsreihe an allen Standorten sowie der Vorstellung des Abschlussberichtes zentral in Münster und einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit sowie einer Präsentation und Diskussion der Ergebnisse in Fachzeitschriften.

Aufbauend auf den Erkenntnissen lag der Schwerpunkt von WohnPerspektiven auf der **Vernetzung**. Im Sinne einer gemeindenahen Wohnungsnotfallhilfe für junge Menschen wurden Akteure miteinander ins Gespräch gebracht. An verschiedenen Standorten ist es so gelungen, verbindliche Strukturen für eine optimierte Zusammenarbeit zu schaffen.

Die **Entwicklung, Erprobung und Evaluation neuer Angebote und Verfahren** zur Vermeidung und

Behebung von Wohnungsnotfällen stand im Fokus des dritten Handlungsfeldes. An allen Standorten ist es gelungen, neue Wege zu erproben, das Hilfesystem zu ergänzen und Reibungsverluste abzubauen. Nicht alle als nötig eingestuften Veränderungen konnten jedoch realisiert werden.

Projektaufbau

Ein modellhaftes Projekt, das in drei Regionen parallel umgesetzt wird, braucht eine innere Kommunikationsstruktur, die flexibel und verbindlich zugleich reagieren kann (vg. Abb. 3). Für WohnPerspektiven bestand diese Struktur aus zwei steu-

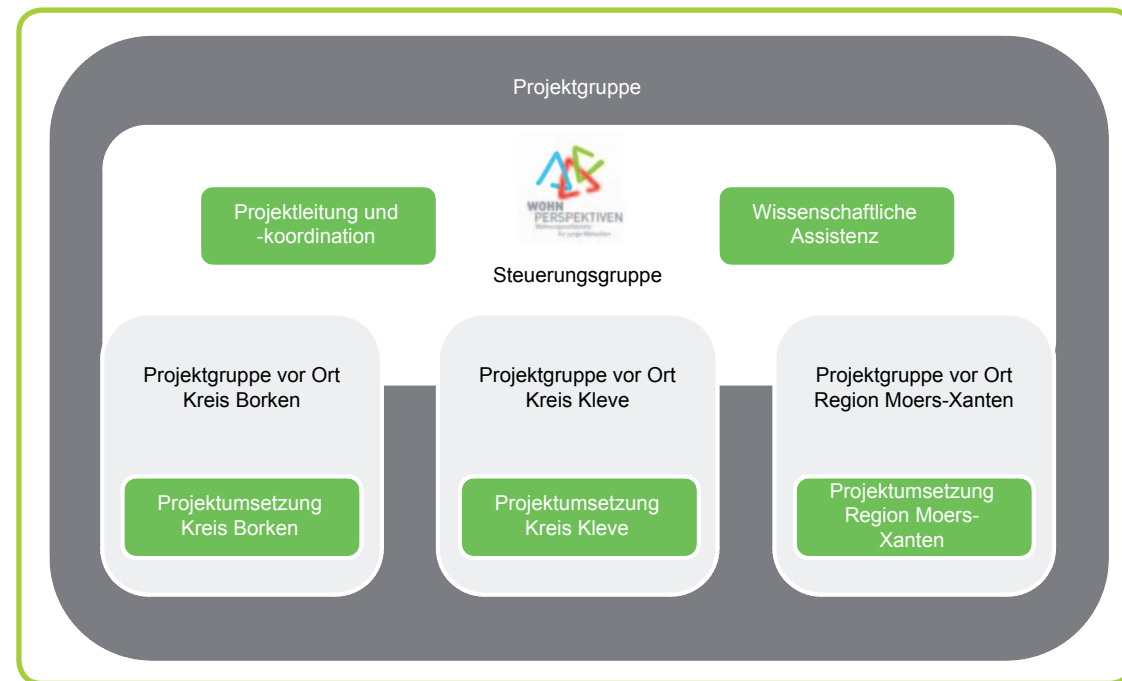


Abb. 3: Projektgremien

ernden Gremien: der **Steuerungsgruppe**, in der die Projektleitung/-koordination gemeinsam mit der wissenschaftlichen Assistenz die strategische Ausrichtung des Gesamtprojektes plante sowie der **Projektgruppe**, in der zusätzlich alle Projektstandorte mit Mitarbeitenden und Leitungsebene vertreten waren, um kreativ Ideen zu entwickeln und die inhaltlichen sowie strategischen Entscheidungen zu treffen (vg. Abb. 4). Darüber hinaus gab es Arbeitsgremien, in denen die laufende Projektumsetzung begleitet und gesteuert wurde. Das konkrete Vorgehen in den drei Regionen wurde in den **Projektgruppen vor Ort** festgelegt. Der **Arbeitskreis der Projektmitarbeiterinnen** bot diesen und der Projektkoordination eine geeignete Plattform für konkrete Fragestellungen und die Reflektion der lokalen Projektentwicklung.

Die parallele Umsetzung von WohnPerspektiven an drei Standorten im ländlichen Nordrhein-Westfalen war eine Besonderheit und stellte gleichzeitig eine Herausforderung für die Gestaltung der Projektstrukturen und -verfahren dar. Durch die Parallelität und gleichzeitige Unterschiedlichkeit der Bedingungen in den Regionen ließen sich Vergleiche ziehen, die sowohl die Ergebnisse als auch die Vorgehensweisen betrafen. In der standort-



übergreifenden Reflektion konnten immer wieder neue Impulse aufgenommen, Erfahrungen ausgetauscht und Befunde hinterfragt werden. So ist ein breites Spektrum an WohnPerspektiven entstanden, das auf verschiedene lokale Bedingungen übertragbar ist.

Abb. 4: Projektgruppe
 (v.l.n.r.: Dr. Franz-Joseph Post, Dr. Ulrich Thien, Anne Willrodt, Annika Ballach, Aiga Wegmann-Sandkamp, Lena Thissen, Eva Busch, Sofie Eichner, Alexander Sbonsy, Hans-Joachim Karth)

2. Erkenntnisse zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum

Der intensiven Bestandsaufnahme in den drei Projektregionen von WohnPerspektiven ist es zu verdanken, dass nun fundierte Erkenntnisse über die Lebenslagen einer bisher eher „unsichtbaren“ Zielgruppe – den jungen Menschen in Wohnungsnotfällen – sowie über die ihnen zur Verfügung stehenden Hilfesysteme im ländlichen Raum vorliegen.

Neben den zahlreichen Gesprächen mit unterschiedlichen Hilfeakteuren stellt die Betroffenenbefragung eine wertvolle Ergänzung der Bemühungen dar, die gewonnenen Einsichten zu verifizieren und sie authentisch werden zu lassen¹⁾.

Dieses Kapitel fasst die wesentlichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme zusammen und wirft dabei einen Blick sowohl auf die Existenz und die Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen als auch die entsprechenden Hilfesysteme

¹ Um die Sichtweisen junger Menschen in Wohnungsnotfällen abbilden zu können, wurden von Juni bis Oktober 2011 Interviews mit insgesamt 56 betroffenen Personen geführt.

im ländlichen Raum²⁾. Im weiteren Projektverlauf bildeten die Befunde der Bestandsaufnahme die Grundlage zur Weiterentwicklung der Hilfesysteme zu lokalen WohnPerspektiven im Kreis Borken, im Kreis Kleve und in der Region Moers-Xanten (vgl. Kapitel 4).

2.1 Existenz junger Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum

Junge Menschen in Wohnungsnotfällen sind auch im ländlichen Raum eine soziale Realität und kein exklusiv städtisches Problem. Ihre Wohnungsnotfalllagen sind hier jedoch weit weniger sichtbar.

² Ausführlich beschrieben sind die Ergebnisse der Bestandsaufnahme im Zwischenbericht 2010/2011, in den standortspezifischen Statusberichten sowie im Bericht zur Betroffenenbefragung. Sämtliche Materialien finden Sie zum Download auf www.wohn-perspektiven.de.

2.1.1 Kein exklusiv städtisches Phänomen

Ursachen und Auslöser für Wohnungsnotfallsituationen wirken im Ländlichen ebenso wie im Städtischen. Die davon betroffenen jungen Männer und Frauen sind ortsgebunden und suchen Unterstützung in dem ihnen bekannten Umfeld.

Der ländliche Raum ist dabei weniger als ein geographischer Ort, sondern vielmehr in seinen sozial-räumlichen Bedingungen als Phänomen zu verstehen, dessen Alleinstellungsmerkmal die strukturelle Knappheit der Wahlmöglichkeiten ist. Lehrstellen, Peargruppen, Vereine, jugendspezifische, kulturelle und sportliche Angebote sowie institutionelle Unterstützungsmöglichkeiten sind, wenn überhaupt, dann nur in überschaubarer Zahl vorhanden. Zivilgesellschaftliches Engagement konzentriert sich auf wenige Personen, die dann auch die wichtigen Ämter in den ansässigen Vereinen besetzen.

Wohnungsnotfallprobleme gibt es auch hier. Auf Grund geringer Fallzahlen im Bereich der akuten Wohnungslosigkeit bleibt das Phänomen jedoch

zerstreut und wenig sichtbar. Öffentlich lässt es sich deshalb leicht negieren. Politische und andere Akteure verweisen auf die stabileren sozialen Netzwerke des ländlichen Raumes und spezialisierte Angebote in den umliegenden Städten. Sie lassen dabei außer Acht, dass Wohnungsnotfallsituationen einen wesentlich größeren Personenkreis betreffen, bei dem sich soziale Schwierigkeiten mit wechselnden, prekären Wohnverhältnissen verbinden. Für diese Zielgruppe sind ihre sozialen Netze ein wesentliches Bleibeargument. Sind sie instabil und konfliktbeladen, können sie die Wohnungsnotfallsituation jedoch nicht nachhaltig entschärfen und die Betroffenen sind auch im ländlichen Raum auf institutionelle Unterstützung und Zugang zu angemessenem Wohnraum angewiesen.

Das Hilfesystem im ländlichen Raum weist ähnliche strukturelle Bedingungen auf wie in der Stadt. Eine besondere Herausforderung des ländlichen Raumes besteht darin, dass die Bearbeitungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten auf noch mehr Akteure verteilt sind: Der Kreis ist zuständig für die Hilfen nach SGB XII, das Jobcenter für Hilfen nach SGB II, die Städte und Gemeinden sind als zuständige Behörden für die Unterbringung nach dem Ordnungsbehördengesetz aktiv. Insgesamt ist das Hilfesystem jedoch weniger dicht und vielseitig. Die Kapazitäten in den einzelnen Fachbereichen sind geringer, so dass Aufgaben, die

nur selten angefragt sind, keine Routinen entwickeln können. Das Hilfesystem ist dezentral organisiert und damit vor Ort oft weniger spezialisiert. Vielfach fehlt es an einer verbindlichen Netzwerkstruktur der für junge Menschen in Wohnungsnot relevanten Akteure.

Verstärkend wirken sich im ländlichen Raum die geringe Dichte an Mietwohnungsbeständen aus, die geeignet (Größe, Lage, Nachbarschaft) und bezahlbar (z.B. SGB II konform) wären um junge (Erst-) Mieter aufzunehmen. In den betrachteten Regionen gibt es nur wenige Unternehmen, die in größerem Umfang Mietwohnungen verwalten und für Kooperationen gewonnen werden könnten. Die Bestände verteilen sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Gemeinden. Vor Ort wird der Zugang zu Wohnraum auch bestimmt durch die Nachfragesituation insgesamt (z.B. Wohnungsknappheit durch Hochschulstandort).

Innerhalb von ländlichen Regionen gibt es zum Teil divergierende Problemlagen und oft einen unterschiedlich hohen Problemdruck. Große und kleine Gemeinden unterscheiden sich beispielsweise anhand ihrer Wohnungsmärkte und den vor Ort zur Verfügung stehenden sozialen Hilfen (z.B. ambulante Beratungsangebote der Wohnungslo-

senhilfe, ehrenamtlich getragene Unterkünfte für wohnungslose Menschen, ASB, Schuldnerberatung, Suchtkrankenhilfe). Die auf das Gebiet jeder einzelnen Kommune begrenzten Zuständigkeiten z.B. für die Unterbringung und der unterschiedlich hohe Problemdruck in den großen und kleinen Gemeinden des ländlichen Raumes erschweren eine kreisweite oder regionale Zusammenarbeit. Dies betrifft auch die flächendeckende Organisation präsenster und transparenter Hilfen wie sie in Großstädten vielfach das Modell einer Zentralen Fachstelle leistet. Bisher findet man vereinzelt Konzepte für Fachstellen in den jeweils größeren Kommunen eines Kreises. Die Präsenz vor Ort ist hier sehr gut gegeben, aber eine kreisweite Koordination der Hilfen und dezentrale Angebote fehlen.

2.1.2 Ausmaß des Phänomens sozialräumlich nicht darstellbar

Die Datengrundlage zur Dokumentation der Zahl junger Menschen in Wohnungsnotfällen ist unzureichend und spiegelt nicht die von den Hilfeakteuren qualitativ beschriebenen Realitäten wider. In der persönlichen Wahrnehmung der meisten im Rahmen von WohnPerspektiven befragten ak-

tiven Akteure des sozialen Hilfesystems steigt die Zahl der jungen Menschen in Wohnungsnot in ihrer Praxis an.

Valide statistische Daten, die diese Entwicklung nachzeichnen könnten, liegen nur fragmentarisch, d.h. bei einzelnen Akteuren vor³⁾. Um aussagekräftig zu sein, müssten die einzelnen Datenbestände angeglichen und zusammengeführt werden. Es fehlen jedoch Ressourcen und das verantwortliche Bemühen, das Gesamtbild einer Zielgruppe zu erarbeiten, die bezogen auf die einzelne Kommune im ländlichen Raum eher klein ist.

Die integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen gibt Hinweise auf die Zahl der Personen, die im Kontakt zur Wohnungslosenhilfe bzw. zur kommunalen Obdachlosenunterbringung stehen. Für den Stichtag 30.06.2011 wurden dort landesweit 678 junge Erwachsene (18 bis 25 Jahre) dokumentiert, die ohne Obdach nach dem Ordnungsbehördengesetz untergebracht waren sowie 1.468 Wohnungslose junge Erwachsene (unter 18 bis 25 Jahre), die sich

3 Der Fachdienst Wohnungs- und Existenzsicherung des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. dokumentierte beispielsweise im Jahr 2010 den Kontakt zu insgesamt 285 Männern und Frauen unter 27 Jahren in Wohnungsnotfalllagen.

bei den freien Trägern am 30.06.2011 in Beratung bzw. Betreuung befanden⁴⁾. Die veröffentlichten Zahlen sind jedoch nicht altersdifferenziert herunter gebrochen auf die kommunale und Kreisebene.

Um das Phänomen vor Ort sichtbar zu machen, reichen diese Daten kaum aus. Hinter der Gruppe junger Menschen in Wohnungsnotfällen verbirgt sich ein äußerst heterogenes Klientel. Dieses taucht an diversen Stellen des sozialen Hilfesystems (vgl. Abb. 5), aber auch in Schulen und Bildungseinrichtungen auf, wobei ihre Wohnungsnotfallproblematik nicht immer zwingend im Vordergrund stehen muss. Wohnungslosigkeit bzw. bedrohte Wohnverhältnisse sind darüber hinaus Kriterien,

4 vgl. Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung 2011 in Nordrhein-Westfalen, herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Die integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung dokumentiert für den Stichtag 30.06.2011 landesweit 678 junge Erwachsene (18 bis 25 Jahre) die ohne Obdach nach dem Ordnungsbehördengesetz untergebracht waren. Darunter 478 junge Männer (entspricht 70,5%) und 200 junge Frauen (entspricht 29,5%). Damit sind annähernd 11% aller untergebrachten Personen (insgesamt 6.296) landesweit junge Erwachsene. Wohnungslose junge Erwachsene (unter 18 bis 25 Jahre), die sich bei den freien Trägern am 30.06.2011 in Beratung bzw. Betreuung befanden wurden ebenfalls erfasst. Die Gesamtzahl von 1.468 entspricht einem Anteil von 23,6% an allen wohnungslosen Personen (insgesamt 6.210). Der Anteil der Männer an den jungen Klienten beträgt 66,8% während der Frauenanteil bei 33,2% liegt. Auffällig ist, dass dies 43% aller wohnungslosen Frauen sind während es bei den Männern weniger als 20% sind.

die von Akteuren außerhalb der Wohnungslosenhilfe kaum systematisch erfasst werden oder aufgrund verdeckter Situationen nicht erfasst werden können.

Innerhalb der Wohnungslosenhilfe ist die Datengrundlage zwar besser. Der statistische Detailgrad ist jedoch unterschiedlich und reicht von der reinen Erfassung des Kontaktes unter Angabe des Alters über die Angabe von Gründen bis hin zur Darstellung des Hilfeverlaufs.

Die verworrenen Wege der Betroffenen durch das Hilfesystem sind schließlich ursächlich für die methodischen Probleme bei einer akteursübergreifenden und damit umfassenderen Fallzahlen-erhebung. Sie werden im ländlichen Raum durch die dezentralen Zuständigkeiten der Angebote der Wohnungslosenhilfe verschärft. Die Betroffenen laufen verschiedene Stellen in unterschiedlicher Trägerschaft parallel an und wählen private Lösungsstrategien (z.B. das Unterkommen bei Bekannten), die sie für eine von den professionellen Hilfeakteuren geführte Statistik unsichtbar machen. Auch WohnPerspektiven ist es nicht gelungen, eine Gesamtzahl der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen für die drei Projektregionen zu ermitteln.



Abb. 5: Akteure des sozialen Hilfesystems

2.1.3 Individueller Handlungsdruck nimmt zu

Im Widerspruch zu der formalen „Unsichtbarkeit“ der Zielgruppe nimmt die Bedeutung der Wohnungsnotfallproblematik bei jungen Menschen jedoch quer zu den Hilfen auch im ländlichen Raum zu. Einzelne Institutionen verzeichnen steigende Fallzahlen, z.B. in der ehrenamtlichen Wohnungslosenhilfe, in der gesetzlichen Betreuung, in der Bewährungshilfe, in Kliniken, in der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit oder an Schulen.

So ist z.B. die Zahl der Personen unter 27 Jahren im ehrenamtlich begleiteten Übernachtungsangebot des Borkener „Ein Dach über dem Kopf e.V.“ von null im Jahr 2000 auf 17 im Jahr 2010 gestiegen. Auch im „Haus Abraham e.V.“, einer von der katholischen Pfarrgemeinde „St Mariä Himmelfahrt“ getragenen Einrichtung der Wohnungslosenhilfe in Ahaus, verzeichnen die Verantwortlichen eine steigende Nachfrage von jungen Erwachsenen. Zwischen 2010 und 2013 wurden insgesamt 30 junge Männer zwischen 17 und 24 Jahren im „Haus Abraham“ aufgenommen. In einem anderen Beispiel registrierte der Sozialdienst der Psychiatrischen Abteilung des Ev. Lukas-Krankenhauses Gronau, dass der Anteil der Patienten bis 27 Jahre, bei denen nach der Entlassung in Hinsicht auf eine Wohnungsnotfallproblematik eingegriffen werden musste,

von 1 Person im Jahr 2006 kontinuierlich auf 29 Personen im Jahr 2010 gewachsen ist.

Andere Institutionen können statistisch kaum nachweisen, wie sich Wohnungsnotfalllagen bei ihren Klienten entwickelt haben. Im Einzelfall sind es jedoch umfangreichere Problemlagen und eine komplexe Lösungssuche, die einen größeren Hilfeaufwand und damit höheren Ressourceneinsatz für diese Zielgruppe erfordern. Prägend für die Dynamik, die die Akteure im Zusammenhang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen empfinden, ist die unmittelbare Dramatik des Einzelfalls in Kombination mit fehlenden Routinen und zielgruppenspezifischen Kapazitäten in der Hilfe. Dies gilt im Besonderen für die Akteure der Wohnungslosenhilfe, die es gewohnt sind, als letztes Netz zu agieren und unmittelbare Hilfe zu gewähren. Dies gelingt bei jungen Menschen in Wohnungsnotfällen nicht unbedingt, da die Zuständigkeiten unklar und die Angebote, z.B. die Unterbringung in der Notunterkunft, unzureichend sind. Aus der Kombination von latent steigenden Fallzahlen und einer Überforderung der Akteure im Einzelfall ergibt sich auch für den ländlichen Raum zunehmender Handlungsbedarf für junge Menschen in Wohnungsnotfällen.

2.2 Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum

Wohnungsnotfälle bei jungen Männern und Frauen sind ein Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen. Die instabile Situation der Betroffenen geht mit dem kontinuierlichen Pendeln zwischen verschiedenen prekären Wohnsituationen einher.

2.2.1 Von Wohnungsnotfallrisiken zu Wohnungsnotfallsituationen

Jeder Mensch hat den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben. Mit dem 18. Geburtstag wird diesem Wunsch auch rechtlich eine Basis gegeben. Der Schritt in die Selbstständigkeit ist dabei oft eine große Herausforderung und mit Konflikten verbunden.

Eine zentrale Rolle in den Lebensgeschichten vieler junger Menschen in Wohnungsnotfällen spielt daher der ungesicherte Auszug aus der familiären Wohnung. Meist sind es eskalierende Konflikte, die junge Männer und Frauen dazu bringen, ihren familiären Kontext ohne konkrete Perspektive auf eine angemessene Wohnungsversorgung zu verlassen.

Andere verlieren ihre eigene bzw. partnerschaftlich genutzte Wohnung aufgrund einer entsprechenden Kündigung wegen Zahlungsverzugs, mietwidrigen Verhaltens (z.B. Ruhestörung, nicht durchgeführte Hausreinigungen, dauerhafte Mitnutzung der Wohnung durch andere Personen etc.) oder geraten durch die ungesicherte Entlassung aus einer Haftanstalt oder einer stationären Einrichtung (Klinik, Einrichtung der Jugendhilfe etc.) in eine Wohnungsnotfallsituation.

In wie vielen Fällen die Regelungen des SGB II zu den Kosten der Unterkunft („Auszugsverbot“ für junge Erwachsene unter 25 Jahren gem. § 22 SGB II) und dem Verhängen von Sanktionen gegen junge Leistungsbezieher reale Auslösefaktoren für Wohnungsnotfälle in den betrachteten Regionen sind, konnte nicht valide ermittelt werden. Fest steht jedoch, dass es sich hierbei um wesentliche Themen und Problembereiche in der jeweils unterschiedlichen Praxis der Jobcenter handelt. Am Übergang zwischen Jugend und Erwachsenen sein können Konflikte dann zu Wohnungsnotfallsituationen werden, wenn sie mit begrenzten finanziellen Ressourcen zusammentreffen, ohne dass funktionierende Unterstützungsnetzwerke greifen.

2.2.2 Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen

Die Ursachen, die hinter den konkreten Auslösern für das Entstehen eines Wohnungsnotfalls liegen, sind komplex und nicht pauschal zu beschreiben. Vielmehr zeigen die Schilderungen der Betroffe-

nen, dass es stets die Verkettung mehrerer Problemlagen ist, die zur Wohnungslosigkeit führen kann. Wohnungsnotfälle junger Menschen sind ein Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen, die sich in unterschiedlichen Lebenslagen manifestieren. Dazu gehören unstetes und geringes Einkommen in geringqualifizierten, instabilen

Beschäftigungsverhältnissen. Ursächlich sind hier brüchige Bildungskarrieren.

Eine herausragende Stellung in den Biografien der Betroffenen nehmen Konflikte und fehlende Ressourcen in der Herkunftsfamilie ein (z.B. durch das Fehlen durchgängiger Bezugspersonen oder das Erleben von Gewalt). In vielen Fällen gehen psychische Auffälligkeiten oder Suchterkrankungen mit der (drohenden) Wohnungslosigkeit einher, wobei die Wirkungszusammenhänge zwischen diesen Problemen und dem familiären Hintergrund nicht immer ersichtlich sind (vgl. Abb. 6).

Verstärkt werden die Problemlagen der jungen Männer und Frauen in der Regel durch einen Mangel an sozialen und lebenspraktischen Kompetenzen, der zumindest bei Volljährigen im Widerspruch zur formalen Eigenverantwortlichkeit steht. Typische Merkmale, die der Zielgruppe zugeschrieben werden, sind ein fehlender Willen zur Veränderung, eine geringe Frustrationstoleranz und eine mangelnde Konfliktfähigkeit, was sich u.a. in wenig Engagement für Schule, Ausbildung oder Arbeit und/oder Straffälligkeit äußert. Vielfach wird die Zielgruppe als „nicht wohnfähig“ beschrieben.

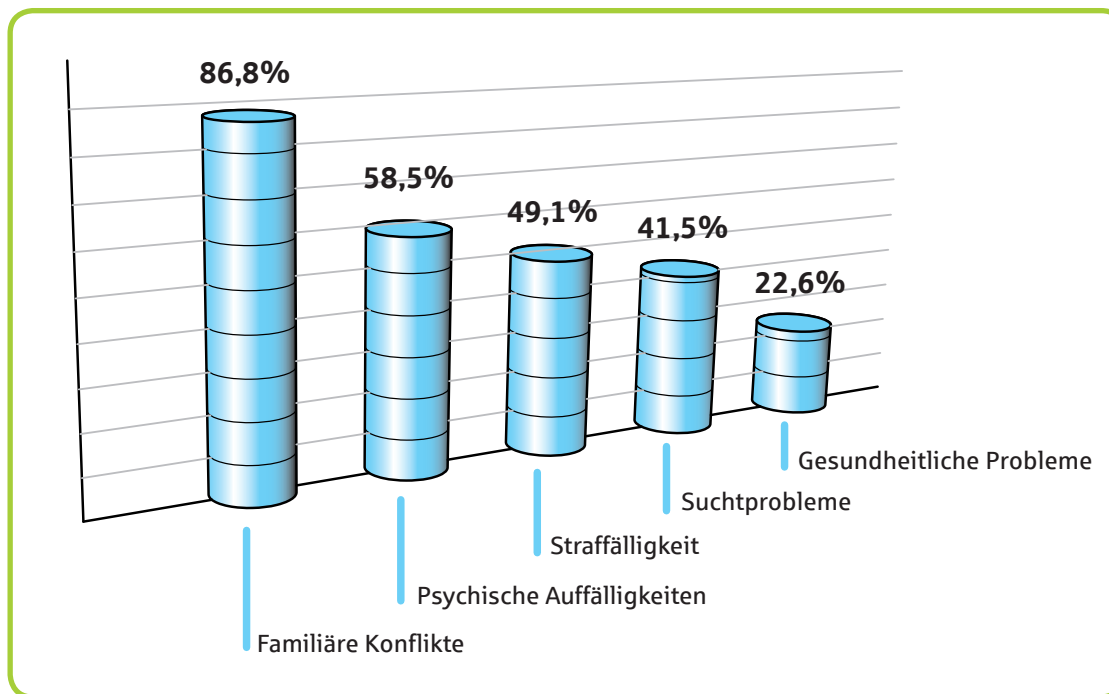


Abb. 6: Problemlagen Betroffener

Wohnungsnotfallsituationen sind ein wiederkehrender Teil ihrer Lebenslage, werden aber nicht nur als Notlagen, sondern auch als Bewältigungsstrategien beschrieben, um andere Bezüge und Verpflichtungen zu verlassen.

2.2.3 Wohnungslos, aber nicht ganz mittellos

Mit Blick auf die Einkommenssituation junger Menschen in Wohnungsnotfällen lässt sich festhalten, dass verlässliche, durchgängige Bezugsquellen in der Regel nicht vorhanden sind. Stattdessen wechseln diese im Verlauf der Wohnungsnotfallsituation, laufen parallel oder fehlen für bestimmte Zeiträume vollständig, sodass Art und Höhe des Einkommens über die Zeit variieren.

In der durch die Betroffenenbefragung⁵⁾ erzeugten Momentaufnahme fällt auf, dass mehr als 75 Prozent der Betroffenen staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen (überwiegend Leistungen nach dem SGB II, gefolgt von Leistungen gem. § 67 SGB XII), während nicht einmal jeder fünfte Befragte über ein eigenes Einkommen verfügt. Nur in drei

⁵ N= 56.

Fällen stammt dieses aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, alle anderen erwerbstätigen Befragten gehen einem Minijob, Gelegenheits- oder Saisonarbeit nach.

Trotz dieser Einschränkungen stehen jungen Menschen in Wohnungsnotfällen bestimmte Kommunikations- und Mobilitätsressourcen zur Verfügung. Diese dienen in erster Linie dem Aufrechterhalten sozialer Kontakte, werden allerdings nicht genutzt, um institutionelle Hilfen in Anspruch zu nehmen. Wie die Betroffenenbefragung zeigt, ist die überwiegende Mehrheit der Betroffenen im Besitz eines Mobiltelefons. Auch haben die meisten Befragten einen Zugriff auf das Internet, sei es in Internetcafés, durch Anschlüsse bei Freunden bzw. der Familie oder in Einrichtungen der örtlichen Hilfesysteme, die freie Internetzugänge für ihre Klienten anbieten.

Darüber hinaus nutzt ein Großteil der jungen Männer und Frauen regelmäßig Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs. Im ländlichen Raum ist dies die Voraussetzung dafür, dass man mobil ist und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Parallel greifen viele Befragte auf ein Fahrrad zurück oder gehen die Wege zu Fuß. Deutlich wird, dass die Betroffenen Ziele in der näheren

Umgebung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln erreichen können.

Keine Informationen liegen darüber vor, wie die Inanspruchnahme dieser Kommunikations- und Mobilitätsressourcen finanziert wird. Es ist davon auszugehen, dass Betroffene auch dann auf die Ressourcen zurückgreifen, wenn die entsprechenden Kosten nicht aus eigener Kraft getragen werden können. Dadurch kann sich ihre instabile (finanzielle) Situation ggf. weiter verschärfen (z.B. Verschuldung bei Mobilfunkverträgen, „Schwarzfahren“).




Finanzielle Schwierigkeiten, etwa durch mangelndes Einkommen oder Verschuldung, zählen damit zwar nicht zu den prägnantesten Ursachen für das Entstehen der Wohnungsnotfallsituation. Als Umstände, die diese prekäre Lebenslage weiter verschärfen, haben sie dennoch Gewicht.

2.2.4 Wohnungslos, aber zunächst nicht obdachlos

Basierend auf der Bestandsaufnahme von Wohnperspektiven lassen sich die folgenden Wohnsituationen differenzieren (vgl. Zielgruppendefinition in Kapitel 1).

Wohnsituation

Einschätzung durch WohnPerspektiven

  kontinuierliches Pendeln zwischen den einzelnen Wohnsituationen 	Wohnungslos in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nach § 67 SGB XII	Die große Mehrheit der jüngeren Klienten in diesen Einrichtungen ist älter als 21 Jahre, da für sie eine Kostenübernahme durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe möglich ist. Nur vereinzelt werden junge Männer und Frauen ab 18 Jahren aufgenommen. Die Nachfrage dieser Zielgruppe wird aber als steigend beschrieben. Gleichzeitig verlassen junge Volljährige diese Hilfen schnell wieder bzw. sie werden entlassen, wenn sie nicht bereit sind, sich an entsprechende Regeln zu halten.
	Wohnungslos in kommunalen Notunterkünften nach OBG	Im Vergleich zu den anderen Wohnsituationen finden sich nur sehr wenige junge Männer und Frauen (wenn, dann über 18 Jahren), die in kommunalen Notunterkünften untergebracht werden. Die Verwaltungsmitarbeiter beschreiben ihr Angebot als „letztes Netz“ und ungeeignet für junge Menschen. Die Datenlage zur Altersstruktur der nach Ordnungsbehördengesetz (OBG) untergebrachten Personen ist in den Projektregionen unzureichend.
	Wohnungslos in Einrichtungen der ehrenamtlichen Wohnungslosenhilfe	Ehrenamtlich getragene Wohn- oder Unterkunftsmöglichkeiten für Menschen in Wohnungsnotfällen, etwa durch Vereine und Kirchengemeinden, finden sich vor allem im Kreis Borken. Hier stellen sie eine wichtige Ergänzung des professionellen Hilfesystems dar, insbesondere für junge Männer ab 18 Jahren. Der Charakter dieser begleiteten Wohnformen ist familiär, die Verweildauer der Betroffenen beträgt zum Teil mehrere Jahre.
	Wohnungslos auf der Straße	Nur vereinzelt finden sich im ländlichen Raum junge Wohnungslose, die „Platte machen“. Sichtbar sind diese Fälle für die ambulanten Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe, die sie dokumentieren. Generell sind offene Szenen aufgrund der starken sozialen Kontrolle im ländlichen Raum eher selten.
	Wohnungslos bei Freunden, Bekannten oder Verwandten untergekommen	Die Mehrheit der Hilfeakteure mit Kontakt zur Zielgruppe dokumentiert eine konstant hohe Zahl von jungen Klienten, die mehrheitlich bei Freunden, Bekannten oder Verwandten unterkommt. Folglich scheint dies die wichtigste Bewältigungsstrategie junger Menschen in Wohnungsnotfällen zu sein, wobei die Wohnverhältnisse als fragil gelten. Oft gibt es Konflikte, so dass die Betroffenen zwischen wechselnden Bezugspersonen pendeln.
	Vom Wohnungsverlust bedroht in familiären Wohnungen	Unter den vom Wohnungsverlust bedrohten jungen Menschen findet sich ein großer Teil, der trotz bestehender Konflikte noch für gewisse Zeit im eigenen Elternhaus bzw. der gemeinsamen Wohnung verweilt. Dies ist u.a. auf die Regelungen des SGB II zu den Kosten der Unterkunft zurückzuführen („Auszugsverbot“ für junge Erwachsene unter 25 Jahren gem. § 22 SGB II).
	Vom Wohnungsverlust bedroht in eigenen Wohnungen	Auch Schwierigkeiten beim Erhalt der eigenen Wohnung schaffen eine Ausgangslage, mit der sich die ambulanten Beratungsstellen bei jungen Klienten konfrontiert sehen. Betroffene, die nach einer Wohnungsnotfallerfahrung mittlerweile in geregelten Mietverhältnissen leben, beschreiben Konflikte mit anderen Mietern und Vermietern sowie Mietschulden, so dass diese Wohnverhältnisse zum Teil ebenfalls bedroht sind.

Die instabile finanzielle Situation junger Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen geht mit ihrem kontinuierlichen Pendeln zwischen verschiedenen prekären Wohnsituationen einher. Dabei stehen das Wohnen in der Familie oder der Partnerschaft mit eskalierenden Konflikten oder die vorübergehende Unterkunft bei Freunden, Bekannten und Verwandten an erster Stelle. Im Vorfeld liegen in vielen Fällen Aufenthalte in Einrichtungen der Jugendhilfe, die beendet oder abgebrochen wurden. Kommunale Notunterkünfte oder (teil-)stationäre Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe werden meist erst dann angefragt, wenn die jungen Menschen tatsächlich obdachlos sind, d.h. keinerlei Möglichkeit mehr haben, sich über private Netzwerke ein Dach über dem Kopf zu organisieren.

Die professionellen Akteure des Hilfesystems bewerten das Pendeln zwischen ihren Angeboten und privaten Bewältigungsstrategien nicht durchweg negativ, da sich die Situation der Betroffenen auf diese Weise nicht verfestigen könne. So lange sich das Pendeln auf unsichere und prekäre Wohnformen ggf. in Abhängigkeitsverhältnissen zu Dritten beschränkt, kann aber durchaus von einer Verfestigung der Wohnungsnotfallsituation gesprochen werden.

2.2.5 Zum Pendeln gezwungen

Das Pendeln zwischen unterschiedlichen Wohnsituationen spiegelt sich auch in den Fallverläufen der Betroffenen wider. Ihre Lebensgeschichten sind gekennzeichnet durch das Aufsuchen vieler unterschiedlicher Hilfen und immer wieder auch durch Unterbrechungen im Hilfeverlauf. Jobcenter, Einrichtungen der Jugend- und Wohnungslosenhilfe und sehr selten auch kommunale Notunterkünfte sind nur einige der Stationen auf diesem Weg.

Daneben spielen Ärzte, Therapeuten und Kliniken eine tragende Rolle in den Hilfeverläufen vieler Betroffener, was auf ihre multiplen, auch gesundheitlichen Problemlagen hinweist. Auch Haftaufenthalte und entsprechende Kontakte zur Bewährungshilfe kommen vor. Darüber hinaus hat die gesetzliche Betreuung (gem. BGB) aufgrund ihres individuellen Hilfecharakters eine relativ hohe Bedeutung für psychisch kranke oder geistig behinderte junge Menschen. Der Bedeutungszuwachs der gesetzlichen Betreuung für junge Menschen, die zusätzlich eine Wohnungsnotfallproblematik haben, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass diese Hilfe auch von Akteuren des Hilfesystems als eine verlässliche, mittelfristige

Unterstützung eingeschätzt wird, die für junge Erwachsene eine Versorgungslücke schließt.

Spezialisierte Angebote freier Träger, bei denen keine konkreten Unterstützungsleistungen sondern vielmehr die Bearbeitung grundlegender Probleme im Mittelpunkt steht, werden hingegen deutlich seltener aufgesucht (z.B. Sozialberatung, Schuldnerberatung).

Sofern vorhanden, bilden die verbliebenen Bezugspersonen aus Familie und Freundeskreis wiederkehrende Anlaufstationen. Mehr als 75 Prozent der befragten Betroffenen haben im Laufe ihrer Wohnungsnotfallsituation auf die Hilfe von Personen zurückgegriffen, die ihnen nahe stehen. Oft werden diese individuellen Bewältigungsstrategien den qualifizierten Hilfen vorgezogen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es auch im familiären Umfeld oft nur begrenzte Ressourcen zur Unterstützung der jungen Menschen gibt und die Konflikte hier ein wesentlicher Auslöser wiederkehrender Wohnungsverluste im Sinne des Verlassens der familiären Wohnung sind.

2.2.6 Verwurzelt in der Heimat

Nicht nur ihre Problemlagen, sondern auch ihre persönlichen Entscheidungen prägen den Weg junger Wohnungsloser durch das Hilfesystem. Viele Betroffene geben an, dass die Unterstützung durch ihr soziales Umfeld einen maßgeblichen Einfluss auf den eigenen Lebensweg und damit auch die Inanspruchnahme von Hilfen hat. Gleichzeitig ist dieser Rückhalt, verbunden mit Kenntnissen über die lokalen Strukturen für eine starke Ortsgebundenheit der Betroffenen im ländlichen Raum verantwortlich.

Den Verbleib in der Heimatregion verbinden sie mit der Hoffnung, bessere Unterstützung zu erhalten. Letztlich ist es weniger die fachliche Zuständigkeit der Hilfen als deren Erreichbarkeit (z.B. durch die Hinweise Dritter), an der sich die jungen Menschen orientieren.

In ihrem Alltag bewegen sich die befragten Betroffenen innerhalb eines Radius zwischen einem und drei Kilometern um ihren jeweiligen Wohnort. Dennoch legen die meisten Betroffenen regelmäßig Wege in andere Städte und Gemeinden zurück (vgl. Abb. 7). Dabei hält die Mehrheit der Befragten ein bis zwei, maximal drei solcher Verbindungen aufrecht. Nur ein Drittel der Befragten gibt an, den Wohnort in der Regel gar nicht zu verlassen. Fast 90 Prozent der zurückgelegten Wege haben die Pflege persönlicher Beziehungen zum Ziel. Nur äußerst selten verlassen die Befragten ihren Wohnort zu anderen Zwecken, etwa zur Arbeit, zum Einkaufen oder zur übrigen Freizeitgestaltung. Insofern kommen sie auch nur vereinzelt oder für begrenzte Zeit im städtischen Raum an.

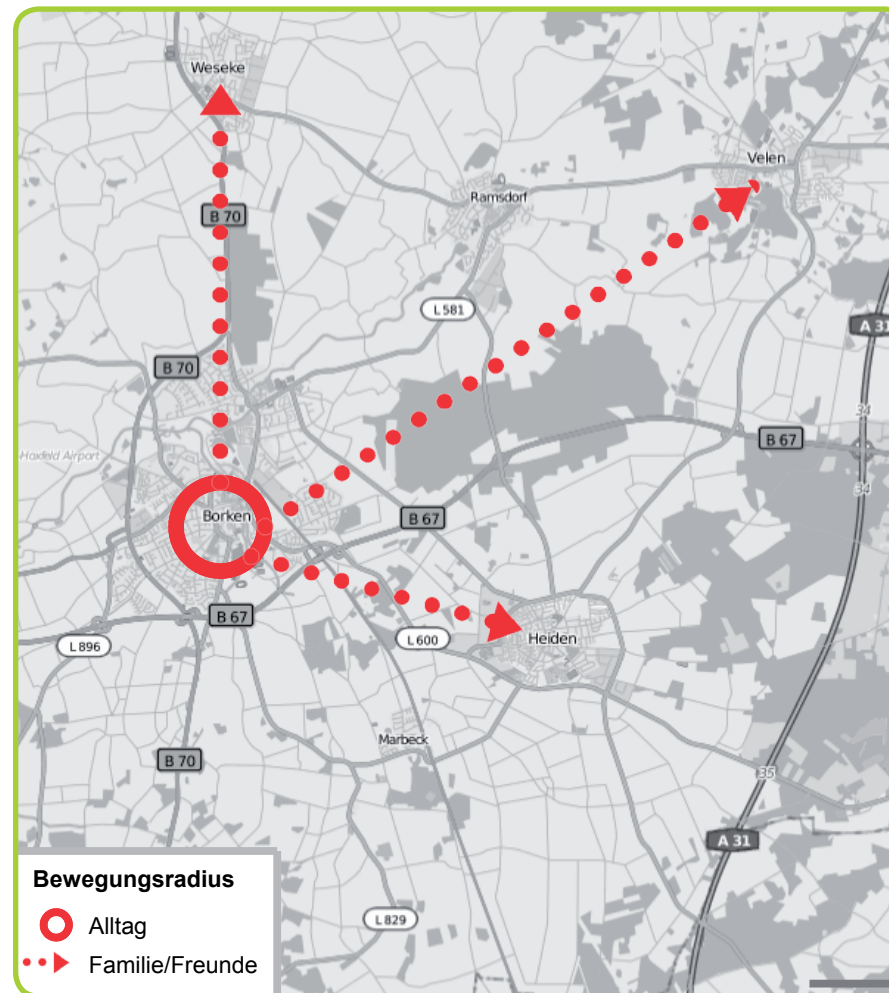


Abb. 7: Aktionsräume von Betroffenen im Kreis Borken

2.3 Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum

Differenzierte Hilfen für junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen sind auch im ländlichen Raum vorhanden. Klare Verantwortlichkeiten für die Zielgruppe und ein verlässliches Management an den Übergängen und Schnittstellen fehlen jedoch.

2.3.1 Breites Hilfespektrum auch im ländlichen Raum

In den Projektregionen (Kreis Borken, Kreis Kleve, Kreis Wesel – linksrheinisch) finden sich differenzierte Hilfesysteme, die jungen Menschen in Wohnungsnotfällen mit entsprechendem Unterstützungsbedarf generell offen stehen. Angenommen werden sie in der Praxis aber nur zum Teil.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den drei Regionen besteht in der Ausprägung der öffentlich finanzierten, verbandlichen Wohnungslosenhilfe. Während im Kreis Kleve und in der Region Moers-Xanten neben stationären Angeboten auch ein ambulantes und teilweise dezentral organisiertes Beratungsangebot nach § 67 SGB XII existiert,

verzichtet der Kreis Borken auf diese Form der qualifizierten Hilfe. Als institutioneller Träger der verbandlichen Wohnungslosenhilfe betreibt dort der Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen zwei stationäre Einrichtungen und bietet an mehreren Standorten Ambulant Betreutes Wohnen (ABW) nach § 67 SGB XII an.

Im Rahmen der kommunalen Wohnungsnotfallhilfe nach OBG hingegen sind alle Städte und Gemeinden gleichermaßen verpflichtet, ein bestimmtes Kontingent an Notunterkünften vorzuhalten. Insbesondere im ländlichen Raum liegt die Zuständigkeit für die Unterkünfte häufig bei den Ordnungsämtern und nicht – wie in vielen Städten üblich – bei den Sozialämtern. Dies prägt auch die Haltung der Mitarbeiter und deren Praxis. Eine präventive kommunale Wohnungsnotfallhilfe in Anlehnung an das Modell der Zentralen Fachstelle findet sich nur in Ansätzen, z.B. in Moers, wo der Caritasverband Moers-Xanten e.V. die präventive Beratung übernimmt.

Im Bereich der Jugendhilfe (SGB VIII) werden in allen Projektregionen zahlreiche kommunale und verbandliche Beratungsangebote vorgehalten. Dazu gehören allgemeine Sozialdienste, ambulante Hilfen zur Erziehung, Jugendsozialzentren,

Streetwork und Jugendgerichtshilfeangebote. Hinzu kommen stationäre Einrichtungen.

Eine besondere Rolle im ländlichen Raum übernehmen die Jobcenter als Träger der Leistungen nach SGB II sowie Angeboten zur Arbeitsmarktintegration. Da sie zur Gewährung finanzieller Leistungen flächendeckend und ortsnah vorhanden sind, stellen die Jobcenter häufig die erste Anlaufstelle für junge Menschen in Wohnungsnotfällen dar.

Darüber hinaus existiert in allen drei Projektregionen ein breites Spektrum an professionellen kommunalen und verbandlichen Hilfen mit indirektem Bezug zur Zielgruppe, z.B. Schuldnerberatung, Suchtberatung oder Beratung für psychisch Kranke. Erkennbar ist, dass die Spezialisierung des Hilfesystems mit der Einwohnerzahl abnimmt. In kleineren Gemeinden gibt es oft eine Allgemeine Sozialberatungsstelle (ASB oder KSD), die eine Clearingfunktion für diverse Lebenslagen übernimmt.

Neben den öffentlich finanzierten Beratungs- und Wohnangeboten finden sich in den Regionen auch verschiedene ehrenamtliche Angebote (z.B. Tafeln, Kleiderkammern, ehrenamtlich betreute Wohn- und Beratungsangebote im Kontext von Kirchengemeinden).

2.3.2 Kaum zielgruppenspezifische Angebote

Geraten junge Menschen im ländlichen Raum in eine Wohnungsnotfallsituation, sind sie in zweifacher Hinsicht mit einem dezentralen Hilfesystem konfrontiert. Einerseits liegt die Zuständigkeit für Hilfen und Leistungen bei diversen Akteuren (Wohnungslosenhilfe, Jugendamt, Sozialamt, Jobcenter, Drogenberatungsstelle etc.). Andererseits befinden sich die Angebote in der Regel an diversen Standorten.

Anders als in vielen Großstädten, in deren Hilfesystemen diese Zielgruppe klar verankert ist, existieren in den drei Projektregionen nur vereinzelt Angebote, die gezielt junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen ansprechen. Obwohl diese Hilfen jeweils nur einer begrenzten Teilgruppe offen stehen, werden sie vor Ort als wichtige Bausteine wahrgenommen.

Dazu zählen:

- *Notschlafstellen für wohnungslose Jugendliche unter 18 Jahren in Gronau und Bocholt, finanziert durch die jeweilige Kommune (SGB VIII),*
- *ein niederschwelliges Wohnangebot für junge wohnungslose Frauen in Kleve, finanziert durch die Stadt Kleve (SGB VIII),*

- *Beratung für Jugendliche ab 18 Jahren in den ambulanten Angeboten nach § 67 SGB XII in Moers und Rheinberg sowie Kleve und Geldern,*
- *die Wohngruppe für junge Wohnungslose ab 21 Jahren nach § 67 SGB XII im St. Antoniusheim Vreden sowie*
- *kurzfristige Unterbringung und Clearing im Projekt „Junge Wohnungslose in Rheinberg“ des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. (vgl. S. 61).*

2.3.3 Verschiebebahnhof an gesetzlichen Schnittstellen

Die Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen sind geprägt von dem Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure, die auf der Grundlage verschiedener Rechtskreise handeln (SGB II; SGB VIII, SGB XII, OBG). Obwohl die einzelnen Zuständigkeiten verbindlich geklärt sind, lassen sie Interpretationsspielräume, die zu unterschiedlichen Haltungen, Bewertungen und Entscheidungen seitens der Hilfeanbieter und/oder Kostenträger (Kommunen, Landschaftsverbände) führen. Diese betreffen den angenommenen Hilfebedarf, die notwendige Hilfeart und die sich daran anschließende Kostenübernahme.

Die Schnittstellen der verschiedenen Rechtskreise bedingen, dass Akteure die Zuständigkeit von sich weisen können. Nicht nur die kommunale Haushaltslage, sondern auch die verwaltungsinterne Arbeitsteilung oder das Verhalten der Klienten sind Faktoren, die bei gleicher Rechtsgrundlage zu unterschiedlichen Hilfeverläufen führen können. Damit ist die Qualität des Hilfesystems abhängig von der Anwendungspraxis an den für die jungen Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen prägnanten Schnittstellen.

Vor allem die Gruppe der 18 bis unter 21-Jährigen, denen formal auch der Zugang zu den Angeboten der Wohnungslosenhilfe gem. § 67 SGB XII verwehrt ist, läuft immer wieder Gefahr, im „Verschiebebahnhof“ zwischen SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG und BGB „stecken zu bleiben“.

Basierend auf den Gesprächen mit Hilfeakteuren und Betroffenen lassen sich die folgenden bedeutsamen gesetzlichen Schnittstellen differenzieren:

Schnittstelle: Jugendhilfe (§ 41 SGB VIII) und Wohnungslosenhilfe (§ 67 SGB XII)

Einschätzung durch WohnPerspektiven:

Jugendhilfemaßnahmen für über 18-Jährige existieren in der Praxis kaum. Die Ablehnung wird meist mit der unzureichenden Mitwirkungsbereitschaft der jungen Menschen begründet.

Für die Wohnungslosenhilfe offenbart sich hier eine eklatante Lücke im Hilfesystem, die, da sie mit den eigenen Angeboten nicht kompensiert werden kann, einen akuten Handlungsdruck auslöst: Klienten müssen trotz akuter Wohnungsnotfallsituation abgewiesen werden. Eine Rückvermittlung von Klienten, z.B. aus der ambulanten Beratung für Wohnungslose an die Jugendhilfe, ist in der Praxis kaum möglich.

Verschiedene Strategien bearbeiten diese Schnittstelle. Dazu zählen sowohl die Aufnahme der Klienten durch die Wohnungslosenhilfe und Unterstützung auf dem „Klageweg“ gegenüber den Jugendhilfeträgern als auch erste trägerübergreifende Kooperationen (Projekt „Junge Wohnungslose in Rheinberg“ (vgl. Kapitel 4.3)). Die wenig strategische, jedoch häufig praktizierte Alternative besteht darin, dass keines der beiden Hilfesysteme erkennbar tätig wird, so dass der Klient nach individuellen Lösungen sucht, etwa dem Unterkommen bei Bekannten. Der damit einhergehende Kontaktabbruch zum Hilfesystem wird insbesondere für diejenigen, die einen über die Wohnraumversorgung hinaus gehenden Hilfebedarf erkennen lassen, als problematisch angesehen.

Schnittstelle: Hilfen für Arbeitssuchende (SGB II) und andere Hilfen

Einschätzung durch WohnPerspektiven:

Im Rahmen von WohnPerspektiven wurde die einzel-fallbezogene Zusammenarbeit als persönlich, eng und vertraut beschrieben. Wo persönliche Beziehungen in der Zusammenarbeit abbrechen, wird eine gemeinschaftliche Bearbeitung der Fälle im Sinne der Kombination von Maßnahmen aus beiden Rechtskreisen erschwert.

Die begrenzte Bereitschaft der Jugendhilfeträger, für über 18-Jährige (erstmalig) Jugendhilfemaßnahmen zu finanzieren, wirkt sich ebenfalls auf die Zusammenarbeit mit den SGB II-Trägern aus. Denn meist gestaltet in diesen Fällen der SGB II-Träger die Integration und trägt die Kosten der Unterkunft. Damit wird dieser zu einem zentralen Knotenpunkt für junge Menschen in Wohnungsnotfällen, die nicht im System des SGB XII oder SGB VIII verortet sind.

Schnittstelle: Notunterbringung (§ 14 und § 17 OBG) und andere Hilfen

Einschätzung durch WohnPerspektiven:

Anders als bei den anderen Schnittstellen, spielt die Frage der Kostenübernahme keine Rolle, da die Unterkünfte gem. OBG vorgehalten werden müssen. Doch obwohl die Unterbringung von wohnungslosen Personen eine Verpflichtung der Kommunen ist, äußern die befragten Mitarbeiter ihr Unbehagen, junge Menschen in diese Unterkünfte einzuweisen.

Stattdessen konnten verschiedene Vermeidungsstrategien identifiziert werden. Dazu gehört, dass junge Personen an Fachberatungsstellen nach § 67 SGB XII vermittelt werden oder Bilder/Beschreibungen der Unterbringungssituation zur Abschreckung eingesetzt werden, um auf diese Weise eine alternative Unterbringung zu empfehlen (z.B. im Freundes- oder Bekanntenkreis). Die Verknüpfung der mit der Unterbringung betrauten Stellen mit den Hilfesystemen des SGB VIII und des SGB XII ist demnach eine wesentliche Voraussetzung, um junge Menschen in akuten Wohnungsnotfällen zu erreichen und adäquat zu versorgen.

Schnittstelle: Gesetzliche Betreuung (§§ 1896 bis 1907 BGB) und andere Hilfen

Einschätzung durch WohnPerspektiven:

Die gesetzliche Betreuung für Volljährige wurde vielfach als ein Instrument mit zunehmender Bedeutung für psychisch kranke oder geistig behinderte junge Erwachsene mit sozialen Problemen beschrieben. Häufig kommt sie im Anschluss an die Jugendhilfe bzw. an Vormundschaften zum Einsatz.

Betreuer können Rechte der Jugendlichen einklagen, was von den Befragten positiv bewertet wird, da es im Einzelfall zur Lösung für die ungeklärte Zuständigkeit an den Schnittstellen genannt wird. Gleichzeitig kann der Bedeutungsgewinn der gesetzlichen Betreuung für die Zielgruppe als Indiz für einen anhaltenden Unterstützungsbedarf gewertet werden, obwohl die gesetzliche Betreuung im eigentlichen Sinne keine vorrangig geeignete Hilfeform, sondern eher eine gesetzlich angeordnete Stellvertreterfunktion ist. Innerhalb der Betreuungsverhältnisse hat nach Angaben der Befragten das Thema Wohnungssicherung neben gesundheitlichen Fragen einen wachsenden Stellenwert (Räumungsklagen, Kündigung wegen mietwidrigem Verhalten etc.).

Schnittstelle: Haft bzw. anschließende Bewährungshilfe und andere Hilfen

Einschätzung durch WohnPerspektiven:

Eine weitere Schnittstellenproblematik birgt die Entlassung aus Haftanstalten. Sensibel ist vor allem der Zeitraum, bevor die Bewährungshilfe greift.

Ebenfalls genannt werden die Übergänge aus Kliniken für psychisch Kranke in die Jugendhilfe (Schnittstelle SGB XII und SGB VIII). Hier berichtet die Jugendhilfe von mangelnder Vorbereitung auf die Klienten, so dass häufig ein erneuter Klinikaufenthalt zu Stande kommt oder sie der Hilfe entgleiten.

Ein weiterer „Problemverstärker“ scheinen die Bedingungen der gesundheitlichen Versorgung und des Krankenversicherungssystems (SGB V) zu sein. Der Übergang aus der Familienversicherung in eine eigenständige Krankenversicherung kann von Brüchen und Lücken geprägt sein. Die Kosten für Versicherung und Zuzahlungen zu Medikamenten können außerdem als Auslöser für Verschuldung gelten. Die gesundheitliche Versorgung durch niedrigschwellige und kostenlose ambulante Dienste ist in den betrachteten Regionen nicht grundsätzlich sichergestellt (vgl. § 4 sowie § 27 SGB V, ggf. in Verbindung mit § 48 SGB XII).

2.3.4 Hilfen und Klienten passen nicht zusammen

Vielfach erfahren junge Menschen in Wohnungsnotfällen das Hilfesystem als zersplittert und unpassend ausgestaltet, um angemessen auf ihre Situation zu reagieren. Ein Blick auf die Hilfeverläufe der befragten Betroffenen zeigt, dass deren Komplexität nicht nur durch multiple Problemlagen, sondern in hohem Maße auch durch bestehende Strukturen im institutionellen Hilfesystem bestimmt wird.

Durch rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierungsstrukturen werden allen Angeboten bestimmte Zugangsvoraussetzungen „auferlegt“. Diese betreffen in unterschiedlichem Maße das Alter, den Hilfebedarf, die Zugehörigkeit zu einer Kommune, die Vorlage von Unterlagen (z.B. Kostenzusagen, Gutachten oder Stellungnahmen), die Zustimmung von Dritten oder sie fordern ein bestimmtes Verhalten ein.

Vertreter der Wohnungslosenhilfe und andere Akteure beschreiben das Zusammentreffen ihrer Hilfen mit jungen Volljährigen als inadäquat. Die Komplexität der Problemlagen sowie die geringe Mitwirkungsbereitschaft erschweren es, adäquate Hilfeprozesse einzuleiten. Der Wohnungslosenhilfe nach § 67 SGB XII fehlen partiell die pädagogische Kompetenz und die damit zusammenhängenden Hilfemaßnahmen. Junge Erwachsene werden in der Konsequenz als „Systemsprenger“ wahrgenommen und behandelt, die mit den Bedingungen von Angeboten nicht zurechtkommen (vgl. Abb. 8).

Viele Fallverläufe bestätigen dies. Durchschnittlich haben die befragten Betroffenen bis zum Zeitpunkt der Befragung vier bis fünf unterschiedliche Hilfestationen angelaufen. Mehr als die Hälfte der

Befragten gab an, dass ihnen dabei bestimmte Leistungen aus formalen Gründen verweigert wurden. Insbesondere bei Hilfen nach dem SGB II und SGB VIII zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen dem „Anfragen“ und dem „in Anspruch nehmen“ der Hilfen. Gleichzeitig kam es

bei rund einem Drittel der Betroffenen vor, dass Hilfen selbst abgebrochen oder gar nicht erst angenommen wurden. Wie bereits beschrieben, ist vor allem der Verbleib in kommunalen Notunterkünften eine Ausnahme.

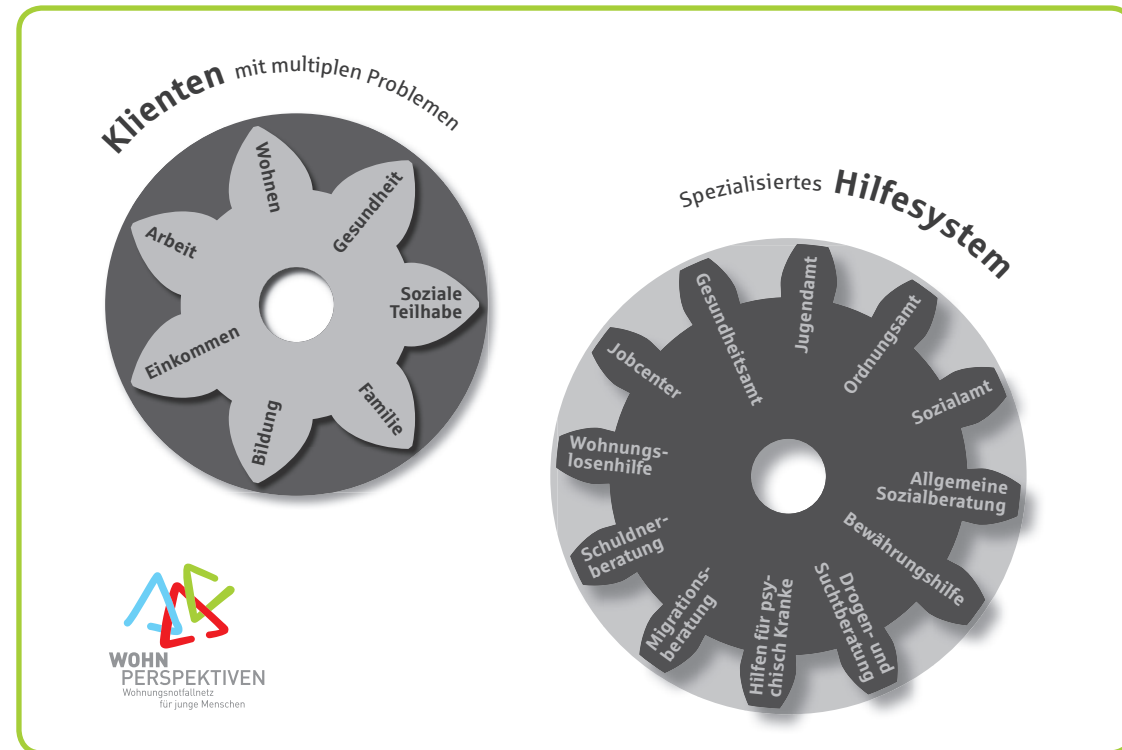


Abb. 8: Hilfen und Klienten passen nicht zusammen

Fast 90 Prozent der befragten Betroffenen haben mindestens einen dieser Brüche im eigenen Hilfeverlauf erlebt. Sie verkomplizieren die Situation der jungen Klienten – Problemlagen verschärfen sich, Lösungen lassen sich nur schwer entwickeln und können kaum angenommen werden. Die erlebte Qualität des Hilfesystems steht somit in engem Bezug zur Kooperationsbereitschaft der Betroffenen.

2.3.5 Routinen und Netzwerke fehlen

Trotz breit aufgestellter Hilfesysteme auch in den ländlichen Regionen stößt die Mehrheit der professionellen Akteure im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen an ihre Grenzen. Die Ursachen dafür liegen in der hohen Dynamik der Problemlagen, die im Kontrast zu teilweise ungeklärten Zuständigkeiten sowie fehlenden Konzepten, finanziellen Mitteln und Kooperationspartnern steht. Plastisch wird das Bild fehlender Routinen innerhalb der Hilfesysteme durch die unterschiedlichen, komplexen Hilfeverläufe, die die Betroffenen in der Betroffenenbefragung geschildert haben.

Zwar berichten viele der befragten Akteure, insbesondere in kleineren Gemeinden, von einer hohen Dichte an persönlichen Kontakten und Arbeitsbeziehungen mit langer Tradition, die im Einzelfall eine unbürokratische Hilfe ermöglichen. Strukturelle Netzwerke, in denen die Zielgruppe im Fokus steht, existieren jedoch nicht. Genauso fehlt aus Sicht der Wohnungslosenhilfe, der Jugendhilfe sowie der Angebote mit Querbezug zur Zielgruppe in allen Projektregionen ein verlässliches Management der Hilfeübergänge.

Übergänge zwischen den Hilfen stützen sich auf eine gut funktionierende, einzelfallbezogene Zusammenarbeit, die durch ein hohes persönliches Engagement der einzelnen Hilfeakteure getragen wird. Auf diese Weise generieren Ortsverbundenheit und informelle Kontakte einen Vorteil des ländlichen Raums gegenüber häufig stärker formalisierten, aber auch „anonymen“ Hilfestrukturen in Großstädten.

Dieser positive Effekt erschließt sich aber nur für diejenigen, die einen Zugang zu diesen Netzwerken und einen engagierten Mitarbeiter finden, der über die eigene Zuständigkeit hinaus persönliche Kontakte zur Gestaltung einer individuellen Hilfe nutzt. Abhängig ist das zum einen von deren

Kenntnis des Hilfesystems. Zum anderen strukturieren die Bedingungen des ländlichen Raums die Möglichkeiten der Vernetzung, indem sich größere Entfernungen und starke regionale Bezüge hemmend auf die Zusammenarbeit auswirken.

2.3.6 Anderes Arbeiten wäre möglich

Die befragten Hilfeakteure und Betroffenen formulieren ausgehend von den o.g. Bedingungen konkrete Ideen, wie Hilfen annehmbar werden und die individuellen Wege im System verbessert werden können. Einen positiven Einfluss auf die Hilfeverläufe junger Menschen in Wohnungsnotfällen scheinen demnach das Vorhandensein ambulanter Strukturen, die Wahrnehmung der Zielgruppe durch die Hilfeakteure sowie deren Zusammenarbeit zu haben. Ebenso förderlich ist der Zugriff auf kurzfristige Unterbringungskapazitäten, wohingegen informationstechnische oder räumliche Aspekte der Erreichbarkeit von Hilfen eine untergeordnete Rolle spielen.

Eigenständig sind die Akteure der Hilfesysteme jedoch nicht in der Lage, diese Veränderungen umzusetzen. Systembedingte Hürden, begrenzte Ressourcen und die Unsicherheit, außerhalb von

etablierten Kostenstrukturen zu handeln, schränken die Möglichkeiten für anderes Arbeiten ein. Hinzu kommen die unterschiedlichen Bedingungen der Hilfen vor Ort. Um ein passendes und politisch akzeptiertes Anforderungsprofil zu entwickeln, müssen Hilfeanbieter und Entscheider in einen Dialog treten, der Grenzen und Möglichkeiten offen legt.

Mit dem Projekt WohnPerspektiven wurde den Akteuren in drei ländlichen Regionen die Möglichkeit dazu gegeben. Sie führten einen von Seiten der Träger der Wohnungslosenhilfe initiierten Dialog, der das Hilfesystem transparenter und kommunikativer gemacht hat.

3. Grundsätze und Haltungen im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen

Im Rahmen von WohnPerspektiven wurden Grundsätze und Haltungen formuliert, auf denen die Weiterentwicklung der Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen (von Wohnungslosigkeit bedrohte und wohnungslose junge Menschen) basiert. Ihnen zu Grunde lag die Zielgruppendefinition, die Wohnungsnot als Ausdruck vielfältiger Exklusionserfahrungen beschreibt. Diese Grundsätze und Haltungen lauten:

- **Wir übernehmen Verantwortung für die Zielgruppe und den Prozess.** Die besondere Zielgruppe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen rückt in ihrer Breite (Männer und Frauen, mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund) in den Fokus der Arbeit. Für die Weiterentwicklung der Hilfen sind verantwortliche Personen benannt.
- **Wir beteiligen und befähigen junge Menschen.** Junge Menschen in Wohnungsnot haben ein Recht auf Teilhabe und Integration. Ihre aktive Beteiligung an der Lösung ihrer persönlichen Probleme ist selbstverständlich und grundlegend für die Nachhaltigkeit von Hilfen. Partizipation ist Ausdruck einer inneren Haltung und Qualitätsstandard der Hilfe.
- **Wir arbeiten präventiv.** Die Vermeidung von Wohnungsnotfällen hat Vorrang vor deren Bewältigung. Präventive Strategien sind selbstverständlicher Bestandteil lokaler Hilfesysteme und beziehen ein breites Spektrum an Akteuren und Institutionen ein.
- **Wir sind grundsätzlich offen und weisen keinen ab.** Das Hilfesystem ist grundsätzlich offen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen. Es erfolgt eine schnelle und konsequente Hilfe, egal wo der Hilfesuchende auftaucht.

- **Wir sorgen für Vernetzung.** Vernetzte Hilfen sind optimal, weil sie alle relevanten Akteure an der Entwicklung einer Hilfe beteiligen und informieren. Vernetzung stellt einen Gewinn für die Beteiligten dar und wird deshalb verbindlich vor Ort organisiert, getragen und gelebt.
- **Wir entwickeln neue Hilfeformen und bestehende Hilfen weiter.** Die Hilfen und Hilfesysteme entwickeln sich systematisch und ortsspezifisch weiter. Dazu führen die Beteiligten einen kontinuierlichen Qualitätsdialog und überprüfen ihre Arbeit regelmäßig.
- **Wir erarbeiten strukturelle Lösungen, die nachhaltig sind.** Um Wohnungsnot junger Menschen dauerhaft und nachhaltig zu vermeiden und zu beheben, werden strukturelle Veränderungen angestrebt, entwickelt und ihre Umsetzung politisch gefordert. Lokale Lösungswege werden verbindlich vereinbart und regional verankert.



- **Wir eröffnen WohnPerspektiven.** Kreative Lösungen eröffnen jungen Menschen individuelle Möglichkeiten, ihre Wohn- und Lebenssituation zu verbessern. Verschiedene Lebenslagen, darunter Arbeit, Bildung, Einkommen, Gesundheit und Teilhabe, werden berücksichtigt und die weitergehenden Hilfen einbezogen.

Indem die formulierten Grundsätze und Haltungen in die Praxis der drei Projektregionen übertragen wurden, haben sie dem Veränderungswillen von Akteuren, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, eine Richtung gegeben. Vor dem Hintergrund der jeweils unterschiedlichen Bedingungen eröffneten sich dadurch sowohl auf lokaler als auch auf übergeordneter Ebene Raum für die Erprobung verbesserter Angebote und Vorgehensweisen im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen. Aus den Erfahrungen von WohnPerspektiven lässt sich schließen, dass die formulierten Grundsätze und Haltungen als Leitfaden für die Weiterentwicklung von Hilfen und Netzwerken für junge Menschen in Wohnungsnotfällen genutzt werden können.

Voraussetzung dafür, dass aus den Grundsätzen und Haltungen auch tatsächliche Veränderungen werden, ist, dass Akteure sich mit dem formulierten „Wir“ identifizieren. Auf lokaler Ebene gehören dazu die Kommunen mit ihren Ressorts Arbeit, Ordnung, Gesundheit, Wohnen und Soziales ebenso wie die verbandlichen und ehrenamtlichen Träger im sozialen Hilfesystem. Auf übergeordneter Ebene können sich darin Politik, Verbände, Wissenschaft, Kostenträger und Ministerien wiederfinden.

4. Lokale WohnPerspektiven für junge Menschen in Wohnungsnotfällen

Die im Rahmen des Projektes WohnPerspektiven entwickelten lokalen Lösungswege erproben die praktische Umsetzung der formulierten Grundsätze und Haltungen in drei ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. Nicht nur im Vergleich zu städtischen Räumen, sondern auch innerhalb des ländlichen Raums, können unterschiedliche Lösungsansätze eingesetzt und kombiniert werden, um den lokalen und regionalen Anforderungen Rechnung zu tragen. Vor Ort fügen sich diese zu Lokalen WohnPerspektiven für die Zielgruppe zusammen.

Lokale WohnPerspektiven sind Bausteine für eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe vor Ort, die junge Männer und Frauen, die vom Wohnungsverlust bedroht oder wohnungslos sind, in der Breite und Heterogenität ihrer Lebenslagen in den Blick nimmt und akteursübergreifend Wohn- und Lebensperspektiven mit ihnen entwickelt.

4.1 Wissen über das Feld und die Zielgruppe gewinnen und nutzen

Vor Ort und nicht zuletzt bei den Betroffenen selber, liegt umfangreiches und spezifisches Wissen über die Lebenslagen und Bewältigungsstrategien junger Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen, das die Grundlage entwickelter Wohnungsnotfallstrategien und lokaler Wohnperspektiven sein sollte. Im Rahmen von WohnPerspektiven wurden verschiedene Methoden eingesetzt, um dieses Wissen zu gewinnen und zu nutzen.

(1) Bestandsaufnahme

Die Entwicklung, Erprobung und Implementierung konkreter Hilfen, Maßnahmen sowie Verfahrensstrukturen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen erfordert auch im ländlichen Raum ein umfangreiches Wissen über die spezifischen Eigenschaften und Bedarfe der Zielgruppe sowie über die Funktionsweise des lokalen Hilfesystems.

Unverzichtbar zu Beginn eines solchen Prozesses ist daher eine systematische, sozialräumlich orientierte Bestandsaufnahme. Durchgeführt werden sollte diese in mehreren aktivierend angelegten Bausteinen, die sowohl den Standortbedingungen entsprechen als auch den akteursübergreifenden Dialog zur Weiterentwicklung der Hilfen vor Ort anstoßen.

In Frage kommen diverse Erhebungsinstrumente, darunter Material- und Internetrecherchen, Datenauswertungen, qualitative Interviews mit Akteuren des Hilfesystems sowie Workshops zur Diskussion erster Ergebnisse. Verbunden werden können diese Elemente durch eine transparente Kommunikation untereinander und nach außen, auch die Kopplung an eine größere Dialogveranstaltung ist sinnvoll. WohnPerspektiven hat gezeigt:

- **Die Datengrundlage ist verbesserungsfähig.** *Daten und Erfahrungen einzelner Akteure reichen nicht aus, um das quantitative Ausmaß der Wohnungsnot junger Menschen in einem Sozialraum darzustellen und die Funktion der Hilfesysteme abzubilden. Zusätzliche Instrumente,*

wie sie in der Bestandsaufnahme von WohnPerspektiven erprobt wurden, sind sinnvoll, um die Daten- und Planungsgrundlage zu verbessern.

- **Daten zusammenführen, auswerten und punktuell ergänzen.** *Die Zielgruppe lässt sich nur sehr schwer quantitativ erfassen, u.a. weil sie immer wieder zwischen den Hilfesystemen wechselt. Mithilfe von Experteninterviews, Dialogveranstaltungen und der gemeinsamen Analyse von Fällen im Rahmen von Arbeitskreisen und Akteurskonferenzen kann es gelingen, aus bestehenden Einzeldaten gemeinsam neue Erkenntnisse zu generieren.*
- **Lokale Wohnungsnotfallstatistik auf junge Menschen in Wohnungsnotfällen erweitern.** *Trotz des hohen Ressourceneinsatzes können die im Rahmen von WohnPerspektiven durchgeführten Erhebungen eine fehlende institutionalisierte Datenerfassung nicht kompensieren. Systematisch erhobene, öffentlich zugängliche, ortsspezifische und kreisweite Daten zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen sind nötig, um eine den realen Problemlagen und -ausmaßen angemessene Wohnungsnotfallhilfe zu leisten.*

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Standortübergreifend: Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme im Rahmen von WohnPerspektiven diente dem Erkenntnisgewinn auf drei Ebenen (Zielgruppe, Hilfen, Handlungsbedarf). Umgesetzt wurde sie in methodisch unterschiedlichen Erhebungsstufen. Die Erfassung der Informationen lag dabei weitgehend im Verantwortungsbereich der lokal agierenden Projektmitarbeiterinnen, deren Unterstützung sowie die Auswertung übernahm die StadtRaum-Konzept GmbH.

In der ersten Erhebungsstufe wurden die in den drei Projektregionen existierenden Hilfen und deren Profile erfasst. Durch Internetrecherchen und Gespräche mit Hilfeakteuren gelang es, sich einen Überblick über das Hilfesystem zu verschaffen (vgl. Abb. 9). Darüber hinaus bildeten diese Erkenntnisse die Grundlage für unterschiedliche Produkte, die den beteiligten Akteuren als Orientierungshilfen (vgl. Kapitel 4.3) durch die Hilfelandschaft dienen sollen.

Im Zentrum der zweiten Erhebungsstufe stand

die Erfassung der quantitativen und qualitativen Merkmale der Zielgruppe sowie der Qualität der Hilfen vor Ort. Schlüsselinstrument waren rd. 60 qualitative Interviews mit relevanten Hilfeakteuren in den drei beteiligten Kreisen (rd. 20 Interviews je Kreis), die zunächst im Tandem aus Projektmitarbeiterinnen und wissenschaftlicher Assistenz geführt wurden und damit das Ziel erfüllten, die Projektmitarbeiterinnen für die Fortsetzung des Prozesses zu qualifizieren.

Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde angestrebt, das breite Spektrum an Akteuren, die mit der Zielgruppe in Kontakt kommen könnten, möglichst abzudecken. Befragt wurden sowohl Mitarbeiter aus den kommunalen Fachressorts Jugend, Arbeit, Gesundheit, Ordnung und Soziales als auch Vertreter der verbandlichen und ehrenamtlichen Wohnungslosenhilfe. Daneben gab es Gespräche mit Akteuren aus den Bereichen Suchthilfe, Bewährungshilfe, Schuldnerberatung, gesetzliche Betreuung sowie Wohnungswesen.

Neben dem Informationsgewinn dienten die Interviews vor allem zur Sensibilisierung für das Thema. In vielen Fällen wirkten sie impulsgebend und waren unverzichtbar, um die Ziele von

WohnPerspektiven im Hinblick auf Erkenntnisgewinn und Aktivierung zu erreichen. Die Gespräche lieferten dichte Informationen und bewirkten, dass die Befragten für das Thema sensibilisiert wurden.

Dem Anpassungsbedarf, der aus den unterschiedlichen Standortbedingungen entstand, musste dabei flexibel entsprochen werden. So wurde bspw. im Kreis Borken zunächst nur der nördliche Teil des flächenmäßig sehr großen Kreises in die Interviewphase einbezogen. Im Anschluss wurden die gewonnenen Erkenntnisse in zwei Workshops in den verbleibenden Teilregionen Borken und Bocholt durch ein ähnlich breites Spektrum dortiger Hilfeakteure verglichen, diskutiert und verifiziert.

Gezielt vertieft wurden die ersten beiden Erhebungsstufen der Bestandsaufnahme durch drei weitere Elemente. Zum einen halfen Gespräche mit Betroffenen bei der Beleuchtung ihrer Lebenslagen sowie der Bewertung der Hilfen. Zum anderen fanden an allen drei Projektstandorten Dialogveranstaltungen statt, die den weiteren Handlungsbedarf sowie Vernetzungsmöglichkeiten aus Sicht der Akteure ausloten sollten.

Schließlich fanden an allen drei Standorten trägerinterne Werkstätten mit Mitarbeitenden verschiedener Bereiche statt, um das Know-how auch der Kollegen vor Ort mitzunehmen. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme wurden in

Statusberichten für die drei Regionen veröffentlicht.



Abb. 9: Beispiel für eine Notunterkunft im ländlichen Raum.

(2) Betroffenenbefragung

Um das System der Hilfen in Wohnungsnotfällen optimieren zu können, ist es notwendig, die Perspektive der Betroffenen zu kennen und zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für junge Menschen in Wohnungsnotfällen, die von den Akteuren des professionellen Hilfesystems als schwierig zu erreichende Klienten mit geringer Frustrationstoleranz für die Anforderungen der Hilfen beschrieben werden.

Nützlich ist es, junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen selbst ihren Weg durch die Helferschaft beschreiben und bewerten zu lassen. Damit trägt dieses Instrument dem Anspruch Rechnung, die Betroffenen als „Experten“ für ihre eigenen Lebenslagen zu Wort kommen zu lassen und sie an der Lösung ihrer persönlichen Probleme sowie der strukturellen Verbesserung der Hilfesysteme aktiv zu beteiligen (vgl. Abb. 10). WohnPerspektiven hat mit der Betroffenenbefragung folgende Erfahrungen machen können:

- **Befragte bestimmen Veränderungen mit.** *Durch die Befragung konnten nicht nur differenzierte Biografien junger Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum ermittelt und transportiert werden. Die Befragung ergab*

deutliche Hinweise auf die Funktionsfähigkeit des Systems der Hilfen vor Ort. Handlungsansätze wurden durch sie gestützt und legitimiert. Andere, wie z.B. die Idee soziale Netzwerke im Internet zum Kontaktaufbau und zur Beratung zu nutzen, mussten danach verworfen werden.

- **Befragung von Betroffenen hat keine Routine.** *In den Regionen und bei den Trägern fehlt es an Erfahrungen mit dem Instrument der Befragung. Um die Potenziale von Betroffenenbefragungen zu heben und nutzbar zu machen, sind zusätzliche Ressourcen nötig.*
- **Betroffenenbefragung sollte analog erfolgen.** *Viele junge Menschen in Wohnungsnotfällen verfügen über ein Handy und Internetzugänge. Dennoch war der persönliche Kontakt wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich Betroffene zur Befragung bereit erklärten. Ergebnisse sollten zeitnah und ebenfalls persönlich mitgeteilt werden, da Kontakte über Handynummern schnell abbrechen.*
- **Betroffenenbeteiligung ist eine offene Baustelle.** *Es wäre interessant gewesen, Betroffene an der Entwicklung von Angebotsstrukturen im Rahmen von WohnPerspektiven zu beteiligen.*

Die Ressourcen wurden jedoch zunächst auf die professionellen Akteure konzentriert. Für eine systematische Betroffenenbeteiligung hätten andere Zugänge und Methoden entwickelt und erprobt werden müssen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Standortübergreifend: Betroffenenbefragung

Um die Sichtweisen junger Menschen in Wohnungsnotfällen abbilden zu können, wurden von Juni bis Oktober 2011 Interviews mit insgesamt 56 betroffenen Personen geführt. Viele, darüber hinaus geplante Gespräche kamen nicht zu stande, da die Betroffenen die vereinbarten Termine aus unterschiedlichen Gründen nicht wahrnahmen. Dennoch wurden verschiedene Lebenslagen und Altersgruppen sowie junge Männer und Frauen mit der Befragung erreicht.

Verantwortlich für die Befragungen an den drei Projektstandorten waren die jeweiligen Projektmitarbeiterinnen vor Ort. Als Grundlage diente ein entwickeltes Befragungsraster zu

Raum und Ressourcen, Lebenssituation, Bewertung und Wünschen der Betroffenen. Ergänzt wurden die Aussagen durch eine Karte der jeweiligen Region, auf der die Befragten wichtige Orte und Wege selbst einzeichnen konnten.

Die Interviews fanden in den Räumlichkeiten von sozialen Trägern, im öffentlichen Raum oder der eigenen Wohnung statt und wurden als offene



Abb. 10: Ein interviewter Betroffener, der auf der Abschlussveranstaltung in Vreden seine Erfahrungen vorträgt

Gespräche geführt. Die Ansprache der Betroffenen erfolgte über bestehende Kontakte der Projektmitarbeiterinnen, sodass alle Befragten in Kontakt zum Hilfesystem standen. Auf eine Zufallsauswahl oder eine Auswahl nach Alter und Geschlecht wurde aufgrund des schweren Zugangs zur Zielgruppe verzichtet.

Die Betroffenenbefragung wurde standortübergreifend ausgewertet und in einem Bericht dokumentiert. Um die Wohn- und Lebenslagen der Befragten plastisch zu machen, wurde der Bericht mit Beschreibungen und O-Tönen aus den Interviews ergänzt. Diese waren von den Interviewerinnen aufgezeichnet worden.

Dass Betroffene einbezogen wurden, war nach Ansicht des Projektteams wichtig für die Authentizität der Erkenntnisse und die Qualität der anschließenden Planungen. Besonders die Erkenntnisse zu den Kommunikationswegen und -mitteln der Betroffenen hatten einen großen Nutzen für die weitere Strategieentwicklung an den Projektstandorten. In der Folge wurde u.a. davon abgesehen, das Internet als interaktives Kommunikationsmedium zwischen Hilfeanbietern und Betroffenen zu nutzen. Im Aufbau von

Akteursnetzwerken dienten die Ergebnisse darüber hinaus dazu, die Situationsbeschreibung zu fundieren und Authentizität zu verleihen. So stützen die Befragungsergebnisse die Feststellung, dass ambulante Beratungsangebote der Wohnungslosenhilfe vor Ort den Zugang ins Hilfesystem vereinfachen.

Obwohl die Befragten großes Interesse an den Ergebnissen äußerten, konnten ihnen diese nicht zugänglich gemacht werden. Eine spätere Kontaktaufnahme scheiterte daran, dass die Betroffenen nicht mehr zu erreichen waren. Rückblickend lässt sich festhalten, dass die Auswertung und anschließende Kontaktaufnahme mit den Ergebnissen zeitnah (innerhalb von drei Wochen) hätte erfolgen müssen.

(3) Dialogveranstaltung

Um bedarfsgerechte Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen zu gestalten, müssen auch Akteure außerhalb der Wohnungslosenhilfe für die Zielgruppe sensibilisiert und aktiviert werden. Mithilfe einer Dialogveranstaltung kann es gelingen, das nötige Forum für diesen Austausch zu schaffen, Fachwissen zum Thema zu vermitteln, die Akteure zu interessieren und eine Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Die Möglichkeiten zur Gestaltung einer solchen Veranstaltung sind vielfältig. Redebeiträge von Vertretern aus (Lokal-)Politik und Verbänden sind als „Anker“ ebenso denkbar wie impulsgebende Fachvorträge von Experten, etwa aus der Wissenschaft. Im Mittelpunkt sollten ortsspezifische, akteursübergreifende Erkenntnisse zur Zielgruppe und den Angebotsstrukturen stehen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, einen methodisch gesteuerten Dialog durch die aktive Einbeziehung aller Teilnehmenden zu forcieren. Aus den Dialogveranstaltungen an den drei Projektstandorten konnten folgende Empfehlung abgeleitet werden:

- **Öffentlichkeit herstellen für eine „unsichtbare“ Zielgruppe.** Die Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen werden durch die Gesamtgesellschaft insbesondere im ländlichen Raum kaum wahrgenommen. Die im Rahmen von WohnPerspektiven produzierten Erkenntnisse und der breite Dialog darüber waren notwendig, um die Politik und andere Akteure „mit ins Boot zu holen“. Dies gelang dort besonders gut, wo die Ergebnisse eine kritische Diskussion auslösten.
- **Den Dialog fortsetzen und verstetigen.** In einer isolierten Veranstaltung kann aufgerüttelt und sensibilisiert werden. Damit der Prozess nicht hier stecken bleibt, ist es notwendig, kontinuierliche Face-to-Face-Kontakte und kleinteiligere Veranstaltungen anzuschließen. Für den Dialog auf den Leitungsebenen der Einrichtungen und Dienste in den Regionen sowie die Fortsetzung auf Arbeitsebene und der Transfer in die Öffentlichkeit sind verantwortliche Personen zu benennen, die sich auf der Dialogveranstaltung vorstellen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Standortübergreifend: Dialogveranstaltungen

Im Rahmen des Projektes fanden an allen drei Projektstandorten Dialogveranstaltungen statt, zu denen zahlreiche Hilfeakteure aus den Regionen gezielt eingeladen wurden. Ähnlich wie bei den Interviews wurde darauf geachtet, das breite Spektrum an Akteuren, die mit der Zielgruppe in Kontakt kommen könnten, möglichst abzudecken. Jeweils rd. 100 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, freier Wohlfahrtspflege und ehrenamtlichen Hilfen folgten den schriftlichen Einladungen der Projektverantwortlichen vor Ort.

Der Zeitpunkt der Dialogveranstaltung variierte von Standort zu Standort. Während die Veranstaltungen in der Region Moers-Xanten (vgl. Abb. 11) und im Kreis Kleve zu Beginn des Projektes durchgeführt wurden, um über das Projekt zu informieren, das Problembewusstsein der Akteure zu beleuchten und Mitnahmeeffekte zu erzielen, wurde im Kreis Borken ein alternatives Vorgehen gewählt. Dort nutzten die Projektverantwortlichen die Dialogveranstal-

tung zur Präsentation erster Ergebnisse aus der Bestandsaufnahme, um speziell die politische Ebene von einem Handlungsbedarf im Hinblick auf die Hilfen für junge Wohnungslose im Kreis Borken zu überzeugen.

Gemeinsame, erfolgsbestimmende Elemente der drei Veranstaltungen lagen in der Auswahl eines zentralen, repräsentativen Veranstaltungsortes, einem abwechslungsreichen Programm mit Rednern aus Verwaltung und/oder Wissenschaft, Beteiligung von lokalen Politikern sowie der aktiven

Einbeziehung der Teilnehmenden (in Arbeitsgruppen, einer „Aktivpause“ bzw. einem „World Café“). Vor allem die aktiven Parts trugen dazu bei, die Teilnehmenden konstruktiv am Prozess zu beteiligen und sie untereinander ins fachliche Gespräch zu bringen. Darüber hinaus bekamen die Akteure so die Gelegenheit, ihren individuellen Handlungsdruck zu kommunizieren, sodass davon ausgehend bestimmte Schwerpunkte im Projekt gesetzt werden konnten (z.B. die Erstellung eines Handbuches in der Region Moers-Xanten).

Alle Dialogveranstaltungen erzeugten eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit und zogen z.T. Presseberichte nach sich. Darüber hinaus gelang es insbesondere im Kreis Borken, die gewonnenen Erkenntnisse in den politischen Raum zu kommunizieren und dort (z.T. kontroverse) Reaktionen auszulösen. Die Teilnehmerlisten bildeten das Fundament für den weiteren Kontaktaufbau. In Moers-Xanten wurde auf dieser Basis zudem ein Newsletter entwickelt, in dem regelmäßig auf die Fortschritte im Projekt hingewiesen wurde.

Überall gelang es, eine Aufbruchsstimmung hervorzurufen, das Problembewusstsein zur Zielgruppe zu stärken und die Akteure an dem



Abb. 11: Dr. Claudia Wallner bei der Dialogveranstaltung in Moers-Xanten

Prozess zu interessieren. Auf der einen Seite unterstrichen die rege Teilnahme und die positive Resonanz die gelungene Information und Aktivierung der weiteren Akteure im jeweiligen Hilfesystem. Auf der anderen Seite erzeugte das Projekt unter den Akteuren aus Hilfesystem, Verwaltung und Politik hohe Erwartungen. Insbesondere dem Projektträger im Kreis Borken wurde von Seiten der Akteure vor Ort und den Betroffenen dadurch die Aufgabe zugesprochen, Anlaufstelle für junge Wohnungslose im Kreis zu sein.

4.2 Zusammenarbeit entwickeln und gestalten

Vernetzung stand im Mittelpunkt der Projektaktivitäten von WohnPerspektiven und wurde in den drei Regionen intensiv bearbeitet. Entstanden ist Zusammenarbeit in unterschiedlichen Formen, mit unterschiedlichen Adressaten und Verbindlichkeiten. Anhand der Adressaten unterscheidet der Abschlussbericht von WohnPerspektiven folgende Vernetzungen:

- *Trägerbezogene Vernetzung entwickelt die Zusammenarbeit der Fachbereiche Jugend und Wohnungslosenhilfe innerhalb einer Organisationsstruktur weiter.*
- *Fachbezogene Vernetzung gestaltet neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Akteuren mit gleichem Aufgabenprofil, fachlichem Hintergrund oder Zuständigkeit.*
- *Raumbezogene Vernetzung verknüpft ganz unterschiedliche Akteure und Institutionen anhand des gemeinsamen Wirkungsraumes, z.B. der Kommune.*

Zwischen diesen Typen von Vernetzung bestehen enge Beziehungen und Überschneidungen. So kann eine bessere Zusammenarbeit innerhalb eines Trägers das Wohnungsnotfallnetzwerk in einer Gemeinde sinnvoll ergänzen. Für alle drei Typen von Vernetzung gilt, dass sie die Zugangswege für die jungen Menschen in Wohnungsnotfällen verbreitern und dadurch zu annehmbareren Hilfen führen. Hierbei leistet WohnPerspektiven eine übergreifende Verzahnung sowohl bezogen auf die Lebenslagen der Klienten als auch auf eine Vernetzung des Hilfesystems der jeweiligen Ebene (vgl. Abb. 12).

(4) Trägerbezogene Vernetzung

Die Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe, mit der junge Menschen in Wohnungsnotfällen konfrontiert sind, findet sich auch innerhalb der Organisationsstruktur der Caritas und anderer freier Träger der Wohlfahrtspflege wieder.

Um die Übergänge zwischen den Hilfen trägerintern zu optimieren und einen Transfer von Wissen über die Bedarfe der Zielgruppe und dem entsprechenden Angebot in der Region zu gewährleisten, ist ein Dialog über Fachgrenzen hinweg

notwendig. Dabei ist es sinnvoll, den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, sich fachübergreifend über junge Menschen in Wohnungsnotfällen auszutauschen. Ausgehend von den Thesen und Fakten der verschiedenen Fachbereiche können die Mitarbeitenden gemeinsam Verbesserungen für

die eigene Arbeit, die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen und die Transparenz ihrer Dienstleistung für die Klienten entwickeln und umsetzen. Die Leitungsebenen sind an diesem Prozess zu beteiligen um die Lösungsansätze zeitgleich auf Umsetzbarkeit hin zu prüfen und zu realisie-

ren. Durch die „Scharnierfunktion“ von WohnPerspektiven hat sich gezeigt, dass sich trägerintern ein großes Potenzial für eine bessere Zusammenarbeit heben lässt:

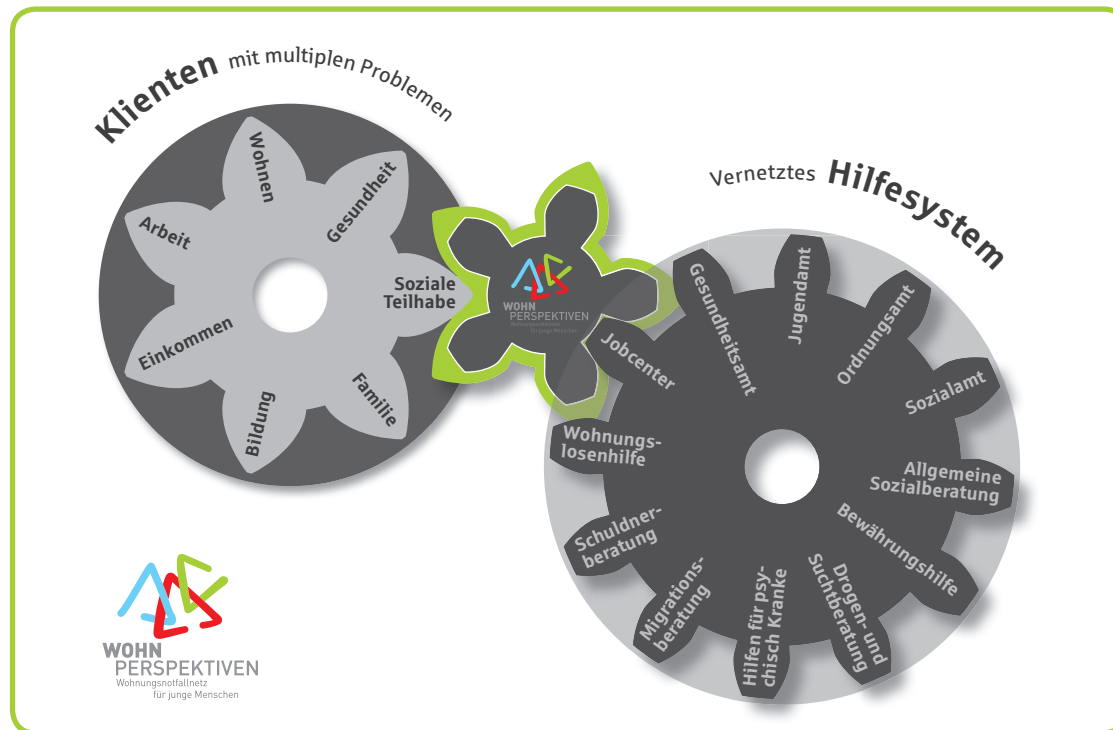


Abb. 12: Vernetzte Hilfen lassen sich nicht sprengen

- **Das Methodenwissen in den unterschiedlichen Fachbereichen ist groß.** Ein offener Austausch zwischen Vertretern unterschiedlicher Fachbereiche über die Funktionsfähigkeit der jeweiligen Methoden speziell für junge Erwachsene in Wohnungsnotfällen kann dazu beitragen, die Hilfen zu verbessern. Für die Mitarbeitenden kann diese Form des Austausches auch die Funktion haben, die eigene Arbeitssituation zu reflektieren und „weiterzuentwickeln“.
- **Verschieben kostet unnötige Ressourcen.** Die Wohnungslosenhilfe kann ihrem Auftrag nicht nachhaltig gerecht werden, wenn Klienten mit weitergehendem Hilfebedarf z.B. aus dem Bereich Jugendhilfe, auf sie als „letztem Netz“ verwiesen werden. Auch wenn ein Zurück in die Jugendhilfe, u.a. auf Wunsch der Betroffenen, nicht möglich ist, sollte die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit im Einzelfall eine integrierte Hilfe ermöglichen.
- **Träger gehen mit gutem Beispiel voran,** wenn sie die Schnittstellenproblematik zwischen SGB II, SGB

VIII und SGB XII, die sie fachlich und politisch kritisieren, im eigenen Haus durch innovative Kooperationsmodelle lösen und in gemeinsamen Angeboten (z.B. Veranstaltungen, Präventionsstrategien) faktisch gestalten.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Kleve: Fachliche Diskussion zum Schnittstellenmanagement zwischen den Fachbereichen Jugendhilfe und Gefährdetenhilfe

Zu Beginn des Projektes WohnPerspektiven hatte es innerhalb des Caritasverbandes Kleve e.V. Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fachbereichen Jugend und Gefährdetenhilfe darüber gegeben, wer für die Zielgruppe der jungen Wohnungslosen ab 15 Jahren originär zuständig sei. Aus dem Konflikt wurde ein Dialog gestaltet, der unter Beteiligung der Leitungsebene schließlich in einer deutlich verbesserten Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche und mehr räumlicher Nähe mündete.

Ein erster Workshop, der extern moderiert das Know-how beider Bereiche über die Zielgruppe und ihre Einschätzungen zu sinnvollen Veränderungen der Hilfen aufnahm, bildete den Auftakt. Der Workshop ergab, dass die Gefährdetenhilfe

mit Fällen konfrontiert ist, die nicht in das System der Jugendhilfe zurück zu führen sind, die aber andere Hilfen benötigen als erwachsene Wohnungslose. Die Jugendhilfe formulierte den Wunsch nach besserer verbandsinterner Zusammenarbeit und geklärten Zuständigkeiten. Ab Herbst 2011 fanden dann innerhalb des Caritasverbandes regelmäßige Methoden-Gespräche zwischen Mitarbeitenden beider Fachbereiche statt. Ziel dieser Gespräche war es, sich wechselseitig zu qualifizieren und gemeinsam Methoden und Konzepte zu entwickeln, die ein verbessertes Angebot gewährleisten sollten. Zeitgleich entschied der Caritasverband Kleve e.V. alle sozialen Dienste an einem Standort zusammen zu führen und dort ein integriertes Beratungszentrum mit Kontaktcafé aufzubauen. Eröffnet im September 2012, vereint das Beratungszentrum nun auch die Jugend- und Gefährdetenhilfe unter einem Dach. Eine fachübergreifende Präventionsstelle soll u.a. das präventive Bildungsangebot an Schulen fortführen (vgl. S. 60).

(5) Fachbezogene Vernetzung

Die Bestandsaufnahme von WohnPerspektiven hat gezeigt, dass den Betroffenen in allen Regionen generell ein differenziertes Hilfesystem offen steht. Beim genaueren Hinsehen offenbarte sich jedoch, dass junge Menschen in Wohnungsnotfällen in den seltensten Fällen tatsächlich im Fokus der Hilfe standen. Auch die Frage nach der Praxis mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen zeigte, dass viele Akteure zu Beginn des Projektes zwar Handlungsdruck verspürten, aber gleichzeitig nur eine vage Vorstellung davon hatten, wie die eigene Praxis verbessert werden könnte.

Um bedarfsgerechte Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen gestalten zu können, ist es notwendig, die Beteiligten für die Zielgruppe zu sensibilisieren und das Wissen über die Problemlagen und Lösungsstrategien sowie die institutionellen Hilfen zu verdichten. Der Dialog zwischen Akteuren mit ähnlicher Fachlichkeit, d.h. vergleichbarem Hintergrund, Aufgabenspektrum und Kompetenzen, ermöglicht die thematische Auseinandersetzung auf hohem Niveau. Die Akteure informieren sich gegenseitig, tauschen Erfahrungen über adäquates Handeln aus und können ggf. gemeinsam Veränderungen einfordern bzw.

exemplarisch umsetzen. Dieser Dialog hat sich im Rahmen von WohnPerspektiven insbesondere bewährt, weil:

- **Akteure mit ähnlicher Fachlichkeit sprechen die gleiche Sprache** und haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Deshalb gelingt der Einstieg in die inhaltliche Auseinandersetzung über die Zielgruppe und damit die Sensibilisierung für sie besonders leicht und intensiv.
- **Akteure fühlen sich alleine überfordert mit der Zielgruppe** der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen. Im fachlichen Austausch mit Personen, deren Handlungsfähigkeit ähnlich begrenzt ist, lässt sich erkennen, ob die „erlebte“ Überforderung strukturelle Ursachen hat. Lösungsmöglichkeiten werden sichtbar.
- **Geringe Fallzahlen vor Ort werden zu einer relevanten Größe für eine Region.** Wenn sich die Akteure vernetzen, verdichtet sich auch das Wissen um die Zielgruppe und die Gesamtheit des Fallaufkommens. Hieraus lassen sich fundierte Erkenntnisse generieren und politisches Gewicht erzeugen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Borken:

Austausch der Ordnungsbehörden

Im Rahmen der Bestandsaufnahme zeigte sich, dass die ordnungsbehördliche Unterbringung sowohl aus Sicht der Betroffenen als auch der Hilfeakteure (einschließlich der dafür zuständigen Ordnungsbehörden) keine adäquate Hilfe für junge Menschen in Wohnungsnotfällen darstellt. Auf Grund des Mangels an bedarfsgerechten Alternativen entstand im Kreis Borken eine Initiative der für die Unterbringung in Notunterkünften zuständigen Mitarbeitenden der Ordnungsämter Ahaus, Stadtlohn und Vreden. Sie initiierten mit Unterstützung durch WohnPerspektiven einen intensiven Austausch zu Möglichkeiten und Grenzen der Unterbringung. Im Rahmen von zwei Netzwerkgesprächen wurden die spezifischen Handlungsbedingungen und -bedarfe der kommunalen Ordnungsämter in Bezug auf junge Wohnungslose konkretisiert und formuliert.

Ein Ergebnis der Netzwerkgespräche ist ein kreisweiter Erfahrungsaustausch der Ordnungsbehörden zu jungen Menschen in Wohnungsnot-

fällen, der im Rahmen der Jahresversammlung der kreisangehörigen Ordnungsbehörden im November 2012 durchgeführt wurde.

Zweites Ergebnis der Netzwerkgespräche ist eine Absprache zwischen dem vom Verein für katholische Arbeiterkolonien getragenen Ambulant Betreuten Wohnen (ABW) nach § 67 SGB XII und den Ordnungsämtern der Kommunen Ahaus, Stadtlohn und Vreden. Vereinbart wurde, dass die Mitarbeiter des ABW bei entsprechenden Fällen in den Notunterkünften (junge Erwachsene ab 21 Jahren) aufsuchend und beratend tätig werden können. Geplant ist, dieses Vorgehen anhand eines konkreten Falls zu erproben.

Kreis Kleve:

Arbeitskreis der Hilfen nach § 67 SGB XII

Der quantitative Umfang der Zielgruppe im Kreis Kleve konnte im Rahmen der Bestandsaufnahme nur begrenzt abgebildet werden, da die Akteure nicht über vergleichbare/umfassende Datenquellen verfügten. Ein Instrument zur Fallzahlen-erhebung wurde nicht eingesetzt. Grund dafür war der im Verhältnis zum Nutzen große Res-

sourcenaufwand, der bei den beteiligten Akteuren entstanden wäre. Stattdessen initiierte das Projektteam eine akteursübergreifende Datenauswertung der im Kreis tätigen Einrichtungen nach § 67 SGB XII. An der Datenerfassung und Auswertung nahmen mehrere Einrichtungen und Angebote teil: die Frauenspezifische Fachberatungsstelle des SkF Kleve, der Fachdienst Wohnhilfen des Caritasverbandes Kleve e.V., das Diakonische Werk im Kirchenkreis Kleve, das St. Petrusheim als stationäre Einrichtung nach § 67 SGB XII. Dadurch kam eine relativ hohe Fallzahl zusammen, aus der Erkenntnisse gezogen werden konnten.

Ausgewertet wurden 188 Fälle aus dem Jahr 2011. Dies ergab folgendes: Die Gruppe junger Wohnungsloser, meist alleinstehend, zeichnet sich durch relativ schlechtere Schulausbildung, geringeres Einkommen, höhere Verschuldung, mehr Straffälligkeit und einen höheren Anteil an Suchterkrankungen aus. Besonders auffallend war, dass der alterstypische Schritt von Schule zu Ausbildung nicht geschafft wird (nur 15% in Ausbildung, beruflichen Maßnahmen, weiterführenden Schulen oder im Studium) und die Betroffenen oft ein geschwächtes soziales System (nur

18% bei leiblichen Eltern in vollständiger Familie aufgewachsen) haben. Interessant zu beobachten war auch, dass nur etwa bei einem Drittel der jungen Menschen bekannt war, dass sie vor der Hilfe nach § 67 SGB XII Kontakt zum Jugendamt hatten. Als eine wesentliche Schnittstelle offenbarte sich der Übergang von Elternhaus/Schule zu Beruf. Demzufolge müssen bei einer effektiven Hilfe für die jungen Wohnungslosen entsprechende Bildungsangebote vorhanden sein und die familiären Defizite durch entsprechende Betreuungsangebote aufgefangen werden.

An diese Erkenntnisse hat das Projektteam ange-dockt. Schulen, Bildungsträger, JVA und Bewährungshilfe sowie kommunale Fachämter (Jugend, Ordnung, Soziales, Arbeit, Gesundheit) sowie freie Träger etwa der Wohnungslosen-, Jugend- oder Suchthilfe wurden zu einem kreisweiten Arbeitskreis WohnPerspektiven eingeladen, der sich später in je einen Arbeitskreis für den Nord- und den Südtteil des Kreises aufteilte. Ziel der Zusammenarbeit in diesen Gremien war es, die Erkenntnisse zu transferieren und konkrete, gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

(6) Raumbezogene Vernetzung

Für die Zielgruppe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen gibt es laut Bestandsaufnahme von WohnPerspektiven vielerorts kein Management, das Hilfezugänge und -übergänge zwischen Wohnungslosenhilfe, Jugendhilfe, Sozialhilfe und Arbeitsmarktintegration organisiert. Übergänge stützen sich vielmehr auf einzelfallbezogene Zusammenarbeit, die durch ein hohes persönliches Engagement der einzelnen Hilfeakteure und entsprechenden Ressourceneinsatz getragen wird. Gleichzeitig bestehen an den Nahtstellen der verschiedenen Rechtskreise (insbesondere SGB II, SGB VIII und SGB XII) zwischen den Hilfeanbietern bzw. den Kostenträgern oft Meinungsverschiedenheiten bezogen auf den angenommenen Hilfebedarf, die notwendige Hilfeart und die sich daran anschließende Kostenübernahme.

Eine geregelte gemeinsame Problemlösung über die Rechtskreise hinweg ist jedoch möglich, wenn die entscheidungsfähigen Akteure an einem Tisch sitzen und orts- und kommunalspezifisch den Handlungsbedarf und die jeweiligen Zuständigkeit erkennen, klären und ggf. neu vereinbaren. Der Mehrwert der ortsbezogenen Vernetzung liegt darin, dass die handelnden Akteure über den Er-

fahrungsaustausch hinaus eine konkrete Verbesserung für ihren Arbeitsalltag vor Ort erzielen. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen ortsspezifischer Vernetzung ist, dass die Kooperation mit Entscheidungsbefugnis arbeitet und die Arbeitsbelastung der Beteiligten reduziert statt strapaziert.

Die strukturellen Probleme an den Nahtstellen werden durch die ortsspezifische Vernetzung nicht grundsätzlich gelöst. Sie werden für die Beteiligten jedoch lösbarer. WohnPerspektiven hat in diesem Zusammenhang folgende Erkenntnisse gewonnen:

- **Junge Menschen in Wohnungsnotfällen verbleiben vor Ort.** Sie sind in ihrem Heimatort verwurzelt und suchen hier nach Lösungen. Somit bleiben die örtlichen Akteure in der Pflicht auch bei geringem Fallaufkommen bedarfsgerechte Hilfen zu organisieren.
- **Entfernungen im ländlichen Raum wirken hemmend auf die Zusammenarbeit in größeren räumlichen Einheiten.** Der Kreis ist zwar eine politisch und verwaltungstechnisch relevante Größe für die Akteure. In der Entwicklung von Hilfesystemen, die arbeitsfähig sind, sollte der

räumliche Fokus kleinteiliger und unter Berücksichtigung ortsspezifischer „Grenzen“ erfolgen. Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen sind vor Ort in den Kommunen anzusiedeln.

- **Bedarfe und Möglichkeiten sind in jeder Kommune verschieden.** Indem man die ortsspezifischen Bedingungen und Akteure in den Mittelpunkt rückt, können tatsächliche Veränderungen im Sinne von Wohnungsnotfallnetzwerken herbeigeführt werden. Dabei sind persönliche Kontakte und Tradition in der Zusammenarbeit eine gute Basis. Gerade in den eher kleinen Verwaltungsapparaten im ländlichen Raum und mit den örtlichen freien Trägern gibt es etablierte Arbeitsbeziehungen.
- **Akteure formulieren selbst den Handlungsbedarf.** WohnPerspektiven hat mit Gesprächen, Werkstätten und Akteurskonferenzen sowie der ortsspezifischen Bestandsaufnahme und Betroffenenbefragung die Auseinandersetzung mit der Zielgruppe initiiert. Entscheidend für reale Verfahrensänderungen war jedoch, dass sich der ortsspezifische Handlungsbedarf aus der kritischen Einschätzung der Fakten und bisherigen Verfahrensweisen durch die Akteure selbst speist und legitimierte.

- **Zuständigkeitsräume bestimmen das Interesse an raumbezogener Vernetzung.** Im ländlichen Raum finden sich parallel örtliche und regionale Zuständigkeiten mit unterschiedlichen Schnittmengen. Vernetzung muss diese Zuständigkeitsräume adäquat berücksichtigen auch um den Ressourcenaufwand der Akteure gering zu halten. Für regional agierende Akteure ist es beispielsweise nicht zielführend, in jeder Gemeinde ortsspezifische Vereinbarungen zu treffen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Borken: Arbeitskreis Bocholt

Ausgehend von dem im Rahmen der akteursübergreifenden Workshops geäußerten Bedarf nach einem weiteren Erfahrungsaustausch initiierte und organisierte die Projektmitarbeiterin weitere Netzwerktreffen in der Stadt Bocholt. Teilgenommen haben Akteure aus den Bereichen Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Sozialhilfe und Ordnungsbehörden sowie Arbeitsmarktintegration. Der Arbeitskreis Bocholt kam dreimal zusammen (jeweils rd. 20 Teilnehmende). Den Mehrwert des Arbeitskreises

sehen die Teilnehmenden zum einen im gegenseitigen Kennenlernen der Hilfen und der darin tätigen Personen. Zum anderen sollte der Arbeitskreis genutzt werden, um die örtliche Wohnungswirtschaft systematisch in den Dialog um verbesserte Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen einzubeziehen. In einer Sitzung waren zwei Vertreter der Wohnungswirtschaft bzw. privater Vermieter anwesend und stellten ihre Bedingungen für die Wohnraumvergabe an die Zielgruppe von WohnPerspektiven dar. Eine weitere Sitzung wurde vom Jugendamt genutzt, um die Hilfen für junge Volljährige vorzustellen. In Zukunft wird der Arbeitskreis vom Kolpinghaus Bocholt in Zusammenarbeit mit dem SKM Katholischer Verein für soziale Dienste Bocholt e.V. organisatorisch weiter geführt (vgl. Abb. 13).



Abb. 13: Akteure im Austausch beim Workshop in Bocholt

Kreis Kleve:

Arbeitskreise im Nord- und Südkreis

Ausgehend von der Dialogveranstaltung mit 70 Teilnehmenden initiierte das Projektteam einen kreisweiten Arbeitskreis zur Wohnungsnotfallhilfe für junge Menschen im Kreis Kleve. Der Arbeitskreis tagte insgesamt drei Mal und diente der

Ergebnispräsentation und Vertiefung. Die rund 25 Teilnehmenden aus den Bereichen JVA, verbandliche Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Streetworker etc. beschlossen, die kreisweiten durch regionale Arbeitsformen abzulösen. Es entstanden der Arbeitskreis für den Nordkreis (Schwerpunkt Kleve) und der für den Südkreis (Akteure

aus Geldern und Straelen). In den Arbeitskreisen waren jeweils rund 10 Akteure aktiv, die mit der Zielgruppe Kontakt haben. Der Austausch erfolgte auf Mitarbeiter- und Leitungsebene.

Der Austausch zwischen den Trägern diente zunächst der wechselseitigen Qualifizierung im

Hinblick auf Methoden und Angebote für die Zielgruppe (u.a. niederschwellige Angebote, Aufsuchende Arbeit, Soziale Gruppenarbeit) sowie der Auseinandersetzung mit den Quantitäten und Qualitäten der Zielgruppe. Trägerübergreifend wurden konkrete Angebotsdefizite der Wohnungslosenhilfe identifiziert.

Beide Arbeitskreise mit Teilnehmenden auf Leitungs- und Mitarbeiterebene wurden während der Projektphase von den Projektverantwortlichen vorbereitet und geleitet. Daneben fanden Einzelgespräche mit Behörden, Einrichtungen und Politik statt. Die Koordination des Arbeitskreises Süd wird nach Auslaufen des Projektes die ambulante Beratungsstelle Geldern, getragen vom Diakonischen Werk, übernehmen. Im Nordkreis werden die weiteren Gespräche vom Fachdienst Wohnhilfen des Caritasverbandes koordiniert werden. Im wieder aktivierten Arbeitskreis nach § 67 SGB XII auf Kreisebene wird am Thema der Weiterentwicklung der Hilfen für junge Wohnungslose weitergearbeitet werden.

In beiden Arbeitskreisen gelang es, bisher eher isoliert arbeitende Akteure ins Gespräch zu bringen und Reserviertheit abzubauen. Auf Basis der

Bestandsaufnahme wurde das örtliche Hilfesystem analysiert. Aufgrund des engen und sich in der Projektphase zunehmend verschärfenden Wohnungsmarktes wurde es immer schwieriger in betreuende Maßnahmen, die einen Mietvertrag nach BGB voraussetzen, zu vermitteln. Schulische und berufliche Maßnahmen wurden durch schwierige Wohnsituationen gefährdet oder abgebrochen. Die Unterbringung nach OBG ist nach Ansicht der Arbeitsgruppe für junge Wohnungslose, die sich weiterentwickeln wollen, ungeeignet.

Gemeinsam wurde deshalb u.a. ein Konzept für betreute Unterkünfte abseits der kommunalen Notunterkünfte entwickelt (vgl. Kapitel 4.3). Eine weitere Idee aus der Arbeit des AK Süd ist eine Seminarreihe, die im Sinne eines „Wohnführerscheins“ Maßnahmeteilnehmer, die eine berufliche Qualifizierung bei der Integra gGmbH⁶⁾ anstreben, auch in dem Thema eigene Wohnung fit machen soll. Hierbei kann methodisch auf die im Rahmen von WohnPerspektiven entwickelte Arbeitshilfe „RAUS! ...und dann...“ zurückgegriffen werden.

⁶⁾ Die Integra gGmbH ist seit 1984 als Träger verschiedenster Angebote der Arbeitsmarktintegration und beruflichen Bildung im Kreis Kleve tätig.

Region Moers-Xanten: Lokale Akteurskonferenzen in sieben Kommunen

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen in den Kommunen der Region erforderten einen lokalen Handlungsansatz. In den sieben Kommunen wurden deshalb insgesamt 16 lokale Akteurskonferenzen (unter Beteiligung von Jobcenter, Jugendamt, Ordnungsamt/ Sozialamt und Beratungsstellen) durchgeführt. Die Konferenzen hatten unterschiedliche Dynamiken und Ergebnisse. Bedeutsame Bestandteile waren der Austausch über Erfahrungen mit der Zielgruppe und deren Lebenslagen sowie die Erarbeitung der Struktur des aktuellen Hilfesystems einschließlich des Aufgabenverständnisses der beteiligten Akteure (vgl. Abb. 14).

Alpen und Sonsbeck: Zwei Konferenzen in Alpen und eine Konferenz in Sonsbeck haben unter aktiver Teilnahme des Kreisjugendamtes stattgefunden. Trotz des geringen Fallaufkommens in diesen kleinen Gemeinden hatten die Akteure hohes Interesse an einer im Protokoll fixierten Vereinbarung über Fallkonferenzen mit anschließender Lotsenfunktion. Diese liegt vor.

fügung, jedoch gibt es derzeit keine akuten Fälle.

Xanten: Die Akteure haben in der Akteurskonferenz einer Absprache – analog zu den Vereinbarungen aus Alpen und Sonsbeck – zur Einrichtung von Fallkonferenzen zugestimmt (festgehalten im Protokoll), wobei das Ordnungssamt für sich keine Notwendigkeit am weiteren Ausbau der Zusammenarbeit sieht.

Um die Ergebnisse aus allen Kommunen transparent zu machen, fand am 09.11.2012 eine regionale Akteurskonferenz statt. Eingeladen waren die rund 40 Beteiligten der lokalen Akteurskonferenzen. Auf der regionalen Akteurskonferenz haben die Teilnehmer, einschließlich des regionalweit zuständigen Jobcenters, dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit in Form von Fallkonferenzen zugestimmt (vgl. Anhang 1 ab S. 87). Ergänzend werden für einzelne Kommunen Nebenabreden getroffen, die die ortsspezifischen Besonderheiten und Zuständigkeiten berücksichtigen. Damit hat sich die Struktur und die Qualität der Hilfen für junge Wohnungslose in allen Kommunen der Region Moers-Xanten deutlich verbessert.

4.3 Konkrete Projekte, Produkte, Angebote umsetzen und verstetigen

Unterschiedliche Voraussetzungen und Hilfesysteme in den Kreisen führten dazu, dass WohnPerspektiven ein breites Spektrum an Projekten, Produkten und Angeboten entwickelt und erprobt hat. Sie ergänzen und optimieren die vorhandenen Hilfesysteme, ersetzen jedoch nicht die strukturellen Veränderungen die nötig sind, den Verschiebeparkplatz zwischen den Hilfen nachhaltig stillzulegen.

(7) Orientierungs- und Navigationshilfen

Die Hilfen für Menschen in Wohnungsnotfällen sind geprägt von dem Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure, die auf der Grundlage verschiedener Rechtskreise (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG) und örtlicher Zuständigkeitsbereiche agieren. Gleichzeitig benötigen insbesondere junge Menschen in Wohnungsnotfällen ein Hilfesystem, das ihnen grundsätzlich an allen Stellen offen steht. Eine schnelle und konsequente Hilfe, egal wo die Hilfesuchenden auftauchen und in welcher Lebenslage sie sich – neben der Wohnungsnot – befinden, sollte im Vordergrund stehen.

Unter den zahlreichen Akteuren mit Bezug zur Zielgruppe setzt eine solche Hilfe sowohl die gegenseitige Kenntnis voneinander als auch flexible Möglichkeiten der wechselseitigen Kommunikation voraus. Gerade im ländlichen Raum, in dem z.T. eine Vielfalt an Zuständigkeiten existiert und weite Distanzen zu überwinden sind, gestaltet sich dies häufig schwierig. Viele Akteure äußerten zu Beginn von WohnPerspektiven deshalb den Wunsch nach einem Lotsen, der sie oder den Klienten durch das System begleitet. Dieser Bedarf zeigt, dass sich die Hilfesysteme auch im ländlichen Raum nicht von alleine erschließen und nicht routiniert greifen, wenn ein junger Mensch in Wohnungsnot mit begleitenden sozialen Problemen auffällig wird. Im Verlauf von WohnPerspektiven zeigte sich, dass eine Person respektive Institution die gewünschte, umfassende Lotsenfunktion in einem Flächenkreis mit differenzierten Strukturen nicht umsetzen kann. An Stelle eines Lotsen trat die Idee, die Verantwortlichkeit für junge Menschen in Wohnungsnotfällen bei den Akteuren besser zu verankern und sie zu Experten für das jeweilige lokale Netz an Akteuren und Hilfen zu machen. Im Zuge von WohnPerspektiven wurden deshalb unterschiedliche Orientierungshilfen erprobt und entwickelt (Handbuch, Akteursdatenbank im Internet). Dabei hat sich Folgendes bewährt:

- **Informationen verdichten und personenunabhängig machen.** Um Hilfen zur Abwendung eines Wohnungsnotfalles selbstständig zu gewähren oder adäquat zu vermitteln, brauchen die Handelnden Informationen. Diese liegen an vielen Stellen verteilt. Auf einer digitalen Kontaktdatenbank oder in einem analogen Handbuch ist es möglich, diese Informationen zu sammeln und so aufzubereiten, dass sie kleinräumig, personenunabhängig und ggf. auch nach Auslaufen eines Projektes zugänglich sind.
- **Orientierungshilfen aus einem Informationsprozess heraus entwickeln.** Werden die Orientierungshilfen (z.B. Handbuch, Website) gemeinsam mit den Akteuren, die die Informationen beisteuern, entwickelt und fortgeschrieben, kann der Ressourceneinsatz reduziert und die Produkte können anwendungsorientiert gestaltet werden.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Region Moers-Xanten:

Handbuch Wohn-Perspektiven

Insbesondere Akteure, die in ihrem Arbeitsfeld weiter entfernt von der Wohnungsnotfallhilfe agieren, äußerten im Rahmen des Projektes den Wunsch nach strukturierten und übersichtlich aufbereiteten Informationen zur örtlichen Helfelandschaft. Als Reaktion darauf entwickelten die Projektverantwortlichen in der Region Moers-Xanten ein analoges Handbuch. Dieses schließt die Lücke, die entstehen kann, wenn ein junger Mensch seine Wohnungsnot nicht zuerst bei einem der zentralen Akteure (z.B. Beratungsstelle für Wohnungs- und Existenzsicherung) äußert, sondern z.B. bei einem Ehrenamtlichen der Tafel oder einer Schulsozialarbeiterin. Das Handbuch klärt darüber auf, wer im sozialen Hilfesystem im linksrheinischen Teil des Kreises Wesel für welchen Schwerpunkt in der Problematik „Wohnungsnotfall“ zuständig ist und welche Hilfeoptionen im akuten Einzelfall existieren. Somit steht auch den jungen Menschen, die ihre Unterstützung nicht gleich beim „zuständigen Akteur“ suchen, der Weg ins Hilfesystem offen.

Das Handbuch gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil werden die verschiedenen Rechtsgrundlagen (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG) im Zusammenhang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen erläutert. Daneben werden einige Stichworte (z.B. Krankenversicherung), die in diesem Kontext häufig Fragen aufwerfen, ausgeführt. Im zweiten Teil des Handbuches finden sich neben Informationen zu den verbindlichen Verfahrensabsprachen in allen sieben Kommunen die Kontaktdaten der Ansprechpartner vor Ort, um den Einstieg in eine gezielte Hilfe zu erleichtern.

Die erste Auflage des Handbuchs wurde auf der lokalen Abschlussveranstaltung des Projektes WohnPerspektiven in Rheinberg ausgegeben.

Standortübergreifend:

Akteurskarten im Internet

Auf Anregung des Projektteams wurde die projektbezogene Internetpräsenz unter www.wohnperspektiven.de genutzt, um die im Rahmen der Bestandsaufnahme gesammelten Informationen zur Helfelandschaft in den drei Projektregionen kartografisch aufzuarbeiten und darzustellen. Mithilfe einer anwenderfreundlichen Suchmas-

ke ist es für Interessenten möglich, bestimmte Akteure (z.B. Jugend-, Sozial- oder Ordnungsämter, Jobcenter, Wohnungslosenhilfe, Wohnungsbaugesellschaft, Migrationsfachdienste, psychiatrische Hilfen) sowohl nach räumlichem Bezug (Region) als auch nach fachlichem Bezug (Arbeitsfeld) zu filtern und so einen individuellen Überblick über die jeweiligen Hilfeangebote, Zuständigkeiten und Kontaktdaten (Postadressen, Mailadressen, Telefonnummern) zu erhalten (vgl. Abb. 15). Die Aufnahme der Akteure in die Datenbank erfolgte in Rücksprache mit ihnen. So entstanden wiederum Anlässe, sich über die Rolle und Funktion der einzelnen Akteure im dezentralen Netz der Hilfen für junge Erwachsene auszutauschen.

Gesondert mit dem WohnPerspektiven Logo gekennzeichnet wurden Akteure, die sich aktiv an Wohnungsnotfallnetzwerken für die Zielgruppe beteiligten. So sollte zum einen transparent gemacht werden, wie sich die Zusammenarbeit in der Region entwickelt. Zum anderen sollten die Akteure zusätzlich motiviert werden, sich mit den Grundsätzen von WohnPerspektiven auseinander zu setzen und sich den Netzwerken anzuschließen. Anzumerken ist, dass die Wirksamkeit dieses

Karte der Akteure und Projektpartner

Grenzen Sie bitte mittels der hier aufgezeigten Wahlfelder Ihr Suchergebnis in der Karte deutlich ein.

Region: Status:

Arbeitsfelder:

- | | | | |
|----------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|---------------------------------------------------|----------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Allgemeine Sozialberatung | <input type="checkbox"/> Andere | <input type="checkbox"/> Frauenspezifische Hilfen | <input type="checkbox"/> Jobcenter |
| <input type="checkbox"/> Jugendämter | <input type="checkbox"/> Jugendhilfe (freie Träger) | <input type="checkbox"/> Migrationsberatung | <input type="checkbox"/> Ordnungsämter |
| <input type="checkbox"/> Psychiatrische Hilfen | <input type="checkbox"/> Rechtliche Betreuung | <input type="checkbox"/> Schuldnerberatung | <input type="checkbox"/> Sozialämter |
| <input type="checkbox"/> Suchtberatung | <input type="checkbox"/> Wohnungsbaugesellschaften | <input type="checkbox"/> Wohnungslosenhilfe | |

Suchergebnisse:

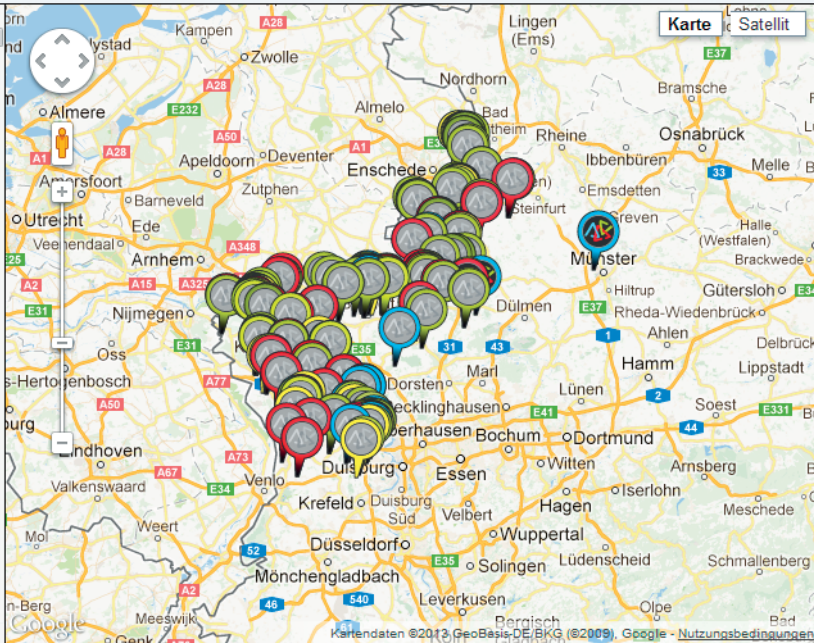
4U Jugendhaus Arbeitsfelder: Jugendhilfe (freie Träger)	
Agentur für Arbeit Emmerich Arbeitsfelder: Jobcenter	
Agentur für Arbeit Geldern Arbeitsfelder: Jobcenter	
Agentur für Arbeit Goch Arbeitsfelder: Jobcenter	
Agentur für Arbeit Kleve Arbeitsfelder: Jobcenter	
Ahauser Tafel Arbeitsfelder: Andere	
Anna Stift Arbeitsfelder: Jugendhilfe (freie Träger)	
Arbeitskreis Peter Pan Arbeitsfelder: Jugendhilfe (freie Träger)	
Arche Arbeitsfelder: Allgemeine Sozialberatung, Schuldnerberatung	
Aufsuchende Jugendarbeit Arbeitsfelder: Jugendhilfe (freie Träger)	

Abb. 15: Akteurskarte auf www.wohn-perspektiven.de

Instruments im Rahmen des Projektes nicht bewertet werden konnte. Bei einem solchen Instrument muss gesichert sein, dass die stetige Pflege der Kontaktadressen einen hohen Zeitaufwand erfordert und hierfür in der Regel die Ressourcen fehlen.

(8) Verbindliche Verfahrensabsprachen

Eine feste Anwendungspraxis im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen ist im ländlichen Raum nicht oder nur sehr begrenzt vorhanden. Trotz differenzierter Hilfelandschaften, in denen sich Akteure einzelfallbezogen vernetzen, ergeben sich immer wieder Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Hilfen – vor allem an den Schnittstellen der verschiedenen Rechtskreise (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG), in denen sich junge Menschen in Wohnungsnotfällen bewegen. Sichtbar werden die fehlenden Routinen und ungeklärten Zuständigkeiten durch die z.T. langwierigen Hilfeverläufe der Betroffenen.

Da sie alle relevanten Rechtskreise einbeziehen, stellen vernetzte Hilfen, denen gemeinsame Grundsätze des Handelns zugrunde liegen, einen Gewinn sowohl für Helfende als auch für Betroffene dar. Wirksames Ergebnis eines solchen Vernetzungsprozesses können schriftlich fixierte Verfahrensabsprachen zwischen unterschiedlichen Akteuren sein, die neue, gangbare Wege in der Hilfe für junge Menschen in Wohnungsnotfällen ebnen. Um strukturelle Veränderungen zu erreichen, sollten diese verbindlich vereinbart, erprobt und evaluiert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei:

- **Schriftliche Vereinbarungen am Ende eines gemeinsamen Prozesses.** *Bevor die Beteiligten verbindliche Verfahrensabsprachen entwickeln können, sind eine gemeinsame Analyse sowie ein gemeinsamer Prozess zu gestalten, der die örtlichen Bedingungen in den Mittelpunkt stellt.*
- **Sichtbarer Mehrwert für die Arbeitsebene.** *Nur wenn Mitarbeitende und Leitende durch verbindliche Vereinbarungen einen konkreten Nutzen für ihre Praxis erzielen, z.B. in Form von Arbeitsentlastung, entsteht die Bereitschaft, sich im Arbeitsalltag für diese „unsichtbare“ Zielgruppe strukturell einzulassen.*

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Region Moers-Xanten: Verbindliche Vereinbarungen zu Fallkonferenzen

Bereits zu Beginn der lokalen Akteurskonferenzen (vgl. Kapitel 4.2) signalisierten die meisten Teilnehmenden, trotz des z.T. geringen Fallaufkommens insbesondere in den kleineren Gemeinden, ein hohes Interesse an verbindlichen Vorgehensweisen in der Hilfe für junge wohnungslose Männer und Frauen. Basis dieses Wunsches war die solidarische Erkenntnis, dass sich keines der vor Ort vorhandenen Gremien zum Thema Wohnungsnot eignete, um komplexe Einzelfälle angemessen zu bearbeiten.

In den gemeinsamen Gesprächen stellte sich heraus, dass eine Lösung in der strukturierten Anwendung von Fallkonferenzen liegen kann. Überzeugt von diesem Ansatz, gelang es den Projektverantwortlichen in vier Kommunen, verbindliche Vereinbarungen mit den örtlichen Akteuren (Ordnungsamt, Sozialamt, Jugendamt, Jobcenter, freie Träger) zu treffen, die feste Kriterien für die Einleitung und Durchführung

von Fallkonferenzen beinhalten. Schriftlich fixiert wurden auch die unterschiedlichen Vorgehensweisen zur Bestimmung eines Fallverantwortlichen (vgl. Anhang 1 S. 87).

Um die Ergebnisse transparent zu machen und auch über das Projektende hinaus zu sichern, fand Ende 2012 eine Regionale Akteurskonferenz mit allen Beteiligten der lokalen Akteurskonferenzen statt. Dort stimmten die Teilnehmenden, einschließlich des regionalweit zuständigen Jobcenters, dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit in Form von Fallkonferenzen zu. Geplant ist außerdem die Ergänzung durch Nebenabreden für jede Kommune, damit die ortsspezifischen Besonderheiten und Zuständigkeiten berücksichtigt werden können. Damit wird die Hilfe für junge Menschen in Wohnungsnotfällen in der Region Moers-Xanten eine neue Struktur und Qualität erhalten.

Kreis Borken:

Vereinbarung zwischen der Kreishandwerkerschaft Borken und dem Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen über die Durchführung eines Unterrichtsmoduls zum Thema „Obdachlosigkeit und existentielle Notlagen bei jungen Menschen“

Ein Ergebnis der Bestandsaufnahme im Kreis Borken war, dass Akteure aus dem Hilfesystem die fehlende Prävention an Schulen zum Thema Obdachlosigkeit und Existenzsicherung bemängelten. Gleichzeitig kristallisierte sich heraus, dass die Kreishandwerkerschaft als Bildungsträger losgelöst von der Hilfelandschaft für junge Wohnungslose arbeitet, jedoch durchaus mit dem Thema und der Zielgruppe konfrontiert und teilweise überfordert ist. Daraufhin setzten sich der Verein für katholische Arbeiterkolonien und die Kreishandwerkerschaft Borken das Ziel, dem Informationsdefizit gemeinsam zu begegnen. Es wurde ein neues Präventionsangebot entwickelt und erprobt: Flexibel gestaltete Unterrichtseinheiten der Projektmitarbeiterin in Abstimmung mit einer Mitarbeiterin der Kreishandwerkerschaft Borken erreichten junge Erwachsene, die potenziell zur Zielgruppe gehören. Die Unter-

richtseinheiten fügten sich gut in das Gesamtkonzept der Hilfen des Teams für unter 25-Jährige der Kreishandwerkerschaft ein. Sie erschlossen den Schülern ein Thema, von dem Einzelne immer wieder auch selbst betroffen sind. Dementsprechend gab es gutes Feedback von Lehrenden, Sozialarbeiter und von Teilnehmenden für das Angebot.

Um die Zusammenarbeit auch über die Projektlaufzeit hinaus zu verstetigen, wurde eine gemeinsame Vereinbarung der Kreishandwerkerschaft und des Vereins für katholische Arbeiterkolonien entworfen. Gegenstand der Vereinbarung ist mindestens ein gemeinsamer, jährlich stattfindender Unterrichtstag bei der Kreishandwerkerschaft Borken, der die Auseinandersetzung der Schüler mit dem Thema Wohnungslosigkeit und existentielle Notlagen fördern und ihnen Ursachen, Ausprägungen und Hilfen im Kreis Borken näher bringen soll.

(9) Fallkonferenzen

Oftmals existieren an den Schnittstellen der verschiedenen Rechtskreise (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG), in denen sich junge Menschen in Wohnungsnotfällen bewegen, Meinungsverschiedenheiten zwischen Hilfeanbietern und Kostenträgern. Sei es wegen des angenommenen Hilfebedarfs, der notwendigen Art der Hilfe (z.B. Jugendhilfe oder Wohnungslosenhilfe) oder der anschließenden Kostenübernahme – im Einzelfall kann dadurch nicht schnell und bedarfsgerecht reagiert werden.

Um dem entgegenzuwirken, kann die frühzeitige Klärung der Zuständigkeit an der Schnittstelle eine bedarfsgerechtere Hilfe ermöglichen. Fallkonferenzen, die sich aus den Akteuren zusammensetzen, die für die Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen vor Ort verantwortlich sind, bieten dafür ein geeignetes Forum. Sie können einberufen werden, wenn eine selbständige Lösung durch den Akteur nicht möglich ist oder nicht nachhaltig erscheint. Ziel einer solchen Fallkonferenz ist es, in einer Sitzung eine akteursübergreifende Lösung der Wohnungsnotfallsituation herbeizuführen. Wirksam wird dieses Instrument nach den Erfahrungen aus WohnPerspektiven nur, wenn:

- **Nicht über uns, sondern mit uns entschieden wird.** In den Fallkonferenzen wurde erprobt, wie alle relevanten Akteure mit ihren Funktionen an der bedarfsgerechten Hilfe mitwirken können. Das schloss die Klienten ein. Sie haben in diesem Prozess ihre Bedarfe formuliert und im weiteren Verlauf auch Zugeständnisse gemacht und schließlich Hilfen angenommen.
- **Akteure mit Entscheidungskompetenz sind beteiligt.** Fallkonferenzen haben einen Mehrwert, wenn sie den individuellen Arbeitsaufwand reduzieren, weil während der Fallkonferenz eine verbindliche Entscheidung getroffen oder zumindest mit Fristvorgabe vorbereitet wird.
- **Fallverantwortlicher begleitet den Klienten.** In Fallkonferenzen können individuelle Lösungswege entwickelt und vereinbart werden. Um sicherzustellen, dass junge Menschen in Wohnungsnotfällen diese Angebote auch annehmen können, ist es notwendig, einen Fallverantwortlichen zu bestimmen, der den Klienten oder die Klientin bei den weiteren Schritten begleitet.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Region Moers-Xanten: Fallkonferenzen

Während der Projektlaufzeit fanden in der Region Moers-Xanten insgesamt zehn Fallkonferenzen statt, in denen über Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen entschieden wurde. Die Konferenzen kamen bei Fällen zum Einsatz, die mehr als zwei handelnde Hilfeakteure betrafen und tagten stets unter Beteiligung der Klienten. Dabei wurde deren Situation umfassend betrachtet. Sie kamen selbstständig zur Fallkonferenz, auch wenn zuvor keine Beratungsbeziehung zum Projekträger bestand.

In der Folge wurden die Fallkonferenzen Bestandteil des Hilfeprozesses, in dem die Betroffenen erfahren haben, dass Akteure und sie selbst Verantwortung für die Verbesserung ihrer Situation übernehmen (vgl. Abb. 16). Im Schnitt dauerten die Konferenzen etwa 1,5 Stunden. Dort, wo sie stattfanden, konnten direkt verbindliche Zusagen für weitere Hilfen gemacht werden. Meist endeten sie mit einem Angebot der Begleitung durch das Jugendamt (Fachleistungsstunden) und einer Übernahme



Abb. 16: Neue Formen der Zusammenarbeit entstehen von Kosten der Unterkunft und Hilfe zum Lebensunterhalt durch das Jobcenter. Als unverzichtbar hat sich die Benennung eines Fallverantwortlichen erwiesen, der den vereinbarten Prozess koordiniert und den Klienten darin begleitet.

Da die Fallkonferenzen zu konkreten Hilfen für die Betroffenen führten, wurden sie sowohl von den Akteuren als auch von den Betroffenen positiv bewertet. Auf der Ebene der Einzelfälle erhielten zehn junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen konkrete und zwischen den verschiedenen Zuständigkeiten abgestimmte Hilfeangebote. Acht junge Menschen konnten und wollten diese Hilfen annehmen und waren auch nach Wochen noch sehr zufrieden mit dem Verlauf und der erfahrenen Unterstützung. Für einen jungen Mann konnte im Rahmen des Projektes „Junge Wohnungslose Rheinberg“ kurzfristig eine Wohnung bereitgestellt werden, in der er – begleitet durch die Beratungsstelle für Wohnungs- und Existenzsicherung – eine Perspektive entwickelt hat.

Indem die Fallkonferenzen von der Projektmitarbeiterin evaluiert wurden, konnte deutlich gemacht werden, dass die Beteiligten durch die vernetzte Arbeit einen Mehrwert erzielten (geschonte Ressourcen, klare Entscheidungen, kurze Wege). Die Ergebnisse der Evaluation wurden im Rahmen einer regionalen Akteurskonferenz transparent gemacht. Das Instrument der Fallkonferenz wird sich daher in der Region Moers-Xanten verstetigen.

(10) Übergangmanagement

Ein strategisches Übergangmanagement zwischen den verschiedenen Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen, ob innerhalb bestimmter Trägerstrukturen oder zwischen unterschiedlichen Akteuren, findet im ländlichen Raum kaum statt. Stattdessen stützen sich Übergänge zwischen den Hilfen meist auf eine einzelfallbezogene Zusammenarbeit, die durch ein hohes persönliches Engagement der einzelnen Hilfeakteure getragen wird.

Um diese Formen der Zusammenarbeit strukturell zu festigen und die beteiligten Hilfeakteure zu entlasten, kann sich der Fokus auf die Verbesserung der Übergänge zwischen ihnen richten (z.B. in Form bilateraler Vereinbarungen zwischen unterschiedlichen Trägern). Das Projekt WohnPerspektiven hat dabei folgende Erfahrungen gemacht:

- **Die Zielgruppe verbindet.** Vertreter unterschiedlicher Hilfefelder und Einrichtungstypen beobachten die gleichen Phänomene wenn es um junge Menschen in Wohnungsnotfällen geht. Diese Gemeinsamkeit bildet eine gute Grundlage dafür, sich kennenzulernen und routiniertere Übergänge zu entwickeln.

- **Optimierte Übergänge qualifizieren Hilfen.** In der Auseinandersetzung um den Übergang zwischen unterschiedlichen Hilfen schärfen sich die Angebotsprofile. Kooperationsmöglichkeiten und Qualifizierungspotenziale werden sichtbar.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Kleve: Übergang zwischen Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe

Parallel zum Projekt WohnPerspektiven ist in der Stadt Kleve ein zusätzliches Wohnangebot für 16- bis 17-jährige Jungen und Mädchen als vorrangig vom Jugendamt betreute Notunterkunft eingerichtet worden, angedockt an die stationäre Jugendhilfeeinrichtung „Münze“. Während der Notunterbringung soll durch die Betreuung vom Jugendamt versucht werden, die Jugendlichen in geeignete Jugendhilfeeinrichtungen zu vermitteln.

An dieser Schnittstelle im Hilfesystem ist es den Projektverantwortlichen gelungen, die Verständigung zwischen Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe zu fördern und die Fallübergabe zu verbessern. Junge Volljährige, die im Anschluss

keine Jugendhilfe mehr annehmen wollen, werden frühzeitig zum Fachdienst Wohnhilfen des Caritasverbandes Kleve e.V. vermittelt. Dieser kann dann noch vor dem 18. Geburtstag beratend tätig werden und bei der Vermittlung in eine Wohnung helfen.

(11) Kooperation mit Ehrenamt

Neben der verbandlichen Wohnungslosenhilfe übernehmen Angebote der ehrenamtlichen Wohnungslosenhilfe eine wichtige Funktion für junge Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum. Sie erbringen konkrete Leistungen, darunter Unterkunft, Beratung und materielle Hilfen für die jungen Menschen. Charakteristisch für die ehrenamtlich betreuten Angebote ist nach Erkenntnissen aus WohnPerspektiven, dass sie niederschwellig im Zugang sind und mit hohem persönlichem Einsatz geleistet werden. Insbesondere Wohnangebote, die jungen Männern und Frauen ein Dach über dem Kopf und persönliche Versorgung bieten, werden gut angenommen und zu „Inseln“, auf denen man sich sortieren und zur Ruhe kommen kann (z.B. „Haus Abraham e.V.“ Ahaus, „Ein Dach über dem Kopf e.V.“ Borken). Sie bieten eine Nische für junge Menschen, denen der Zugang zu anderen Hilfen auf Grund mangelnder Mitwirkung oder Alter verweigert wird. Gemeinsam ist diesen ehrenamtlich getragenen Angeboten die Sensibilität für die Situation der jungen Menschen. Sie sind jedoch kein Ersatz für eigenständiges Wohnen, sondern eine Station auf dem Weg dorthin.

Die verantwortlichen Personen hinter den Angeboten sind nicht in gleichem Maße wie die Akteure der öffentlichen oder verbandlichen Wohnungsnotfallhilfe in Netzwerke und Informationsflüsse eingebunden. Sie werden so zum Auffangbecken und gehen vielfach mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen um, die gleichzeitig soziale Schwierigkeiten haben. Zu prüfen ist daher, inwiefern sie mit Einrichtungen der kommunalen und/oder verbandlichen Wohnungslosenhilfe zusammenarbeiten können, um eine wechselseitige Qualifizierung, Unterstützung und Vermittlung in Einzelfällen zu erreichen.

WohnPerspektiven hat folgende Erfahrungen mit ehrenamtlichen Hilfen gemacht:

- **Ohne ehrenamtliche Hilfen und Angebote geht es nicht.** Auch für junge Menschen in Wohnungsnotfällen leisten diese einen wichtigen Beitrag. Sie bieten Hilfen auch dann, wenn die staatlichen Angebote nicht mehr greifen. Ihre Leistungen zur Behebung von akuter Wohnungsnot von jungen Menschen sind anzuerkennen und mit der verbandlichen Wohnungslosenhilfe zu vernetzen.
- **Potenziale dieser Angebote erhalten.** Eine systematische Entlastung ehrenamtlicher Angebote,

die von der Zielgruppe stark in Anspruch genommen werden und z.T. mit deren Bedarfen überfordert sind, kann ein konkreter Handlungsansatz sein. Dazu gehört, die Akteure in Informationsflüsse und Netzwerke einzubeziehen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Borken:

Kooperation zwischen öffentlich finanzierter und kirchlich finanzierter Wohnungslosenhilfe

Ausgehend von den im Rahmen der Bestandsaufnahme im Kreis Borken geäußerten Bedarfen, haben die Projektverantwortlichen des Vereins für kath. Arbeiterkolonien in Westfalen eine Kooperation mit dem „Haus Abraham e.V.“, einer ehrenamtlich betreuten und von der katholischen Pfarrgemeinde „St Mariä Himmelfahrt“ getragenen Einrichtung der Wohnungslosenhilfe in Ahaus, angestoßen (vgl. Abb.17).

Der Kontakt zwischen den beiden Akteuren entstand im Rahmen der aktivierenden Interviews. Hintergrund der Anfrage von Seiten des „Haus Abraham e.V.“ waren zum einen die steigenden Anforderungen und teilweise Überforderung mit der Zielgruppe junger Wohnungsloser, zum an-



Abb. 17: Kirchliches Angebot der Wohnungslosenhilfe „Haus Abraham e.V.“ in Ahaus

deren die nicht absehbare Personalsituation. Das Ziel einer Zusammenarbeit zwischen der ehrenamtlich betreuten Unterkunft und dem Verein für kath. Arbeiterkolonien, insbesondere dem nahe

gelegenen St. Antoniusheim in Vreden, soll die wechselseitige Qualifizierung, Unterstützung und Vermittlung in Einzelfällen sein.

Ein erstes Gespräch zwischen dem Geschäftsführer des Vereins für kath. Arbeiterkolonien und dem Pfarrer der Gemeinde hat stattgefunden. Derzeit wird die Idee mit dem Kirchenvorstand abgestimmt.

(12) Prävention an Schulen und Bildungseinrichtungen

Die Vermeidung von Wohnungsnotfällen sollte Vorrang vor deren Bewältigung haben. Präventive Strategien sollten daher selbstverständlicher Bestandteil lokaler Hilfesysteme sein und ein breites Spektrum an Akteuren und Institutionen einbeziehen.

Von besonderer Bedeutung für die Vermeidung von Wohnungsnotfällen bei jungen Männern und Frauen erwiesen sich laut Bestandsaufnahme von WohnPerspektiven Schulen und Jugend- und Bil-

dungseinrichtungen. Hier werden die jungen Menschen erreicht. Gleichzeitig offenbaren sich die Konflikte im Elternhaus und ungesicherte Wohnverhältnisse für Mitarbeitende dieser Einrichtungen wie z.B. Schulsozialarbeiter. Sie sind ein wiederkehrendes Thema, das teilweise das Erreichen der Bildungsziele überlagert.

Dort wo die Bestandsaufnahme bzw. der Dialog mit Akteuren vor Ort konkrete Angebotslücken in diesem Bereich offenbarte, wurden entsprechende Angebote weiterentwickelt. Daher wurden für unterschiedliche Schulformen und für Bildungs-



Abb. 18: Arbeitshilfe RAUS!

träger wie bspw. die Kreishandwerkerschaften, Unterrichtskonzepte zur präventiven Arbeit zum Thema Wohnungsnot entwickelt, erprobt und in einer Arbeitshilfe festgehalten. Ausgehend von den im August 2010 entwickelten Unterrichtsmaterialien der studentischen Gruppe „Unge:Wohnt“ der Hogeschool van Arnhem en Nijmegen, konzipierten und erprobten die Projektverantwortlichen vor Ort insgesamt 15 Unterrichtseinheiten in verschiedenen Schulformen. Ihre gesammelten Erfahrungen bilden die Basis der Arbeitshilfe „RAUS! ...und dann...“ (vgl. Abb. 18). Erfahrungen von WohnPerspektiven sind:

- **Prävention eröffnet Perspektiven.** Unterrichtseinheiten zum Thema sensibilisieren Schüler, Lehrende und andere Akteure in Schulen und Bildungseinrichtungen für die komplexen Ursachen und Wirkungen von Wohnungsnotfällen, von prekären Wohnsituationen bis zur Wohnungslosigkeit.
- **Prävention erschließt neue Zugänge.** Das Vorstellen und Erläutern des Hilfesystems in Schulen und Bildungseinrichtungen ermöglicht den Betroffenen eine schnellere Kontaktaufnahme an den richtigen Stellen.

- **Prävention kommt an**, wenn man den Schulen ein durchdachtes und strukturiertes Unterrichtskonzept anbieten kann, in dem die Erklärung des örtlichen Hilfesystems einen Schwerpunkt in der Unterrichtseinheit darstellt.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Borken:

Unterrichtseinheiten in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Borken

Im Zuge einer neuen Kooperation zwischen dem Verein für kath. Arbeiterkolonien und der Kreishandwerkerschaft Borken hat WohnPerspektiven ein neues Präventionsangebot entwickelt und erprobt. Der Kontakt zwischen den beiden Akteuren entstand im Rahmen der akteursübergreifenden Workshops.

Flexibel gestaltete Unterrichtseinheiten, gemeinsam vorbereitet und durchgeführt von der Projektmitarbeiterin sowie einer Mitarbeiterin der Kreishandwerkerschaft Borken, erreichten junge Erwachsene, die potenziell zur Zielgruppe gehören. Zwei Unterrichtseinheiten (sechs Stunden) wurden durchgeführt, eine weitere ist in Planung. Darin setzten sich die Jugendlichen u.a. mit dem Thema „selbständiges Wohnen“ auseinander und

wurden aufgeklärt, an welche Dienste sie sich in einer Wohnungsnotfallsituation wenden können. Zudem wurde Raum für Diskussionen, Gruppenarbeit und individuelle Aspekte gegeben. Gutes Feedback gab es sowohl von Lehrenden und Sozialarbeitern als auch von Teilnehmenden.

Der Verein für kath. Arbeiterkolonien beabsichtigt, die Zusammenarbeit im Bereich Prävention auszuweiten (z.B. mit der Kreishandwerkerschaft Ahaus). Die Unterrichtseinheit für die Kreishandwerkerschaft Borken wird es gemäß einer Vereinbarung mit dem Verein für kath. Arbeiterkolonien auch weiterhin mindestens einmal im Jahr geben (vgl. Anhang 2 S. 89, Abb. 19).

Kreis Kleve:

Unterrichtseinheiten in verschiedenen Schulformen

Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Übergang von Elternhaus/Schule zu Beruf eine we-



Abb. 19: Vertragsunterzeichnung

sentliche Bruchstelle in den Lebensläufen vieler Betroffener darstellt, setzten die Projektverantwortlichen im Kreis Kleve einen Schwerpunkt auf präventive Strategien.

Insgesamt 15 Unterrichtseinheiten fanden statt,

größtenteils an Hauptschulen, Förderschulen und Berufsschulen in Kleve, Goch, Pfalzdorf und Bedburg-Hau. Die Nachfrage nach dem Angebot nahm stetig zu, nachdem die Projektmitarbeiterin in den Arbeitskreisen und in persönlichen Gesprächen darauf hingewiesen hatte. Die Dauer der Unterrichtseinheiten variierte je nach Vermittlungsziel und Absprache mit dem Lehrenden.

Unabhängig von der Schulform stießen die Unterrichtseinheiten auf eine positive Resonanz von Seiten der Schüler. Allerdings werden die Wohnhilfen des Caritasverbandes Kleve e.V. das Angebot nur in Einzelfällen fortsetzen können. Es ist angedacht, es als Instrument bei der fachbereichsübergreifenden Präventionsstelle im Caritasverband anzudocken.

***Kreis Borken und Kreis Kleve:
Arbeitshilfe für die präventive Arbeit an Schulen und Bildungseinrichtungen***

Auf Basis der gesammelten Erfahrungen erarbeiteten die Projektmitarbeiterinnen in den Kreisen Borken und Kleve ein eigenes Unter-

richtskonzept. Dieses wurde von anderen Akteuren übernommen und fortgeführt, u.a. durch das Streetwork in Straelen.

Um interessierten Lehrern und Sozialarbeitern den Einstieg in die komplexe Materie zu erleichtern, konzipierten die Projektmitarbeiterinnen eine praxisorientierte Arbeitshilfe. Diese beinhaltet u. a. die Themen gesetzliche Rahmenbedingungen, Miete und Mietverhalten, die Erläuterung des Hilfesystems für junge Menschen in Wohnungsnotfällen sowie Vorschläge zur methodischen Umsetzung. Die Arbeitshilfe wurde im Januar 2013 unter dem Titel „RAUS! ... und dann...“ veröffentlicht. Sie kann wie alle Produkte von WohnPerspektiven unter www.wohnperspektiven.de bezogen werden.

(13) Wohnen im Notfall

Nur vereinzelt finden sich im ländlichen Raum flexible, kurzfristige Wohnangebote, die gezielt junge wohnungslose Männer und Frauen ansprechen. Gleichzeitig stellen junge Menschen in Wohnungsnotfällen die lokale Helfelandschaft vor die Herausforderung, schnelle, passgenaue und annehmbare Angebote vorzuhalten. Da das Aufsuchen von kommunalen Notunterkünften unter jungen Männern und Frauen weitgehend die Ausnahme ist, sind innovative Modelle gefragt, die im Notfall eine zeitnahe Wohnraumversorgung sichern.

Im Rahmen von WohnPerspektiven wurden verschiedene Modelle für das Wohnen im Notfall für jungen Erwachsenen, die akut wohnungslos sind entwickelt. Sie verbindet:

- **Wohnen sichert den Kontakt zur Zielgruppe.** *Aufbauend auf einem konkreten Wohnangebot entstehen Beratungskontakte, die zur Perspektivklärung genutzt werden können.*
- **Wohnen abseits von Notunterbringungsformen.** *An allen Standorten von WohnPerspektiven wird die Unterbringung junger Erwachsener in den kommunalen Notunterkünften möglichst*

vermieden. Unterkünfte sind auf Grund ihrer Lage und der teilweise langfristigen Belegung mit älteren Wohnungslosen für diese Zielgruppe keine adäquate Lösung. Zielgruppenspezifische Wohnkapazitäten wurden zwar im Rechtskreis des OBG geschaffen, heben sich aber räumlich und inhaltlich deutlich davon ab.

- **Wohnen und Beratung werden gekoppelt.** Dazu gehört, dass nach einer gewissen Phase des „in-Ruhe-gelassen-werden“ die Wohnungslosenhilfe ein qualitatives Beratungsangebot macht, das darauf abzielt, Perspektiven zu entwickeln und die Wohnungslosigkeit in Kooperation mit anderen Akteuren wie dem Jobcenter und der Jugendhilfe zu beenden.
- **Den Notfall zeitlich begrenzen.** Aus dem Wohnen im Notfall darf keine dauerhafte Unterbringung werden. Deshalb sollte diese Form des Wohnens zeitlich befristet und genutzt werden, um Perspektiven für das eigenständige Wohnen zu entwickeln und verbindlich anzustoßen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Kreis Kleve: Konzept „Betreute Übergangsplätze nach OBG“

Im Rahmen der von WohnPerspektiven initiierten Arbeitskreise entwickelten die Projektverantwortlichen im Kreis Kleve, gemeinsam mit Vertretern der Ordnungsbehörden in Geldern, Straelen und Kleve sowie sozialen Einrichtungen, ein Konzept für betreute Übergangsplätze abseits der regulären kommunalen Notunterkünfte.

Für die beteiligten Kommunen im Kreis Kleve stellt das Konzept eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen „Unterbringern“ und „Betreuern“ dar. Es soll greifen, wenn Betroffene auf einen mietvertraglich abgesicherten Platz im Betreuten Wohnen oder die Integration in eine eigenständige Wohnung warten. Zur Zielgruppe gehören junge Erwachsene, die bereits nach OBG untergebracht sind oder werden müssten. Zeitlich befristet, soll die Finanzierung der Unterkunft über die Kommune erfolgen, während die Betreuung durch die sozialen Einrichtungen übernommen wird, die bereits im Fall tätig sind. Mit den Teilnehmenden wird ein Betreu-

ungsvertrag geschlossen, der für eine Laufzeit von maximal sechs Monaten u.a. regelmäßige Beratungskontakte und die gemeinsame Erstellung eines Hilfeplans regelt. Die Fachberatungsstellen in Kleve und Geldern sowie das jeweilige Ordnungsamt bilden ein begleitendes Gremium, das die Hilfe begleitet und überprüft.

Das Betreuungskonzept liegt den Ordnungsbehörden in Geldern, Straelen sowie Kleve vor. Je Kommune werden 1-2 Plätze angestrebt.

Region Moers-Xanten:

Konzept „Junge Wohnungslose in Rheinberg“

In Rheinberg, einer der sieben Kommunen in der Region Moers-Xanten, wurde im Rahmen des Projektes ein zusätzliches, begleitetes Wohnangebot mit zwei Plätzen implementiert. Bereits vor WohnPerspektiven gab es eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter der Stadt Rheinberg, des Jobcenters Kreis Wesel, des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. sowie des Diakonischen Werkes Kirchenkreis Moers gemeinsam ein entsprechendes Konzept entwickelten. Durch Beschluss der lokalen Akteurskonferenz in Rheinberg wur-

de es Bestandteil von WohnPerspektiven und in diesem Rahmen erprobt und evaluiert.

Dahinter steht die Idee, jungen Frauen und Männern in akuten Wohnungsnotfällen kurzfristig ein vorübergehendes Wohnangebot in Wohnungen unterbreiten zu können und diese eng an die Beratungsstelle für Wohnungs- und Existenzsicherung anzubinden, die in Rheinberg gemeinsam von Caritas und Diakonie getragen wird. Dadurch sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um in einer Clearingphase die Problem- und Bedarfslage der jungen Menschen zu eruieren und gemeinsam mit dem Klienten sowie den verschiedenen Hilfeanbietern entsprechende Maßnahmen zu planen.

In der ersten Testphase umfasst das Wohnangebot zwei Plätze. Für den Klienten endet dieses Angebot spätestens sechs Monate nach Aufnahme. Darüber hinaus ist es an einen Betreuungsvertrag zwischen dem Klienten und der Beratungsstelle für Wohnungs- und Existenzsicherung gebunden, der die Rechte und Pflichten beider Seiten (z.B. Einhaltung von regelmäßigen Beratungsterminen, gemeinsame Erarbeitung eines Hilfeplans) regelt. Die Betreuung wird durch die Mitarbeiter

der Beratungsstelle geleistet, sodass zunächst keine zusätzlichen Personalkosten entstehen. Der Lebensunterhalt sowie die Kosten der Unterkunft sind, nach Entscheidung des Jobcenters Kreis Wesel, durch entsprechende gesetzliche Leistungen nach dem SGB II zu finanzieren.

Sobald von Seiten eines Betroffenen eine Anfrage zum Wohnangebot an die Beratungsstelle zur Wohnungs- und Existenzsicherung gestellt wird, nimmt diese Kontakt mit dem Ordnungsamt der Stadt Rheinberg auf, damit dieses die Beschlagnahme einer geeigneten Wohnung einleiten kann. Voraussetzungen dafür sind zum einen die Zustimmung des Vermieters, zum anderen die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen des SGB II sowie des Kreises Wesel zur Angemessenheit der Wohnungsgröße. Gleichzeitig stellt ein im Jobcenter Kreis Wesel speziell für diesen Fall benannter Mitarbeiter sicher, dass die Hilfesuchenden unverzüglich einen Termin erhalten, um die entsprechenden Leistungen (Kosten der Unterkunft, ggf. Regelleistungen zum Lebensunterhalt) zu beantragen.

Bisher wurde für einen jungen Mann eine Wohnung bereitgestellt, in der er – begleitet durch die

Beratungsstelle für Wohnungs- und Existenzsicherung – eine Perspektive entwickelt. Eine zweite Wohnung steht zur Verfügung, ist derzeit aber nicht belegt.

Die Projektverantwortlichen in der Region Moers-Xanten nutzten die lokalen Akteurskonferenzen in Rheinberg, um die bisherigen Praxiserfahrungen mit dem Konzept „Junge Wohnungslose in Rheinberg“ zu reflektieren. Als wesentliches Problem in der Umsetzung erwies sich der vor allem im preisgünstigen Segment angespannte Wohnungsmarkt in Rheinberg, der kaum SGB II-konformen Wohnraum für alleinstehende Menschen zur Verfügung stellt. Dies führte zu Verzögerungen bei der Aufnahme der ersten Person. Darüber hinaus ergaben sich Probleme bei der Belegung der Wohnung (u.a. Renovierung nötig, Unstimmigkeiten bei der Kostenübernahme durch das Jobcenter). Ferner ist zu bedenken, dass bei einer langfristigen Fortführung des Hilfeangebotes bzw. einer Ausweitung der Kapazität zusätzliche Personalressourcen erforderlich wären.

4.4 Erfahrungen und Ergebnisse breit kommunizieren

Damit die durch WohnPerspektiven erzielten Erkenntnisse und entwickelten Strukturen sicht- und übertragbar werden können, waren und sind weitere Maßnahmen notwendig.

(14) Evaluation und Dokumentation

Evaluation und Dokumentation sind Aufgaben, die insbesondere modellhafte Vorhaben wie das Projekt WohnPerspektiven begleiten. Wird die Evaluation als regelmäßige Schleife in einen Umsetzungsprozess integriert, kann sie fundierte Informationen zur internen Steuerung liefern. Der Antrieb zur Evaluation bleibt hoch, vorausgesetzt es stehen flexible Ressourcen für Dokumentation und Evaluation zur Verfügung.

Im Fall von WohnPerspektiven gab es eine Evaluation des Gesamtvorhabens, die die Anforderungen des Projektträgers an übertragbare Erkenntnisse und die der örtlichen Träger an stringente Projektumsetzung befriedigen sollten. Daneben gab es angebotsspezifische Evaluation u.a. von Fallkonferenzen in Moers-Xanten. Diese Evaluatio-

nen dienten dazu die Resonanz und Wirksamkeit der entwickelten Instrumente zu überprüfen. Evaluation auf beiden Ebenen (Gesamtprojekt und Instrumente) basierten auf einer abgestimmten Bewertungsgrundlage in Form von Zielsystemen. Die Ziele wurden – gerade in der Folge der Evaluation – angepasst. Aus der Dokumentation und Evaluation im Rahmen von WohnPerspektiven lässt sich folgendes lernen:

- **Je eher evaluiert wird, desto besser.** Evaluation findet prozessbegleitend statt und arbeitet eng mit den Projektträgern und weiteren beteiligten Akteuren zusammen, um an die notwendigen Informationen für die Bewertung zu gelangen, aber auch um später mit den Evaluationsergebnissen arbeiten zu können.
- **Evaluation braucht einen Mix quantitativer und qualitativer Methoden.** Wohnungsnotfallnetzwerke zu entwickeln bedeutet mehr als die klassische Einzelfallhilfe zu organisieren. Im Rahmen von WohnPerspektiven sollen Akteure sensibilisiert, Erkenntnisse generiert, Verfahren optimiert und schließlich konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Dies lässt sich allein mit quantitativen Methoden nicht abbilden und bewerten. Daher müssen darüber hinaus qua-

litative kommunikationsfördernde Methoden – wie z. B. Workshops und Interviews – zum Einsatz kommen.

- **Einfache Dokumentationsinstrumente trotz komplexer Aufgaben.** Zur Erfassung von Inputs und Outputs in ein Vorhaben sind praktikable Erfassungsinstrumente zu entwickeln, die sich im besten Fall gleichzeitig für trügereigene Berichterstattung nutzen lassen. Qualitative Instrumente wie regelmäßige Gespräche und Werkstätten auch unter Beteiligung externer Partner im Projekt flankieren die Instrumente, damit die komplexen prozessbezogenen Informationen trotzdem nicht verloren gehen.

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Standortübergreifend: Dokumentation und Evaluation der Projektumsetzung

Das Projekt WohnPerspektiven wurde an allen drei Standorten von den Projektmitarbeitenden dokumentiert und unterstützt durch die wissenschaftliche Assistenz und Projektleitung

in zwei Schleifen reflektiert und evaluiert. Ein auf der Basis der vier Ebenen des Gesamtprojektes entwickeltes standortspezifisches Zielsystem bildete die Basis. In den vier Handlungsfeldern Erkenntnisgewinn, Bedarfsorientierte Vernetzung, Projekte, Produkte, Angebote sowie Transfer formulierten die Beteiligten für WohnPerspektiven im jeweiligen Kreis zunächst ihre Ziele. Im Anschluss begannen die Projektmitarbeitenden damit, die ortsspezifischen Maßnahmen umzusetzen und parallel zu dokumentieren.

Zur Dokumentation dienten eine Liste der durchgeführten Arbeitsschritte und Tätigkeiten (fortlaufend) sowie ein Reflektionsbogen, in den etappenweise die Ergebnisse der Projektarbeit gebündelt für die vier Handlungsfelder egetragen wurden. Die ausgefüllten Reflektionsbögen wurden auf den Treffen der Projektmitarbeiterinnen mit der Projektkoordination vorgestellt und diskutiert. Sie dienten dazu den jeweiligen Umsetzungsstand an den drei Standorten sowie die örtlichen Gelingensbedingungen nachvollziehbar zu machen. Gleichzeitig waren sie wichtige Informationsquelle für die Evaluation durch die wissenschaftliche Assistenz. Diese erfolgte in je zwei Evaluationsworkshops pro Standort. Eine

Zwischenevaluation wurde von der Projektleitung und -koordination ohne Beteiligung der wissenschaftlichen Assistenz durchgeführt. Anhand der Leitfrage: Inwieweit haben wir die selbstgesteckten Ziele erreicht? überprüften in diesen Workshops alle an der Projektumsetzung vor Ort verantwortlich beteiligten Akteure den Grad der Zielerreichung, den Ressourceneinsatz sowie ihre Erkenntnisse über hemmende und fördernde Faktoren (vgl. Abb. 20). Die wissenschaftliche Assistenz dokumentierte die Ergebnisse der Evaluation. Sie sind Grundlage des Abschlussberichtes.

Region Moers-Xanten: Evaluation von Fallkonferenzen

Das Projektteam des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. hat die Akteure darin unterstützt, konkrete Absprachen über optimierte Verfahrensweisen vor Ort zu entwickeln. Die Projektmitarbeitenden von WohnPerspektiven organisierten Akteurskonferenzen, moderierten die Sitzungen und hielten die Ergebnisse in Protokollen oder schriftlichen Vereinbarungen fest. Zusammen mit den jeweiligen Akteuren wurden neue Angebote entwickelt und begleitet. Dazu gehörten u.a. die Fallkonferenzen,

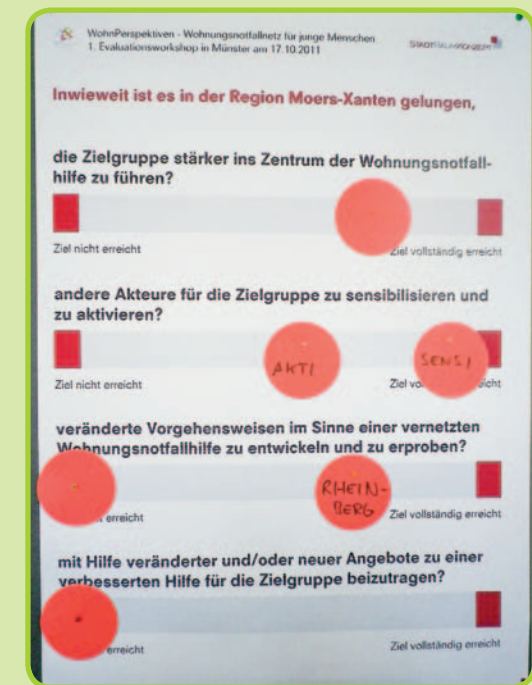


Abb. 20: Evaluationsplakat

das Projekt „Junge Wohnungslose Rheinberg“ sowie die Ideen, neue Unterbringungsqualitäten für junge Erwachsene in Moers zu schaffen. Die Fallkonferenzen wurden von der Projektmitarbeiterin zusätzlich evaluiert.

Mit einem dreigliedrigen Evaluationsbogen wur-

den das Clearing, die Installation von Hilfen durch die Akteure und die Inanspruchnahme der Hilfen durch die Klienten abgefragt. Mit Hilfe von Schulnoten bewerteten die Akteure und Klienten ihre Zufriedenheit mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Fallkonferenzen. Die Auswertung der Evaluationsbögen ergab eine hohe Zufriedenheit der Akteure und Nutzer mit dem Instrument und den Ergebnissen. Den Aufwand bezeichneten die Beteiligten durchgehend als angemessen.

(15) Öffentlichkeit sensibilisieren

Eine wesentliche Aufgabe im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen ist es, ihr Vorhandensein und ihre Lebenslagen in das Bewusstsein der (Fach-) Öffentlichkeit zu tragen. Dieser Aufgabe kommt im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu, da die Zielgruppe außerhalb öffentlicher Szenen eher unsichtbar ist und auf Zugangsschwellen im Hilfesystem sensibel d.h. mit Abbrüchen und Verschwinden reagiert. Die Vorurteile innerhalb der Gesellschaft sind oftmals

genauso groß wie im städtischen Kontext. Neben der Information hat Öffentlichkeitsarbeit deshalb auch die Funktion, zu sensibilisieren und Akteure zu aktivieren. WohnPerspektiven hat den beteiligten Projektträgern die Mittel gegeben, intensiv und auf verschiedenen Wegen Öffentlichkeit herzustellen. Dabei wurde Folgendes gelernt:

- **Der Bezug zur Ist-Situation vor Ort muss klar erkennbar sein.** *Es ist nicht zielführend, die großstädtischen Phänomene und Bilder pauschal auf den ländlichen Raum zu übertragen. Vielmehr stellt der konkrete Bezug zu den örtlichen Bedingungen und Erfahrungen ein Interesse in der (Fach-) Öffentlichkeit her.*
- **Information auf verschiedenen Wegen transportieren.** *Es gibt diverse Anlässe, Formen und Adressatenkreise, die man nutzen kann, um die Informationen zu transportieren.*
- **Kontroversen regen den Dialog an.** *Gerade wenn die Inhalte von Veröffentlichungen oder Vorträgen eine kontroverse Diskussion anregen, bleiben sie im Gedächtnis. Dabei sollte nicht die Konfrontation, sondern die Auseinandersetzung und ggf. Abgrenzung das Ziel sein.*

Erfahrungen aus WohnPerspektiven

Standortübergreifend: Öffentlichkeitsarbeit

In den Projektregionen war der Transfer von Inhalten und Informationen über das Projekt WohnPerspektiven und die Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen einer von vier Handlungsschwerpunkten. Politik, Verwaltung, Akteure und Öffentlichkeit wurden auf verschiedenen Wegen informiert. Öffentliche Aufmerksamkeit erzeugten dabei vor allem die großen Dialogveranstaltungen (vgl. Kapitel 4.1), die u.a. in Presseartikeln Erwähnung fanden und den Akteuren nachhaltig im Gedächtnis blieben.

Die kreisspezifischen und übergreifenden Inhalte der Internetseite www.wohn-perspektiven.de wurden regelmäßig gepflegt und Interessierte immer wieder auf dieses Informationsangebot hingewiesen. Auf lokaler Ebene zeigte sich jedoch, dass persönlicher Kontakt (auch über Telefon und E-Mail) noch der für viele Akteure einfachere und nachhaltigere Weg zur Information ist. Für den Transfer von übergeordneten Ergebnissen und Produkten, z.B.

den Zwischenbericht zum Projekt, eignet sich der eher anonyme Transfer via Internet hingegen gut.

Zusätzlich nutzte das Projekt trügereigene Berichte und Anlässe (u.a., drei Auflagen der WP-News des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V., Treffen der kath. Träger im Kreis Borken), um zu informieren. Vertreter der (lokalen und kreisweiten) Sozialpolitik wurden u.a. in Jugendhilfekonferenzen im Kreis Kleve und bei der Sitzung des Sozialausschusses Moers über Einzelfälle und die Möglichkeiten von WohnPerspektiven in diesem Zusammenhang hingewiesen. Vereinzelt Artikel in der Presse haben auf Grund von WohnPerspektiven die Lebenslage der Zielgruppe beschrieben, u.a. für die Region Moers-Xanten in den Niederrhein Nachrichten vom 15.02.2012: „Wohnungslosen eine Perspektive geben“.

Standortübergreifend war der Transfer eine der zentralen Aufgaben der Projektleitung und -koordination. Er fand auf Fachtagungen u.a. der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 2011 in Leipzig und in Fachgremien der Caritas in NRW, der Diözesanarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in der Diözese Münster u.a.,

im Workshop „Junge Wohnungslose“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in 2011 in Duisburg, statt.

Alle öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Produkte auf lokaler und überregionaler Bühne hat das gemeinsame Logo und Design des Projektes WohnPerspektiven verbunden.

(16) Zielgruppe und Arbeitsweisen eine Identität geben

Die Wirksamkeit des professionellen Erscheinungsbildes von WohnPerspektiven mit Logo, gedrucktem Material, Banner und Website für die Akzeptanz des Projektes wurde von den Projektbeteiligten unterschiedlich eingeschätzt. Das Auftreten kann als professionell und hochwertig beschrieben werden. In dieser Form hat es die Vertreter der Kommunen und anderer Institutionen zum einen interessiert und begeistert. Es wurden aber auch zurückhaltende Reaktionen beschrieben, die dahinter ein neues Angebot vermuteten und sich nicht angesprochen fühlten. Aus den Erfahrungen mit dem gemeinsamen Logo und Design lässt sich folgendes lernen:

- **Logo mit Leben füllen.** Ein professionelles Erscheinungsbild kann Akteure mitnehmen und motivieren. Es erfordert aber eine klare Kommunikation über die dahinter liegenden Inhalte und Ressourcen.
- **Projektlogo nach dem Projektende weiter nutzen.** Das projektbezogene Logo WohnPerspektiven steht nach drei Jahren Projektlaufzeit für eine kooperative Form der Hilfe und Unterstützung.

zung von jungen Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum. Diese Qualitäten sollten auch nach Projektende noch sichtbar bleiben. Die Verwendbarkeit des Logos wird aufgrund der Ergebnisse des Abschlussberichtes weiter geprüft.

Standortübergreifend:

Logo zum Label weiterentwickeln

Während der Umsetzungsphase von WohnPerspektiven entwickelte die Projektgruppe aus dem Projektlogo ein projektbegleitendes Label, das gemeinsame Haltungen gegenüber jungen Menschen in Wohnungsnotfällen kennzeichnet (vgl. Abb. 22). Für die beteiligten Hilfeakteure sollte das Label als erkennbare Verpflichtung zu einer besseren Zusammenarbeit dienen, ohne zu komplex und eingreifend zu sein (keine „Zertifizierung“ anhand bestimmter Kriterien).

Ausgehend vom Logo wurde ein Aufkleber gestaltet, der von den Projektstandorten an bestehende Kooperationspartner sowie Akteure vergeben wurde, die sich im Rahmen lokaler Netzwerke an der Mitwirkung der Ziele von WohnPerspektiven bereit erklärt hatten.

Nachdem die Verwendung des Aufklebers als Label erprobt wurde, ist klar: Um tatsächlich ein



Abb. 22: Label von Wohn-Perspektiven

Label zu etablieren, muss ein akzeptierter, überörtlicher Akteur dem Logo und der Einhaltung der damit verbundenen Qualitätsstandards Nachdruck verleihen. Nur wenn es gelingt, fachliche und politische Akzeptanz für das Label zu schaffen, kann es wirksam werden.

Die Identität des Labels sollte sich aus Basiskriterien und ortsspezifischen Vereinbarungen bilden, zu denen sich die Akteure verpflichten. Zu den Basiskriterien zählen die Haltungen und eine gemeinsame Definition der Zielgruppe. Gegenstand der örtlichen Vereinbarungen könnten Verfahrensabläufe, Zuständigkeiten und Ressourceneinsatz gehören. Zum Projektende ist zu prüfen, wie das (ggf. erweiterte) Label weiter zu nutzen ist und eine Verbreiterung der Akteure erreicht werden kann.

4.5 Ressourcen nutzen und bereitstellen

WohnPerspektiven war ein vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen über drei Jahre geförder-tes Modellprojekt. Aus den Erfahrungen der Projektorganisation und -arbeit sollten für andere Modellvorhaben und Vorhaben ohne zusätzliche Ressourcen Schlüsse gezogen werden.

(17) Prozessverantwortlichkeit

Die zusätzlichen personellen Ressourcen des Projektes WohnPerspektiven, die im Anschluss an die Bedarfsfeststellung gezielt in die Organisation der Vernetzung geflossen sind, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Wohnungsnotfallnetzwerke und verbesserte Angebote entstanden sind. Kontaktaufbau, Informationstransfer, Organisation und Dokumentation sowie Evaluation von Netzwerktreffen sind Aufgaben, die fallunabhängig flexible Ressourcen erfordern. Sie setzen gleichzeitig gewisse Kompetenzen aus dem Bereich des Projektmanagements voraus, die im Zweifelsfall durch Fortbildungen geschult werden müssen. Erfahrungen aus der Projektarbeit sind:

- **Fachliche Kompetenz und Präsenz der verantwortlichen Person.** Wesentliche Grundlage für die Mitwirkungsbereitschaft der Akteure waren die fachlichen Kompetenzen der Projektmitarbeitenden als Sozialarbeiterinnen mit Erfahrung in der Wohnungslosenhilfe und ihre Verankerung in den verschiedenen Sozialräumen. Die stetige Präsenz der Projektmitarbeiterinnen als „Gesicht für das Thema junge Wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit Bedrohter“ sowie deren Einbindung in die konkrete Fallarbeit erleichterten die Kommunikation mit möglichen Kooperationspartnern.
- **Kurze Entscheidungswege in der Projektumsetzung.** Indem als Tandem aus Leitung und Mitarbeitenden gearbeitet wurde, waren auch innerhalb von WohnPerspektiven an dem jeweiligen Standort kurze Entscheidungswege und fachlicher Austausch gewährleistet.
- **Fachlichkeit als Träger der Wohnungslosen- bzw. Wohnungsnotfallhilfe spielt große Rolle.** Die Akzeptanz, die ein Träger auf Grund seiner Fachlichkeit für das Thema Wohnungslosenhilfe in der Region genießt, überträgt sich auf die Ziele, die für junge Erwachsene in Wohnungsnotfällen erreicht werden sollen.
- **Transparenz gegenüber anderen Trägern.** Intensiv über das Projekt zu informieren und alle Entwicklungsschritte transparent zu machen ist eine wesentliche Voraussetzung, um andere ggf. konkurrierende Träger als Kooperationspartner an den Wohnungsnotfallnetzwerken zu gewinnen.

Standortübergreifend: Projektorganisation

Die Organisation des Projektes WohnPerspektiven umfasste die drei örtlichen Projektträger: den Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen, den Caritasverband Kleve e.V. und den Caritasverband Moers-Xanten e.V. mit Projektmitarbeiterinnen, Fachbereichsleitungen und Geschäftsführungen sowie den Diözesan Caritasverband Münster als Projektleitung und -koordination. Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wurde das Projekt durch die Stadt-RaumKonzept GmbH. Für die Umsetzung vor Ort stand je Standort ein Stellenvolumen von ca. 75% einer Vollzeitstelle, die teilweise durch andere Projektmittel sowie an allen Standorten durch die Mitarbeit von Fachbereichsleitungen

und Geschäftsführungen aufgestockt wurde, zur Verfügung. Ausgefüllt wurden die Stellen von Mitarbeiterinnen, die als Sozialarbeiterinnen zum Teil bereits in der Wohnungslosenhilfe tätig waren. Sie hatten ihren Projektarbeitsplatz an je einem Standort der meist kreisweit agierenden Träger der Wohnungslosenhilfe.

Um die verschiedenen Handlungsebenen innerhalb des Projektes miteinander zu verknüpfen und den Informationsfluss zu organisieren, wurden zu Beginn der Projektarbeit drei regelmäßig tagende Gremien installiert:

In der Steuerungsgruppe diskutierte und beschloss die Projektleitung/-koordination gemeinsam mit der wissenschaftlichen Assistenz die strategische Ausrichtung des Gesamtprojektes. Das konkrete Vorgehen in den drei Kreisen wurde in den jeweiligen Projektgruppen vor Ort festgelegt, in denen Projektmitarbeiterinnen sowie Leitungsverantwortliche und die Projektleitung/-koordination das standortspezifische Vorgehen berieten. Die Projektgruppe als drittes Gremium bot allen Beteiligten den Raum für einen kreisübergreifenden Informationstransfer und fungiert als kreative Ideenschmiede.

Alle Veröffentlichungen des Projektes WohnPerspektiven wie Zwischen- und Abschlussbericht wurden von der Projektgruppe verabschiedet.

Im Projektverlauf etablierte sich ein weiteres Gremium. Der regelmäßige Arbeitskreis der Projektmitarbeiterinnen bot eine geeignete Plattform für konkrete Fragestellungen und Erfahrungsaustausch über die Projektarbeit vor Ort.

(18) Verankerung

Die sozialen Systeme stehen auch in den Regionen in denen WohnPerspektiven durchgeführt wurde, unter Kostendruck. Dies bedeutet, dass Entscheidungen, die Kosten verursachen, kritisch geprüft werden. Neu entstehende oder aufgedeckte Bedarfe sind gegenüber den Kostenträgern schwer zu argumentieren. Das betrifft auch die Zielgruppe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen, deren Situation relativ unsichtbar für die Gesamtgesellschaft ist. Aus WohnPerspektiven kann der Schluss gezogen werden, es braucht:

- **Fundierte Informationen und Zeit, sie politisch zu reflektieren.** Die in der Bestandsaufnahme von WohnPerspektiven produzierten, empirisch fundierten Erkenntnisse waren notwendig, um die Politik zu informieren. Auf Grund der zeitlichen Vorgaben des Projektes erfolgte der Übergang zwischen Bestandsaufnahme und Lösungsphase jedoch relativ schnell. Dort wo politische Initiativen nötig sind, um veränderte Vorgehensweisen zu legitimieren, wären mehr als drei Jahre Laufzeit nötig.
- **Akteursübergreifend entwickelte Lösungen.** Gerade junge Menschen in Wohnungsnotfällen,

die an den Nahtstellen verschiedener Zuständigkeitsbereiche stehen sind eine Zielgruppe, für die nur kooperative Hilfen sinnvoll zu entwickeln sind. Diese Lösungen lassen sich außerdem politisch gut argumentieren, wenn sie dem Handlungsbedarf verschiedener Akteursgruppen entsprechen.

**Standortübergreifend:
Kooperative Angebotsentwicklung
und Transfer in die Politik**

WohnPerspektiven war geprägt von einem kooperativen Prozess, der entlang der Bedarfslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen Wege gesucht hat, die bestehenden Angebote und Verfahren zu optimieren. Mit Bestandsaufnahmen, in Workshops und Arbeitsgruppen wurde versucht, einen produktiven Dialog zu organisieren, der Akteure aus unterschiedlichen Institutionen, Zuständigkeitsbereichen, Fachlichkeiten, Hierarchieebenen und Regionen verbindet und zu ortsspezifischen Modellen führt. Dies ist an vielen Stellen gelungen. Entstanden sind zusätzliche Angebote und vor allem neue, verbindlich vereinbarte Verfahrensformen in der Wohnungsnotfallhilfe für junge Erwachsene im ländlichen Nordrhein-Westfalen. Die Erprobungsphase dieser neuen Strukturen läuft weiter und wird von den beteiligten Trägern und Kooperationspartnern sicher kritisch begleitet.

Dort, wo die Veränderungen noch auf (politische) Widerstände stoßen, haben die Informationen, Apelle und Initiativen, die von Dialogveranstaltungen, Berichten und Öffentlichkeitsarbeit ausgingen, zumindest eine kritische Auseinandersetzung herbeigeführt. Besonders bewährt hat sich der öffentlichkeitswirksame Dialog über die Lebenslagen und Bedingung der Hilfen auch am Ende des Projektes. So konnten auf der Abschlussveranstaltung des Projektes WohnPerspektiven für den Kreis Borken in Vreden (29.01.2013) ein Betroffener und verschiedene Akteure in O-Tönen deutlich machen, wie viele Institutionen sich engagieren und welche Wirksamkeit durch Vernetzung und Verantwortungsübernahme erzielt werden kann. Sowohl Handlungsbedarfe als auch Lösungsansätze erhielten in diesem Forum politisches Gehör. Akteure die bisher nicht wahrgenommen worden waren wie die Betroffenen selbst, Vereine für Wohnungslose oder engagierte Vermieter gerieten in den Blick. Entscheidern wurden auf diesem Weg neue WohnPerspektiven eröffnet.

In Kreisverwaltungen, bei lokaler Politik und anderen Trägern steht nach dem Projekt nicht mehr die Frage im Raum, ob es junge Wohnungsnot vor Ort gibt. Es wird vielmehr zu diskutieren sein, ob die bestehenden Strukturen angemessen sind, um jungen Menschen im ländlichen Raum eine nachhaltige Wohn- und Lebensperspektive zu geben.

5. Strukturelle WohnPerspektiven für junge Menschen in Wohnungsnotfällen

Von den Erfahrungen, Erkenntnissen und Ergebnissen aus WohnPerspektiven können all diejenigen profitieren, die an den Hilfen für junge wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen beteiligt sind. Die folgenden Empfehlungen an die unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsebenen (Landes- und Kommunalpolitik, Landesministerien, Landschaftsverbände, Kreise und Kommunen, Träger der freien Wohlfahrtspflege) sollen die Voraussetzungen dafür

schaffen, dass die im Rahmen des Projektes eröffneten lokalen WohnPerspektiven zu strukturellen WohnPerspektiven werden. Das heißt, dass sie auf andere Räume übertragbar sowie außerhalb einer modellhaften Förderung umsetzbar sind. Die Empfehlungen leiten sich ab aus den Untersuchungen, die im Rahmen von WohnPerspektiven mit Erkenntnissen unterfüttert, in Handlungsansätzen übersetzt und erprobt wurden.

Strukturelle WohnPerspektiven sind Handlungsempfehlungen auf übergeordneter Ebene, die die Voraussetzungen für eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe schaffen, die junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen in der Breite und Heterogenität ihrer Lebenslagen in den Blick nimmt und akteursübergreifend Wohn- und Lebensperspektiven mit ihnen entwickelt.

[1] Zielgruppe ressortübergreifend wahrnehmen

Junge Menschen in Wohnungsnotfällen zeichnen sich sowohl durch ein Zusammentreffen multipler Problemlagen als auch durch komplexe Fallverläufe aus. Diese Ausgangsthese von WohnPerspektiven konnte bestätigt werden.

Die Situation junger Menschen in Wohnungsnotfällen ist ein Ausdruck vielfältiger sozialer Exklusionserfahrungen, die sich in unterschiedlichen Lebenslagen manifestieren und damit als multiple Problemlagen sichtbar werden. „Wohnungslosigkeit als kumulierendes Verliererschicksal“, so fasste es Andreas Lob-Hüdepohl auf der Abschlussveranstaltung von WohnPerspektiven im Kreis Borken zusammen. Hinter den konkreten Auslösern des Wohnungsnotfalls steht oft ein Bündel an weiteren Problemen, Benachteiligungen aber auch Ressourcen. Meist fliehen junge Menschen aus eskalierenden Konflikten in der Herkunftsfamilie in die Wohnungslosigkeit oder prekäre Wohnverhältnisse. Am Übergang zwischen Jugend und Erwachsensein münden diese Konflik-

te dann in „Wohnungsnotfallkarrieren“, wenn die individuellen Probleme mit begrenzten finanziellen Ressourcen zusammentreffen, ohne dass funktionierende Unterstützungsnetzwerke greifen.

Die Komplexität der Hilfeverläufe von jungen Menschen in Wohnungsnotfällen steht zum einen im Zusammenhang mit ihren multiplen Unterstützungsbedarfen. Zum anderen ist sie Ausdruck fehlender Netzwerke im Privaten sowie eines komplexen professionellen Hilfesystems, das Hürden aufweist und Anforderungen formuliert, die diese jungen Erwachsenen ohne Unterstützung nur schwer annehmen können.

Um Wohnungsnotfälle zu beheben und dauerhaft zu vermeiden, ist es notwendig, die Lebenslagen der Betroffenen, wie in der von WohnPerspektiven entwickelten Definition beschrieben, in ihrer gesamten Breite wahrzunehmen und zu bearbeiten. Multiprofessionalität ist somit eine Qualität adäquater Hilfen, die den Bedarfen der Zielgruppe entspricht. Die fünfte Ausgangsthese von WohnPerspektiven lautet in diesem Zusammenhang: „Die Bedingungen des ländlichen Raumes (im Hinblick auf die Dichte der Hilfen und deren Erreichbarkeit) erfordern eine vernetzte, multiprofessionelle, wohnortnahe Hilfe, um junge

Menschen in Wohnungsnotfällen adäquat zu unterstützen.“ Dem ist nach Erfahrungen von WohnPerspektiven zuzustimmen. Die Verantwortung für die Organisation multiprofessioneller und vernetzter Hilfen liegt bei den Kommunen und Kreisen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege im ländlichen Raum.

Handlungsempfehlungen:

- *Junge Wohnungsnotfälle werden als ein ressortübergreifendes, sozialpolitisches Thema behandelt. Strategien, Programme, Projekte, Berichte und Statistiken, die im Zusammenhang mit der Zielgruppe auf Ebene des Landes oder der Kommunen erstellt werden, berücksichtigen die in der Definition von WohnPerspektiven aufgeführten Wohnsituationen und Lebenslagen.*
- *Eine für den ländlichen Raum angepasste Strategie zur Erbringung von Wohnungsnotfallhilfen für junge Menschen wird auf kommunaler Ebene entwickelt und umgesetzt. Kern ist die Zusammenführung von Prävention, Unterbringung und weiterführenden Hilfen in der kommunalen Sozialverwaltung und in Kooperation mit der freien Wohlfahrtspflege. Die Strategie kann Teil einer integrierten Wohnungsnotfall-*

hilfe für alle Altersgruppen sein. Ihr sollte das Ziel zu Grunde liegen, Wohnungsnotfälle von jungen Menschen prioritär und nachhaltig zu beheben und zu vermeiden.

- *Kreise und Kommunen sollten sich darüber auseinandersetzen, ob und in welchem Rahmen sie bereit sind, finanzielle Mittel in die frühzeitige Prävention von Wohnungsnotfällen bei jungen Menschen zu investieren. WohnPerspektiven zeigt Wege, wie Prävention insbesondere an Schulen gelingen kann. Dieses Vorgehen kann Folgekosten vermeiden helfen, die sich aus der Bearbeitung verfestigter sozialer und ökonomischer Probleme ergeben.*
- *Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen wertet die Erfahrungen von WohnPerspektiven und anderen Angeboten speziell für die Zielgruppe aus und transportiert den Handlungsbedarf an*

die relevanten Akteure (Landschaftsverbände, Kreise und Kommunen, Träger der freien Wohlfahrtspflege).

[2] Lokale Wohnungsnotfallstatistik qualifizieren

Die These, dass die Zahl der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen auch im ländlichen Raum steigt, konnte zwar nicht flächendeckend bestätigt, aber von WohnPerspektiven untermauert werden.

Die Datengrundlage zur Dokumentation des quantitativen Ausmaßes von Wohnungsnotfällen ist immer noch unzureichend und spiegelt nicht die von den Akteuren qualitativ beschriebenen Realitäten wider. Einzelne Teile der Hilfesysteme – dazu gehört auch die Wohnungslosenhilfe – registrieren anhaltend hohe bzw. steigende Fallzahlen sowie eine hohe Dynamik in jedem Einzelfall. Auf kommunaler Ebene werden die vorhandenen Daten (z.B. der Ordnungsbehörden, der verbandlichen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, der Job-

center oder allgemeinen Beratungsstellen) jedoch nicht systematisch zusammengeführt und ausgewertet. Weil junge Menschen in Wohnungsnotfällen zusätzlich private Bewältigungsstrategien wählen und Angebote mit zielgruppenspezifischem Blick im ländlichen Raum selten sind, bleibt ihre Problematik bisher weitgehend unsichtbar für die Gesamtgesellschaft.

Die 2012 vom Land Nordrhein-Westfalen erstmals vorgelegte „Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung in Nordrhein-Westfalen“ charakterisiert landesweit deutlicher als bisher das Ausmaß von jungen wohnungslosen Personen⁷⁾. 2012 waren demnach 11% der ordnungsrechtlich untergebrachten Personen und 23% der von den freien Trägern betreuten Personen zwischen 18 und 25 Jahren alt. Allerdings lässt auch diese Stichtagserhebung Klienten, die nicht in Kontakt zur öffentlich finanzierten Wohnungslosenhilfe stehen, unberücksichtigt.

WohnPerspektiven hat insbesondere im Rahmen

⁷ vgl. Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung 2011 in Nordrhein-Westfalen Struktur und Umfang von Wohnungsnotfällen. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Kurzanalyse 01/2012 vom 23.03.2012, Düsseldorf, www.nrw.de

der Bestandsaufnahme und Betroffenenbefragung sowie im Dialog mit den verschiedenen Akteuren, die mit ihren Hilfen an den verschiedenen Lebenslagen der jungen Menschen ansetzen, eruieren können, dass sich die unzureichende Datenlage punktuell bündeln und verbessern lässt. Es wurde aber auch deutlich, dass dies kein Ersatz für eine systematische Wohnungsnotfallstatistik auf Ebene der Kommunen ist. Dafür fehlen bisher noch Ressourcen und das verantwortliche Bemühen von Politik und Verwaltung sowie Trägern, ein Gesamtbild zu erarbeiten. Systematisch erhobene, öffentlich zugängliche und ortsspezifische Daten zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen sind nötig, um Handlungsbedarfe darzustellen, Planungsgrundlagen zu schaffen und eine den realen Problemlagen angemessene Wohnungsnotfallhilfe zu leisten.

Handlungsempfehlungen:

- *Die kommunale Berichterstattung erfasst die Lebenslagen junger Menschen in Wohnungsnotfällen systematisch und in Kooperation mit Trägern von Hilfen gem. § 67 SGB XII (u.a. Leistungsbezug nach SGB II, VIII und XII, Sanktionen im SGB II Bezug für U25, Abbruchquoten etc.).*

- *Insbesondere Hilfen mit Querbezug zur Zielgruppe (z.B. Schuldnerberatung, Suchtberatung, allgemeine Sozialberatung) nehmen die Wohnsituation ihrer Klienten stärker in den Blick und speisen die Daten in die kommunale Berichterstattung ein.*
- *Die Wohnungsnotfallstatistik Nordrhein-Westfalen greift die Erfahrungen von Kommunen, die integrierte Statistiken zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen entwickelt haben, auf. Denkbar ist die Berücksichtigung weiterer Akteure auch bei der landesweiten Wohnungsnotfallberichterstattung, z.B. Angebote der ehrenamtlichen Wohnungslosenhilfe. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales nimmt die Anregungen zur Wohnungsnotfallstatistik auf und entwickelt hieraus entsprechende Instrumente der Erhebung insbesondere bei dem erweiterten Kreis der Akteure.*

[3] Funktionsfähigkeit der Hilfen prüfen

Ob das aktuelle Hilfesystem die Bedarfe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen angemessen bearbeiten kann, war eine der Ausgangsfragen von WohnPerspektiven. Sie kann nicht pauschal über alle Angebote und Regionen hinweg beantwortet werden. WohnPerspektiven konnte jedoch eine Reihe von Faktoren identifizieren, die das Zusammenspiel von Hilfen und jungen Menschen in Wohnungsnotfällen prägen.

In dem breiten Spektrum an Angeboten auch im ländlichen Raum steht die Gruppe der jungen Erwachsenen mit Wohnungsnotfall und begleitenden Schwierigkeiten selten im Zentrum. Ihre Fallzahl und damit das Know-how über wirksame Hilfen abseits des trügereigenen Angebotes sind begrenzt. Es fehlen Routinen und eingetretene Pfade zwischen den relevanten Akteuren. Darüber hinaus fehlt an manchen Stellen der Wille, so auf die Klienten einzugehen, dass die Hilfen angenommen werden können, auch weil die sozialen Systeme auch in den betrachteten Regionen unter Kostendruck stehen. Zusätzliche Bedarfe sind daher gegenüber den Kostenträgern in der Regel schwer zu argumentieren. Hinzu kommt, dass die meisten Akteure mit der Erfüllung ihrer regulären Aufgaben ausgelastet sind.

WohnPerspektiven konnte zeigen, dass ein Dialog über junge Erwachsene in Wohnungsnotfällen, auch wenn er zwischen unterschiedlichen Kostenträgern kontrovers um Zuständigkeiten geführt wird, ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu verbesserten Abläufen und Hilfen ist. Die Zielgruppe verbindet Vertreter unterschiedlicher Hilfesysteme genauso, wie sie sie über Finanzierungsfragen trennt. Deshalb ist eine ortsspezifische, akteursübergreifende Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Hilfesystemen sinnvoll. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Ressourceneinsatzes kann eine regelmäßige Evaluation dazu beitragen, wirksame Strategien zu identifizieren, sie zu stärken und nachhaltig Kosten einzusparen.

Handlungsempfehlungen:

- *Politik initiiert auf lokaler Ebene (Kreise, Kommunen) einen Wirkungsdiallog, in dem – ausgehend von den Zielen für die Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen – diese systematisch auf ihre Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit geprüft werden.*

- *Öffentliche und freie Träger der Wohlfahrts-
pflege ermöglichen es ihren Mitarbeitenden,
fallunabhängig Ressourcen in die Überprüfung
und Weiterentwicklung von Hilfen und
Zusammenarbeit zu investieren.*
- *Evaluation wird akteursübergreifend und als
Mix aus qualitativen und quantitativen In-
strumenten konzipiert, um regelmäßig die
Abläufe, Ergebnisse und Wirkungen von Hil-
fesystemen oder ihren Teilen zu überprüfen.*
- *Das Aktionsprogramm des Landes gegen Ob-
dachlosigkeit wird fortgeführt und gewährt
damit Trägern und Kommunen Spielräume
für die Überprüfung und Weiterentwicklung
der Wohnungsnotfallhilfen in Nordrhein-
Westfalen.*

[4] Betroffene einbinden

Bedarfsgerechte Hilfen für junge Menschen befähigen sie, ihre Lebenssituation zu gestalten. Diese Ausgangsthese von WohnPerspektiven war mehr Ansporn denn Frage für das dreijährige Projekt.

Aus den Ergebnissen lässt sich ableiten, dass sowohl Betroffene als auch Akteure eine Vorstellung davon haben, wie bedarfsgerechtere Hilfen aussehen könnten. Um die Passgenauigkeit zwischen Hilfen und Klienten zu überprüfen, müssen Hilfeanbieter und -suchende demnach in einen Dialog treten, der Grenzen und Möglichkeiten auf beiden Seiten offen legt. Trotz des damit verbundenen hohen methodischen Aufwands zeigen die Erfahrungen von WohnPerspektiven, dass die Einbindung von Betroffenen aufbauend auf ihren Ressourcen möglich und fruchtbar ist. Dabei gilt es an den Fähigkeiten der jungen Menschen anzusetzen und in einem transparenten Verfahren mit ihnen den Dialog zu entwickeln. Das Motto „nicht über uns ohne uns“ kann in Fallkonferenzen erprobt auch für mehr Offenheit bei der Weiterentwicklung von Hilfesystemen sorgen. Wichtige Voraussetzung ist, dass Partizipation kein zusätzlicher Luxus, sondern Ausdruck einer inneren Haltung ist und zum Qualitätsstandard der Hilfe wird. Für die Betroffenen ist eine ernst gemeinte Beteiligung und die damit verbundene (Wieder-)Gewinnung von Selbstachtung in der Erfahrung von Anerkennung gleichzeitig eine Voraussetzung für ihre selbstverantwortliche Lebensführung⁸⁾.

⁸ vgl. Andreas Lob-Hüdepohl auf der Abschlussveranstaltung von WohnPerspektiven für den Kreis Borken in Vreden am 29.01.2013

Handlungsempfehlungen:

- *Akteure einschließlich der Träger der Wohnungslosenhilfe integrieren die Beteiligung der jungen Erwachsenen an der Entwicklung und Ausgestaltung der individuellen Hilfen in ihre Arbeit. Die Ergebnisse der Partizipation werden bei der regelmäßigen Überprüfung der Wirksamkeit von Hilfen einbezogen. Dazu müssen sich die Träger qualifizieren, geeignete Verfahren entwickeln und personelle Ressourcen zur Verfügung stellen.*
- *Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kommunen und freien Träger bei der Etablierung von Betroffenenbeteiligungen, z.B. durch die Förderung einer Handreichung, von Modellvorhaben oder Instrumenten für Betroffenenbeteiligungsverfahren.*

[5] Prävention ausbauen

Eine der zentralen Haltungen, die im Rahmen von WohnPerspektiven formuliert und mit Leben gefüllt worden ist, bezieht sich auf die Implementierung präventiver Strategien als selbstverständlicher Bestandteil lokaler Hilfesysteme. Dahinter steht der Gedanke, dass die Vermeidung von Wohnungsnotfällen Vorrang vor deren Bewältigung hat.

Bedeutsame Orte für die präventive Arbeit, nicht nur zum Thema „Junge Menschen in Wohnungsnotfällen“, sind u.a. Schulen und Bildungseinrichtungen. Die Erfahrungen aus WohnPerspektiven zeigen, dass neben möglichen psychosozialen Fragen auch das Nicht-Wissen rund um das Thema „Wohnen“ (insbesondere Wohnungsverluste, Mietverhalten etc.) sowie praktische Lebensbewältigungsstrategien junger Menschen im Übergang von der Schule in Ausbildung, Beruf und Familie zu diskutieren sind. Dazu gehören prioritär Themen wie Umgang mit Geld, mit Vertragsabschlüssen und mit Verschuldung. Dieses zusätzliche Informationsangebot leistet einen sinnvollen Beitrag zur Aufklärung und Information der Schüler, was Schule derzeit nur unzureichend schafft.

Handlungsempfehlungen:

- *Die Träger der Wohnungsnotfallhilfe gehen offensiv auf Schulen und Bildungseinrichtungen zu, um gemeinsam über Erfahrungen mit jungen Schülern in Wohnungsnotfällen zu sprechen. Mit der im Rahmen von WohnPerspektiven entwickelten Arbeitshilfe „RAUS! ...und dann...“ kann den unterschiedlichen Bildungsträgern ein strukturiertes Unterrichtskonzept angeboten werden, in dem Ursachen, Ausprägungen und vor allem Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen ortsspezifisch vorgestellt werden.*
- *Die Bildungseinrichtungen schaffen Lehrenden, Schulsozialarbeitern und Schülern Möglichkeiten, sich über das Thema „Junge Menschen in Wohnungsnotfällen“ auszutauschen und sich im Rahmen des Lehrplans damit auseinander zu setzen.*

[6] Ambulante Hilfen im ländlichen Raum sichern

WohnPerspektiven hat gezeigt, dass für eine schnellere Entschärfung des Wohnungsnotfalls – im Sinne einer reibungsarmen Vermittlung in adäquate und damit annehmbare Hilfen – das Vorhandensein ambulanter Beratungsstrukturen gem. § 67 SGB XII von zentraler Bedeutung ist. Die Beratungsstellen bieten einen Zugang für Klienten, übernehmen Verantwortung für den anschließenden Hilfeprozess und dienen als Drehscheibe zu anderen Angeboten. Dennoch stoßen auch diese Angebote im Hinblick auf die komplexen Bedarfe junger Wohnungsloser im Verhältnis zu den übrigen Zielgruppen an ihre zeitlichen, fachlichen und personellen Grenzen. Erforderlich ist zum einen eine Ausweitung von Ressourcen, auch um die Präsenz unter den Bedingungen des ländlichen Raums zu gewährleisten. Zum anderen bedarf es einer Qualifizierung der Angebote und ihrer Mitarbeitenden im Hinblick auf die Zielgruppe.

Leitprinzip ambulanter Hilfe sollte es sein, die Probleme der jungen Klienten dort zu lösen wo sie auftreten. Darauf zu warten, dass sich die Wohnungsnotfälle durch Wanderungsbewegungen in andere Städte verlagern entspricht weder dem

Auftrag der beteiligten Institutionen, noch dem Bedürfnis der Betroffenen nach privater Unterstützung und sozialen Netzwerken, die sie auffangen.

Dabei ist im ländlichen Raum ein offensives Zugehen und Aufsuchen der Betroffenen noch viel notwendiger, denn die Mobilität ist durch schlechte und fehlende Verkehrsverbindungen oftmals eingeschränkt und das Angebot vor Ort begrenzt.

Handlungsempfehlungen:

- Die Versorgung mit ambulanten Beratungsangeboten nach § 67 SGB XII in Nordrhein-Westfalen wird überprüft. Darauf aufbauend wird eine landesweite Strategie entwickelt, um auch in ländlichen Regionen solche Strukturen zu etablieren. Hier sollten sie dezentral organisiert sein, auf etablierte Beratungsstellen in der Fläche zurückgreifen und mit den neuen Strukturen der Landschaftsverbände verknüpft sein.
- Ambulante Beratungsstellen freier Träger sollten ihr Profil im Hinblick auf die Zielgruppe schärfen. Notwendig wäre die verbindliche Übernahme der fachlichen Zuständigkeit nach dem Konzept von WohnPerspektiven als Clea-

ringstelle. In der Gemengelage zwischen den Angeboten und Restriktionen der verschiedenen Akteure sind es die Freien Träger, die eine tragende und initiiierende Rolle bei der individuellen und strukturellen Erschließung von Zugängen zu Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen übernehmen. Dies ist eine Chance und gleichzeitig eine Herausforderung. Freie Träger sollten verbindliche Kooperationsverträge mit der öffentlichen Seite abschließen. Ebenso Dienstleistungsverträge mit Wohnungsunternehmen, die möglicherweise eine Gewährleistung beinhalten.

[7] Wohnangebote schaffen

Anders als in vielen Großstädten, in deren Hilfesystemen die Zielgruppe klar verankert ist, finden sich im ländlichen Raum nur selten flexible, kurzfristige Wohnangebote, die gezielt junge wohnungslose Männer und Frauen ansprechen. Zugänge und zeitliche Spielräume für eine angemessene Bearbeitung ihrer Hilfebedarfe sind daher, wie in der vierten Ausgangsthese von WohnPerspektiven richtig angenommen, in vielen Fällen nicht gegeben: „Das aktuelle Hilfesystem kann die Bedarfe der jungen Menschen in Wohnungsnotfällen nicht angemessen bearbeiten.“

Da insbesondere das Aufsuchen der bestehenden kommunalen Notunterkünfte unter jungen Männern und Frauen weitgehend die Ausnahme ist, sind innovative Modelle gefragt, die im Notfall eine zeitnahe Wohnraumversorgung sichern. Lösungen bieten schnelle, passgenaue und annehmbare Angebote, wie sie im Rahmen von WohnPerspektiven entwickelt und erprobt wurden (vgl. Kapitel 4.3). Diese verbindet, dass sie den Kontakt zur Zielgruppe sichern, eine befristete Phase des „in-Ruhe-gelassen-werden“ schaffen und die Unterbringung an niederschwellige Beratungsangebote koppeln, die zur Perspektivklärung genutzt werden können.

Handlungsempfehlungen:

- *Kreise und Kommunen im ländlichen Raum erkennen die speziellen Bedarfe junger Menschen in Wohnungsnotfällen an und denken im Hinblick auf die aktuelle Betreuungszuständigkeit für kommunale Notunterkünfte über neue Modelle der Aufgabenteilung zwischen Ordnungs- und Sozialbehörden nach.*
- *Ambulante Beratungsstellen sind an temporäre Wohnangebote angebunden, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung weiterer Hilfen und die Integration in Arbeit und Normalwohnraum dienen können.*
- *Um wirksame konkrete Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen leisten zu können, ist – insbesondere im ländlichen und kleinstädtischen Bereich – einfacher, bezahlbarer Wohnraum notwendig. Dies sollte mit den Instrumenten des Sozialen Wohnungsbaus flexibel unterstützt werden. Es ist eine Herausforderung sowohl für die Akteure der kommunalen Wohnungswirtschaft, als auch für die im ländlichen Raum deutlich präsenten privaten Vermieter.*

[8] Schnittstellen schließen

Die dritte Ausgangsthese von WohnPerspektiven lautet: „Die Anwendungspraxis der gesetzlichen Rahmenbedingungen (SGB II, SGB VIII, SGB XII, OBG) führt dazu, dass junge Menschen in Wohnungsnotfällen strukturell benachteiligt sind.“ Diese These konnte bestätigt werden. Im Zweifel können die einzelnen Akteure die Zuständigkeit für die Zielgruppe von sich weisen. Betroffen ist insbesondere die Gruppe der 18 bis unter 21-Jährigen, denen in der Regel sowohl Angebote der Jugendhilfe als auch der Wohnungslosenhilfe zu stehen und gleichzeitig verwehrt werden können.

Um den „Verschiebepbahnhof“ zwischen den unterschiedlichen Gesetzesbereichen zu beenden und strukturelle Lösungen zu erarbeiten, die nachhaltig wirken, bedarf es klarer Regelungen mit verbindlichen Zuständigkeiten. Davon profitieren nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Akteure des Hilfesystems, da das Umherschleichen der Klienten unnötige Ressourcen kostet. Auf lokaler Ebene hat WohnPerspektiven unterschiedliche Lösungen entwickelt, um die Schnittstellenproblematik abzufedern. Diese reichen von verbindlichen Verfahrensabsprachen über Fallkonferenzen bis hin zu einem geregelten Übergangmanagement.

Auf übergeordneter Ebene sind ebenfalls verschiedene Lösungsmodelle denkbar. Das Spektrum dieser Modelle reicht von der flächendeckenden Einrichtung verantwortlicher Anlauf- und Koordinierungsstellen der Jugendhilfe⁹⁾ über eine regelhafte Zuständigkeit der Wohnungslosenhilfe für junge Menschen ab 18 Jahren (mit der Möglichkeit zur Rückführung bzw. ergänzender Jugendhilfe)¹⁰⁾ bis hin zur Definition von Fallgruppen anhand bestimmter Unterstützungsleistungen mit einer dahinter liegenden Budgetfinanzierung aus den unterschiedlichen Töpfen des SGB II, SGB VIII und SGB XII¹¹⁾.

9 vgl. Empfehlungen zur Durchsetzung des Anspruchs auf Hilfe für wohnungslose junge Volljährige nach § 41 SGB VIII, Hrsg. Hessische Fachkonferenz Wohnungslosenhilfe, Frankfurt 2010, S.16

10 vgl. Empfehlungen für den Rahmen eines Fachstandards zu bedarfsgerechten Hilfestrukturen für von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Jungerwachsene in Nordrhein-Westfalen, GISS, Gesellschaft für Innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (unveröffentlichtes Dokument)

11 vgl. Riehle, Eckart, Kann die Kinder- und Jugendhilfe bei den verschärften Sanktionsregelungen im SGB II für U-25-Jährige noch ihre Rolle als letztes Auffangnetz erfüllen?, in: Armut, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland, Hrsg. Specht, Thomas, Heft 62 Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Bielefeld 2012, S. 403-415

Handlungsempfehlungen:

- *Die Landschaftsverbände und die Landesjugendämter überprüfen mit Vertretern der öffentlichen und freien Jugend- und Sozialhilfe und deren Spitzenverbänden die beschlossenen „Empfehlungen zur Abgrenzung der Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII / §§ 67 – 69 SGB XII“¹²⁾ und deren Anwendungspraxis insbesondere auf Überschneidungsfälle an den Schnittstellen beider Gesetzesbereiche.*
- *Darauf aufbauend führen die Landschaftsverbände sowie öffentliche und freie Wohlfahrtspflege schnellstmöglich eine grundsätzliche, landeseinheitliche, regelhafte Zuständigkeitsklärung für junge wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Volljährige herbei. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW sollte diesen Dialog unterstützen und forcieren.*

¹² vgl. Empfehlungen zur Abgrenzung der Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII / §§ 67 – 69 SGB XII (Stand 01.07.2012), Erarbeitet auf Anregung der Arbeitsgruppe KJHG beim Städtetag NW von einem Arbeitskreis der Vertreter der Jugendämter, der überörtlichen Sozialhilfe und der Landesjugendämter

[9] Verbindlich vernetzen

Die Bedingungen des ländlichen Raumes (im Hinblick auf die Dichte der Hilfen und deren Erreichbarkeit) erfordern eine vernetzte, multiprofessionelle, wohnortnahe Hilfe, um junge Menschen in Wohnungsnotfällen adäquat zu unterstützen. Diese Ausgangsthese von WohnPerspektiven lässt sich bestätigen.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass sich das komplexe System der Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen weder für die Betroffenen noch für die Hilfeakteure von selbst erschließt. Nehmen junge wohnungslose Männer und Frauen mit begleitenden sozialen Problemen Kontakt zum Hilfesystem im ländlichen Raum auf, greifen keine Routinen. In vielen Aussagen von Betroffenen spiegelt sich die Erfahrung wider, dass mit der Vermittlung im Grunde die Ablehnung von Hilfen verbunden ist. Gleichzeitig belegen die gewonnenen Erkenntnisse, dass der Hilfeverlauf in hohem Maße davon abhängt, wie gut bekannt und vernetzt die Akteure mit ihren Angeboten sind. Unabhängig von den Bedingungen des ländlichen Raums ist damit eine rechtzeitige, vernetzte Hilfe, die den Gang durch verschiedene Institutionen begleitet, ein weiteres Qualitätsmerkmal adäquater Hilfen.

Während der Umsetzungsphase von WohnPerspektiven übernahmen die Projektmitarbeiterinnen die Rolle der zentralen Ansprechpartnerinnen für Hilfeakteure und Betroffene in den Projektregionen. Ausgehend von den individuellen Bedarfen der Akteure vor Ort initiierte und erprobte WohnPerspektiven unterschiedliche Formen der Vernetzung sowohl mit Träger- als auch mit Fach- oder Raumbezug.

Auf übergeordneter Ebene entwickelte die Projektgruppe ein projektbegleitendes Label, das gemeinsame Haltungen gegenüber jungen Menschen in Wohnungsnotfällen verbindlich formuliert. Für die beteiligten Hilfeakteure sollte das Label als erkennbare Verpflichtung zu einer besseren Zusammenarbeit dienen, ohne eine „Zertifizierung“ anhand bestimmter Kriterien zu sein.

Handlungsempfehlungen:

- *Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen greift die Erfahrungen von WohnPerspektiven auf und sorgt für einen landesweiten Transfer insbesondere innerhalb der Kommunen und Kreise.*
- *Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen prüft, das Label „WohnPerspektiven“ verbindlich für Akteure und ihre Arbeit mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen zu implementieren und zu schützen. Mit dem Label verbunden sind örtlich vereinbarte Basiskriterien (z.B. Zielgruppendefinition, Grundsätze und Haltungen) sowie Verfahrensabläufe, Zuständigkeiten und der Einsatz von Ressourcen.*
- *Die Kommunen benennen einen verantwortlichen Koordinator für die Vernetzung der Hilfen für junge Volljährige in Wohnungsnotfällen vor Ort. Die institutionelle Anbindung der Koordinationsfunktion ist abhängig davon, welches grundsätzliche Modell der Zuständigkeit sich durchgesetzt hat und davon, welche Akteursstrukturen am Ort vorhanden sind.*

6. Zentrale Ergebnisse von WohnPerspektiven im Überblick

WohnPerspektiven – Wohnungsnotfallnetz für junge Menschen

„WohnPerspektiven – Wohnungsnotfallnetzwerke für junge Menschen im ländlichen Raum“ ist Titel eines dreijährigen, vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Modellprojektes. Umgesetzt wurde das Projekt – unter der Federführung des Diözesancaritasverbandes Münster – von Mitarbeitenden und Leitungskräften des Vereins für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen (für den Kreis Borken), des Caritasverbandes Kleve e.V. (für den Kreis Kleve) und des Caritasverbandes Moers-Xanten e.V. (für den linkrheinischen Teil des Kreises Wesel - die Region Moers-Xanten) in Kooperation mit einem breiten Feld an Akteuren vor Ort. Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wurde das Projekt durch die StadtRaumKonzept GmbH.

Durch das Projekt WohnPerspektiven konnten differenzierte Erkenntnisse zu den Lebenslagen und Hilfeverläufen junger Menschen zwischen 15 und 27 Jahren in Wohnungsnotfällen sowie über die Funktionsfähigkeit der Hilfesysteme im ländlichen Raum gewonnen werden. Darauf auf-

bauend wurden kleine und große Maßnahmen, veränderte Verfahren und neue Qualitäten in der Hilfe und der Zusammenarbeit von Akteuren entwickelt, erprobt und überprüft. Sie zeigen, welche Veränderungen möglich sind, wenn zusätzliche Ressourcen und Engagement zur Verfügung stehen, mit denen Vernetzung entwickelt und gestaltet werden kann. Sie zeigen jedoch gleichzeitig die Grenzen der Veränderung auf, wenn maßgebliche Akteure in Politik, Verwaltung und bei Trägern sich nicht dafür verantwortlich erklären, die Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen auch im ländlichen Raum bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Der Abschlussbericht bündelt die Erkenntnisse und Erfahrungen von WohnPerspektiven und entwickelt daraus zukunftsweisende Handlungsempfehlungen.

Erkenntnisse zu jungen Menschen in Wohnungsnotfällen im ländlichen Raum zeigen, dass junge Menschen in Wohnungsnotfällen auch im ländlichen Raum eine soziale Realität sind. Ursachen und Auslöser für Wohnungsnot wirken im Ländlichen ebenso wie im Städtischen. Die Wohnungsnotfalllagen sind hier jedoch weit weniger sichtbar. Es finden sich kaum offene Szenen. Die Betroffenen suchen vornehmlich private

Bewältigungsstrategien, auch weil zielgruppenspezifische Angebote weitgehend fehlen. Die Hilfesysteme des ländlichen Raumes sind dezentral organisiert. Relevante Daten, die das Phänomen darstellen könnten, liegen fragmentarisch und wenig transparent vor und müssten zusammengeführt werden. Dafür fehlen jedoch Ressourcen und das verantwortliche Bemühen von Politik und Verwaltung sowie Trägern, ein Gesamtbild zu erarbeiten.

Im Widerspruch zu der formalen „Unsichtbarkeit“ der Zielgruppe stehen die Erfahrungen vieler Akteure in den vielfältigen psychosozialen Hilfen und Beratungsangeboten, den kommunalen Notunterkünften, aber auch an Schulen und Bildungseinrichtungen. Insbesondere in den ambulanten und (teil-) stationären Angeboten der Wohnungslosenhilfe nehmen Fallzahlen und der individuelle Handlungsdruck zu. Prägend für die Dynamik, die die Akteure im Zusammenhang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen empfinden, ist die unmittelbare Dramatik des Einzelfalls in Kombination mit fehlenden Routinen und zielgruppenspezifischen Kapazitäten in der Hilfe.

Wohnungsnotfälle bei jungen Männern und Frauen entstehen meist auf Grund von Konflikten in der Herkunftsfamilie. Am Übergang zwischen Jugend und Erwachsensein führen diese Konflikte dann zu „Wohnungsnotfallkarrieren“, wenn die individuellen Probleme mit begrenzten finanziellen Ressourcen zusammentreffen, ohne dass funktionierende Unterstützungsnetzwerke greifen. Die Wohnungsnotfallsituation ist damit Ausdruck sozialer Exklusionserfahrungen, die sich in unterschiedlichen Lebenslagen manifestieren. Dazu gehören geringes oder instabiles Einkommen, geringe oder fragmentierte Bildung, fehlende, kurzfristige oder niedrigentlohnte Arbeit, gesundheitliche Einschränkungen und Probleme sowie eine erschwerte kulturelle Teilhabe.

Prägend für die Wohnungsnotfallsituation der jungen Menschen ist ihr Pendeln zwischen verschiedenen prekären Wohnsituationen. Dabei stehen das Wohnen in der Familie oder der Partnerschaft mit eskalierenden Konflikten oder die vorübergehende Unterkunft bei Freunden, Bekannten und Verwandten an erster Stelle. Auch auf Grund ihrer persönlichen Bindungen an Freunde und Familie sind die jungen Männer und Frauen ortsgebunden und suchen Unterstützung in dem ihnen bekannten Umfeld.

Ein breites Spektrum an Hilfen für junge Menschen in Wohnungsnotfällen ist auch im ländlichen Raum vorhanden. Geraten junge Menschen im ländlichen Raum in eine Wohnungsnotfallsituation, sind sie jedoch in zweifacher Hinsicht mit einem dezentralen Hilfesystem konfrontiert. Einerseits liegt die Zuständigkeit für Hilfen und Leistungen bei diversen Akteuren. Andererseits befinden sich die Angebote in der Regel an diversen Standorten. Anders als in vielen Großstädten, in deren Hilfesystemen diese Zielgruppe klar verankert ist, existieren in den betrachteten ländlichen Regionen nur vereinzelt Angebote und Kooperationen, die gezielt junge Männer und Frauen in Wohnungsnotfällen ansprechen. Damit fehlt eine institutionelle Struktur, die den Verschiebehof insbesondere zwischen den Hilfen nach SGB VIII und XII überbrücken oder abmildern könnte. Teilweise kompensieren die Akteure fehlende institutionelle Strukturen durch persönliche Netzwerke, die in den kleinteiligeren Systemen des ländlichen Raumes vorübergehend gut funktionieren können – vorausgesetzt, man ist daran angeschlossen.

Hilfen und Klienten passen dennoch institutionell oftmals nicht zueinander. Sie überfordern sich wechselseitig mit ihren Anforderungen. Die jungen Menschen nehmen das Hilfesystem als

brüchig und ablehnend wahr. Die professionellen Akteure beklagen, dass sie mit ihren Methoden nur unzureichend auf die jungen Klienten reagieren können und diese die Angebote immer wieder sprunghaft verlassen. Verstärkt wird diese Wahrnehmung im ländlichen Raum dadurch, dass es meist Einzelfälle sind, mit denen die Akteure umgehen müssen, sodass sich keine Routinen entwickeln. Die befragten Hilfeakteure und Betroffenen formulieren ausgehend von den o.g. Bedingungen konkrete Ideen, wie Hilfen annehmbar werden und die individuellen Wege im System verbessert werden können.

Durch Haltungen und Grundsätze im Umgang mit jungen Menschen in Wohnungsnotfällen greift WohnPerspektiven diese Ideen auf. Als abstrakte Leitsätze haben sie dem Veränderungswillen von Akteuren, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, eine Richtung gegeben. Sie bieten auch über das Projekt WohnPerspektiven hinaus eine Grundlage, um einen intensiven Dialog der Akteure über bedarfsgerechte Hilfe auf lokaler und überregionaler Ebene zu gestalten:

- *Wir übernehmen Verantwortung für die Zielgruppe und den Prozess.*
- *Wir beteiligen und befähigen junge Menschen.*

- *Wir arbeiten präventiv.*
- *Wir sind grundsätzlich offen und weisen keinen ab.*
- *Wir sorgen für Vernetzung.*
- *Wir entwickeln neue Hilfeformen und bestehende Hilfen weiter.*
- *Wir erarbeiten strukturelle Lösungen, die nachhaltig sind.*
- *Wir eröffnen WohnPerspektiven.*

Lokale WohnPerspektiven für junge Menschen in Wohnungsnotfällen bildeten neben der Bestandsaufnahme den Schwerpunkt von WohnPerspektiven. Als Bausteine für eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe vor Ort beschreiben sie die im Rahmen von WohnPerspektiven entwickelten und erprobten Methoden, Verfahren und Angebote. Der Abschlussbericht stellt insgesamt **18 lokale WohnPerspektiven** vor und macht sie mit Beispielen aus den drei Projektregionen plastisch. Jeder lokalen WohnPerspektive sind wichtige Erkenntnisse und Lernerfahrungen zugeordnet.

Als Grundlage funktionierender Wohnungsnotfallnetze galt es zunächst, **Wissen über das Feld und die Zielgruppe zu gewinnen und zu nutzen**. Lokale WohnPerspektiven, die in allen drei Projektregionen umgesetzt wurden, sind:

- (1) Bestandsaufnahme
- (2) Betroffenenbefragung
- (3) Dialogveranstaltung

Daran schloss sich an, **Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln und zu gestalten**. Als lokale WohnPerspektiven wurden unterschiedliche Kooperationsmodelle konzipiert und initiiert:

- (4) Trägerbezogene Vernetzung
- (5) Fachbezogene Vernetzung
- (6) Raumbezogene Vernetzung

Schließlich wurden **konkrete Projekte, Produkte und Angebote entwickelt, umgesetzt und verstetigt**. Sie flankieren die Zusammenarbeit der Akteure, in dem sie die Navigation im Hilfesystem erleichtern, kooperative Verfahren und Übergänge beschreiben und verbindlich machen. Für zwei Lücken, die sich in den Hilfesystemen der betrachteten Regionen aufgetan haben, wurden zusätzliche Angebote entwickelt. Ein präventives Unterrichtskonzept, das an diversen Schulen erprobt und in einer Arbeitshilfe dokumentiert wurde, soll den Schülern und Lehrenden Wohnungsnotfallrisiken und Hilfen näher bringen. Zwei Wohnangebote für die notfallmäßige Unterbringung von jungen

Erwachsenen, angebunden an das ambulante Beratungsangebot der Wohnungslosenhilfe, sollen Grundlage für eine nachhaltige Stabilisierung sein. Lokale WohnPerspektiven bieten:

- (7) Orientierungs- und Navigationshilfen
- (8) Verbindliche Verfahrensabsprachen
- (9) Fallkonferenzen
- (10) Übergangsmangement
- (11) Kooperation mit Ehrenamt
- (12) Prävention an Schulen / Bildungseinrichtungen
- (13) Wohnen im Notfall

Darüber hinaus konnten durch WohnPerspektiven Ergebnisse in Bezug auf den **Transfer von Erfahrungen** und den **Ressourceneinsatz für trägergetragene Entwicklungsprozesse** gewonnen werden. Die dazugehörigen lokalen WohnPerspektiven wurden in allen drei Projektregionen erprobt und ausgewertet:

- (14) Evaluation und Dokumentation
- (15) Öffentlichkeit sensibilisieren
- (16) Zielgruppe und Arbeitsweisen eine Identität geben
- (17) Prozessverantwortlichkeit
- (18) Verankerung

Strukturelle WohnPerspektiven für junge Menschen in Wohnungsnotfällen schafft schließlich die überörtliche Ebene. Die Handlungsempfehlungen von WohnPerspektiven zielen deshalb darauf ab, die Voraussetzungen dafür zu beschreiben, dass der Verschiebehof zwischen den Hilfen nachhaltig still gelegt werden kann. Politische und gesetzgeberische Initiativen sind demnach notwendig, um Zuständigkeitslücken strukturell zu schließen und der lokalen Ebene Raum und Ressourcen zu verschaffen, um sich besser für junge Menschen in Wohnungsnotfällen zu organisieren und einzusetzen. **9 strukturelle WohnPerspektiven** wurden identifiziert und beschrieben:

- [1] Zielgruppe ressortübergreifend wahrnehmen
- [2] Lokale Wohnungsnotfallstatistik qualifizieren
- [3] Funktionsfähigkeit der Hilfen prüfen
- [4] Betroffene einbinden
- [5] Prävention ausbauen
- [6] Ambulante Hilfen im ländlichen Raum sichern
- [7] Wohnangebote schaffen
- [8] Schnittstellen schließen
- [9] Verbindlich vernetzen

Projektträger

Caritasverband für die Diözese Münster e.V.

Kardinal-von-Galen-Ring 45 | 48149 Münster

Dr. Ulrich Thien | Projektleitung

thien@caritas-muenster.de | Tel.: 0251 / 8901-296

Aiga Wegmann-Sandkamp | Projektkoordination

wegmann-sandkamp@caritas-muenster.de | Tel.: 0251 / 8901-363

Projektpartner

Projektpartner im Kreis Borken

Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen | St. Antoniusheim

Eva Busch | busch@antoniusheim.de | Tel.: 02564 / 915-820

Reinhard Heidemann | heidemann@antoniusheim.de | Tel.: 02564 / 915-100

Köckelwick 52 | 48691 Vreden

Projektpartner im Kreis Kleve

Caritasverband Kleve e.V.

Lena Thissen | l.thissen@caritas-kleve.de | Tel.: 02821 / 7209-759

Wolfgang van Gent | w.vangent@caritas-kleve.de | Tel.: 02821 / 7209-750

Hoffmannallee 66a-68 | 47533 Kleve

Projektpartner im Kreis Wesel (linksrheinisch)

Caritasverband Moers-Xanten e.V.

Anne Willrodt | anne.willrodt@caritas-moers-xanten.de | Tel.: 02843 / 9710-21

Goldstr. 17 | 47495 Rheinberg

Hans-Joachim Karth | hans-joachim.karth@caritas-moers-xanten.de | Tel.: 02841 / 90 10 - 821

Ostring 1 | 47441 Moers

**Stand Januar 2013 –
Abstimmung in den Kommunen steht noch aus**

Rahmenvereinbarung

zur Durchführung von Fallkonferenzen
WohnPerspektiven

für von Wohnungslosigkeit betroffene junge Menschen
mit Mehrfachproblematik



zwischen

Jobcenter Kreis Wesel, Kreisjugendamt, Städten und Gemeinden, Trägern der
Beratungsangebote für die Zielgruppe

Präambel

Im Rahmen des vom NRW Sozialministeriums geförderten Projekt „WohnPerspektiven“ wurde auf lokaler Ebene das Verfahren der Fallkonferenzen entwickelt, die eine vernetzte, die gesamte Lebenswirklichkeit der Klienten berücksichtigende Hilfeleistung für junge Menschen mit Wohnungsnotfallproblematik ermöglichen soll.

Dabei wird davon ausgegangen, dass bei den hier zu Rede stehenden Menschen die Wohnungsnotfallproblematik nur eines unter mehreren Problemen darstellt.

Mit dieser Vereinbarung soll die grundsätzliche Anerkennung von Fallkonferenzen Wohnperspektiven als Verfahren zur Entwicklung einer problemadäquaten Hilfeleistung in der Region Moers-Xanten ausgestaltet werden. Die Vertragspartner erklären ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in den Fallkonferenzen WohnPerspektiven und zur Hilfeleistung im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen.

§ 1 Ziel der Vereinbarung

(1) Ziel der Vereinbarung ist die Optimierung des Hilfeangebotes für junge Menschen mit Wohnungsnotfallproblematik durch Bündelung und Vernetzung der Ressourcen der beteiligten Institutionen.

§ 2 Personenkreis

Die Vereinbarung gilt für folgenden Personenkreis, wenn die unten genannten Kriterien zutreffen:

1. Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren
2. Von Wohnungsnotfallproblematik betroffen, d.h. z.B.
 - o auf der Straße lebend
 - o In Notunterkunft eingewiesen
 - o bei wechselnden Freunden oder Angehörigen übernachtend
 - o In Behelfsunterkunft (Baustelle, Abbruchhaus, Bauwagen o.ä.) übernachtend
 - o Unmittelbar von Wohnungsverlust bedroht (Rausschmiss aus Elternhaus, Entlassung aus stationärer Hilfe, Haft)
3. Vorliegen von weiteren sozialen Schwierigkeiten, z.B. Suchtmittelabhängigkeit, psychische Erkrankung, Defizite in der Persönlichkeitsentwicklung, ...

§ 3 Inhalt der Vereinbarung

Mit dieser Vereinbarung werden Fallkonferenzen als Verfahren zur Optimierung der Hilfen für junge wohnungslose Menschen mit Mehrfachproblematik im linksrheinischen Teil des Kreises Wesel implementiert.

Als Voraussetzungen für die Initiierung von Fallkonferenzen WohnPerspektiven gelten, dass voraussichtlich mehr als 2 Hilfeanbieter zur Bedarfsdeckung erforderlich sind. Außerdem muss der Klient mit Verfahren einverstanden sein und an der Fallkonferenz teilnehmen.

§ 4 Leistungsumfang

(1) Die Fallkonferenz findet zeitnah (innerhalb von 10 Werktagen nach Erkennen der Mehrfachproblematik) statt.

(2) Als feste Teilnehmer der Fallkonferenz WohnPerspektiven gelten die an dieser Vereinbarung beteiligten Institutionen: Jobcenter, Jugendamt, Ordnungsamt/Sozialamt und die Beratungsstellen der Wohnungssicherung. Weitere Akteure (z.B. Drogenberatung) können zusätzlich eingeladen werden, wenn der entsprechende Bedarf erkennbar ist.

(3) In der Fallkonferenz WohnPerspektiven wird gemeinsam der Hilfebedarf ermittelt und eine koordinierte Hilfe unter Berücksichtigung der Ressourcen der beteiligten Institutionen vereinbart.

(4) Soweit institutionell möglich, werden Kostenübernahmezusagen gemacht. Hilfsweise werden Fristen für die entsprechenden Entscheidungen genannt.

(5) In unklaren Fällen übernimmt ein teilnehmender Akteur bis zur endgültigen Klärung die Leistungserbringung (evtl. mit Erstattungsansprüchen).

(6) Eine der an der Fallkonferenz WohnPerspektiven beteiligten Institutionen übernimmt die Fallkoordination, bis der Hilfeempfänger die vereinbarte Hilfe tatsächlich bekommt. Er ist der koordinierende Ansprechpartner für den Hilfeempfänger.

(7) Derjenige Akteur, der die Fallkonferenz WohnPerspektiven initiiert hat, erstellt ein Protokoll mit den getroffenen Absprachen, das den beteiligten Institutionen zur Verfügung gestellt wird.

§ 5 Anforderungen an die Organisationsstruktur der Fallkonferenzen

(1) Grundsätzlich kann jede unterzeichnende Institution, bei der ein Fall nach den o.g. Kriterien bekannt wird eine Fallkonferenz WohnPerspektiven initiieren. Die grundsätzliche Bereitschaft dazu, ist Gegenstand dieser Vereinbarung und kann deshalb erwartet werden.

(2) Alle weiteren Akteure des psychosozialen Hilfesystems wenden sich bei Bekanntwerden eines Falles, der den unter §2 genannten Kriterien entspricht, an die jeweils örtliche Beratungsstelle zur Wohnungs- und Existenzsicherung (Caritasverband) / Wohnhilfen(Diakonisches Werk), die dann die Fallkonferenz WohnPerspektiven einberuft.

(3) Im Rahmen dieser Vereinbarung kann es in einzelnen Kommunen spezielle ablauforganisatorische Regelungen geben.

§ 6 Berichtspflichten und Qualitätssicherung

Um das vereinbarte Verfahren auf Effektivität und Praktikabilität zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren, finden regelmäßig, mindestens jedoch einmal im Jahr, regionale Akteurskonferenzen statt.
Diese Vereinbarung tritt in Kraft am

§ 7 Rechtswirksamkeit

(1) Soweit einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung rechtsunwirksam sind, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen. Eine rechtsunwirksame Regelung wird von den Vertragspartnern durch eine rechtswirksame Regelung ersetzt, die der unwirksamen Regelung bezüglich der Erreichung des Vereinbarungszweckes möglichst nahe kommt.

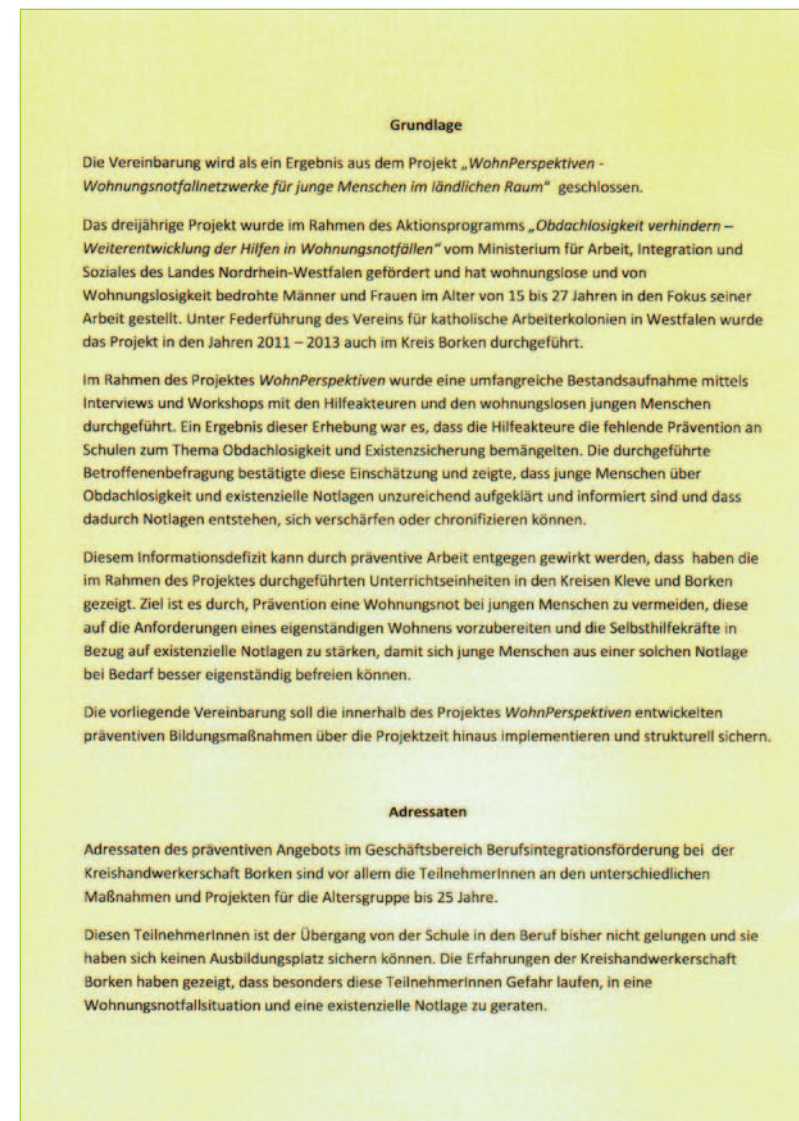
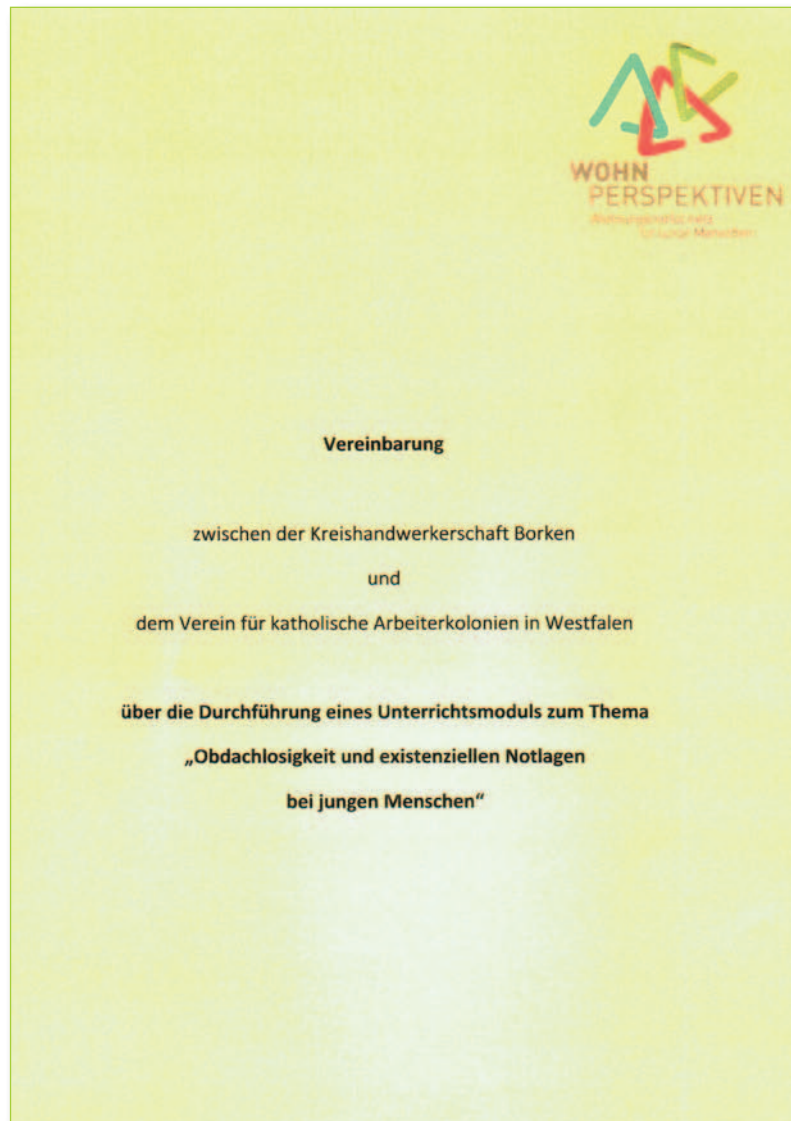
§ 8 Inkrafttreten, Dauer, Schlussbestimmungen

(1) Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung zum 01.03.2013 in Kraft.

(2) Sie kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich bis zum 30.09. des Jahres gegenüber den anderen Vertragspartnern erklärt werden.

(3) Die Vereinbarung, ihre Ergänzungen und Änderungen bedürfen der Schriftform. Ergänzungen und Änderungen müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein, Schriftwechsel genügt nicht.

Wesel, den _____



Partner

Die Vereinbarung wird geschlossen zwischen dem Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen, Breul 27, 48143 Münster vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Franz-Joseph Post und der Kreishandwerkerschaft Borken, Geschäftsbereich Berufsintegrationsförderung, 46399 Bocholt, Crispinusstraße 11-13, vertreten durch den Abteilungsleiter Herrn Ulrich Winter.

Art und Umfang

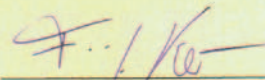
Der Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen beabsichtigt, mindestens einmal im Jahr eine sozialpädagogische Fachkraft der Wohnungslosenhilfe für einen Arbeitstag zur präventiven Arbeit in den Räumlichkeiten der Kreishandwerkerschaft in Borken zur Verfügung zu stellen.

Die Kreishandwerkerschaft Borken beabsichtigt mindestens einmal im Jahr einen Unterrichtstag für die präventive Arbeit zur Verhinderung von Obdachlosigkeit und existenziellen Notlagen bei jungen Menschen zur Verfügung zu stellen.

In der präventiven Unterrichtseinheit soll nach Möglichkeit eine persönliche Auseinandersetzung der Schüler mit dem Thema gefördert und die Meinung der Schüler aufgegriffen werden. Den Schülern werden die Ursachen von Wohnungsnotfällen und die Problemlagen von den Menschen in existenziellen Notlagen näher gebracht, das Hilfesystem erläutert und wichtige Punkte zum Thema Verselbständigung werden mit ihnen besprochen. Die im Rahmen des Projektes *WohnPerspektiven* erstellte Arbeitshilfe für Präventionsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen "*Raus! ...Und dann... – Junge Menschen in Wohnungsnotfällen*" kann für die Unterrichtseinheit die Grundlage bilden.

Die Unterrichtseinheit ergänzt damit die inhaltlichen Schwerpunkte im Rahmen der Maßnahmen und Projekte des Geschäftsbereich Berufsintegrationsförderung der Kreishandwerkerschaft Borken, wie die Beratung bei administrativen Leistungen, die Alltagshilfen, die Einzelfallhilfen aufgrund persönlicher, familiärer, finanzieller und psychischer Problemlagen, die Beratung und Hilfestellung zur Persönlichkeitsentwicklung und die Intervention bei Krisen mit der Entwicklung von individuellen Lösungsstrategien sinnvoll.

Vreden, den 28.01.2013



Dr. Franz-Joseph Post
Verein für katholische Arbeiterkolonien
in Westfalen



Ulrich Winter
Kreishandwerkerschaft Borken



Projekträger

Caritasverband für die
Diözese Münster e.V.

Wissenschaftliche Assistenz



gefördert durch:

**Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**

